

GENERATIONEN- gerechtigkeit!

Nachhaltig oder gerecht? Kontroversen über ein neues gesellschaftliches Entwicklungsmodell

Obwohl die Gesellschaft das Leitbild Nachhaltigkeit
größtenteils akzeptiert hat, sind noch viele Fragen offen,
von Karl-Werner Brand

Das Reden über „Nachhaltigkeit“ oder „nachhaltige Entwicklung“ hat Konjunktur. Parteien und Interessengruppen ganz unterschiedlicher Couleur bekennen sich, zumindest rhetorisch, zu die-

schenrechte“ oder des „Friedens“ bekräftigt letztendlich die Geltung dieser Werte, sonst müsste man sich ihrer nicht zu Legitimationszwecken bedienen. Durch die Verankerung des Leitbilds



sem Leitbild. Wird es dadurch entwertet? Ich glaube nicht. Auch die vielfach reinen Propagandazwecken dienende Berufung auf die Verteidigung der „Men-

nachaltiger Entwicklung in internationalen Erklärungen, Konventionen und Handlungsprogrammen,
(weiter auf Seite 4)

Handbuch Generationengerechtigkeit Kompendium für Wissenschaft, Politik und interessierte Öffentlichkeit

Der Begriff „Generationengerechtigkeit“ ist dabei, die politische Agenda zu erobern. Er wird in den nächsten Jahren ein wichtiges Schlüsselwort unserer Gesellschaft werden. Generationengerechtigkeit ist zunächst einmal die wichtigste Theorie zur Begründung, warum man Umwelt und Natur schützen sollte. Seit den Anfängen der Ökobewegung werden deshalb die Rechte und Interessen künftiger Generationen beschworen. Der Be-

griff steht jedoch für viel mehr. Er umfasst ein komplettes politisches Programm - von der Umwelt-, über die Finanz- bis zur Friedenspolitik. Ist es gerecht, wenn zukünftige Generationen Treibhauseffekt, Ozonloch und Atom-müll erben? Wenn die junge Generation einen hoch verschuldeten Staat hinterlassen bekommt?

(weiter auf Seite 47)

In dieser Ausgabe

Thema: Nachhaltigkeit oder Generationengerechtigkeit?

Nachhaltig oder gerecht? Kontroversen über ein neues gesellschaftliches Entwicklungsmodell von Prof. Dr. Karl-Werner Brand	1
Handbuch Generationengerechtigkeit vom Vorstand der SRzG	1
Editorial, Impressum	2
Generationengerechtigkeits-Preis 2003/2004 von Adrian Schell	3
Nachhaltigkeit als politische Leerformel? Versuch einer Definition von Jörg Tremmel	6
Nachhaltige Beratung? - Ein Jahr Rat für Nachhaltige Entwicklung von Dr. Volker Hauff	9
Modewort mit tiefen Wurzeln - Kleine Begriffsgeschichte von 'sustainability' und 'Nachhaltigkeit' von Ulrich Grober	11
Forstliche Nachhaltigkeit - mit globaler Perspektive? von Rainer Barthel	14
Konzeptionen von Nachhaltigkeit von Prof. Dr. Konrad Ott und Christian Bartolomäus	16
Zur sozialen und sozialpolitischen Dimension der Nachhaltigkeit von Prof. Dr. Michael Opielka	18
Kriterien für eine nachhaltige Gesellschaft von Dr. Martin B. Kalinowski	21
Freiheitsphilosophie und Generationengerechtigkeit von Prof. Dr. Claus Dierksmeier	23
Pro & Contra: Nachhaltigkeit als kontinuierlicher Suchprozess? von Dr. Hans-Peter Meister und Jörg Tremmel	24
Standpunkte zur These dieser Ausgabe	33
Bücher	35
Berichte	39
Jugend	45
Interna SRzG	47

Editorial



Ist „Nachhaltigkeit“ ein Schlüsselbegriff des neuen Jahrhunderts? Ein unangefochtenes Leitbild, welches uns den Weg in eine bessere Zukunft zeigt? Oder bloß ein Gummiwort, eine hohle Phrase, ein Leitbild ohne Bild? Und wie verhält sich „Nachhaltigkeit“ zu „Generationengerechtigkeit“? Sind beides komplementäre Konzepte oder widersprechen sie sich in Teilaussagen? Welches von beiden Konzepten wird sich langfristig als gesellschaftliches Entwicklungsmodell durchsetzen - oder vielleicht beide? Diese zunächst eher akademisch anmutenden Fragen haben große politische Relevanz - nicht nur für die SRzG, die beide Begriffe als ihren Satzungszweck nennt. Denn jede Bewegung, sei es die Umweltbewegung, sei es die Nord-Süd-Bewegung, braucht einen Zielkompass. Vor „Nachhaltigkeit“ benutzte die Umweltbewegung Begriffe wie „ökologisches Gleichgewicht“ oder „Ecodevelopment“, die heute auf dem „Wort-Müll“ der Geschichte liegen. Leitbilder orientieren nicht nur, sie motivieren auch. Aus der Vision wird ein Tun, ein Projekt. Was also hat sich inhaltlich mit dem Aufkommen des Nachhaltigkeits-Begriffs geändert?

Für Karl-Werner Brand ist Nachhaltigkeit als neues Leitbild bereits fest verankert, z.B. durch internationale Verhandlungssysteme, nationale Nachhaltigkeitsstrategien und lokale Agenda-Prozesse. Dabei sei aber kritisch zu fragen, ob nicht jeder - nach Interessenlage und Weltbild - etwas anderes darunter verstehe. Jörg Tremmel untersucht den Nachhaltigkeitsdiskurs im Hinblick auf seine zentralen Kontroversen. Die sog. weite Definition von Nachhaltigkeit scheint sich durchzusetzen, eine Entwicklung nicht ohne Chancen, aber auch mit Gefahren. Speziell die Umweltbewegung wird den Begriff wohl von nun an nicht mehr ohne erklärendes Adjektiv verwenden, sofern sie sich nicht gänzlich nach einem neuen Leitbegriff umsieht. Ulrich Grober geht auf die Begriffsgeschichte von Nachhaltigkeit ein. Gerade die Benutzung von „sustainable“ im englischen Sprachraum vor 1987 ist noch wenig bekannt. Durch die spezielle Be-

trachtung des Begriffs in der Forstwirtschaft vertieft Rainer Barthel den etymologischen Aspekt. Volker Hauff stellt ausführlich die bisherige Arbeit des Rates für nachhaltige Entwicklung dar. Für Konrad Ott und Christian Bartolomäus ist eine weit reichende Substituierbarkeit von Naturkapital angesichts der Multifunktionalität vieler ökologischer Systeme kaum möglich, was eindeutig für die „starke Nachhaltigkeit“ spricht. Diese wiederum verpflichtet entgegen landläufiger Meinung keineswegs zur statischen Konservierung von Natur. Der Beitrag von Michael Opielka nimmt die Studie „Verbundprojekt Arbeit und Ökologie“ der Hans-Böckler Stiftung (2000) zum Anlass, den Forschungsstand zum Konzept der sozialen Nachhaltigkeit zusammenzufassen und einige neue Gedanken einzubringen. Martin Kalinowski entwirft im nächsten Beitrag detaillierte Kriterien für Nachhaltigkeit - verstanden als Zukunfts- und Ganzweltorientierung. Claus Dierksmeier zeigt auf, dass bereits bei Kant und vor allem bei Krause gedankliche Vorarbeiten für die Idee der „Rechte zukünftiger Generationen“ zu finden sind.

In jedem Fall hat die Verwendung der Worte „Nachhaltigkeit“ und „Generationengerechtigkeit“ stark zugenommen. Die These dieses Heftes, zu der fünf Fachleute zustimmend, ablehnend oder mit einer Enthaltung Stellung nehmen, lautet wie gewohnt hintergründig: „Der Begriff der Nachhaltigkeit wird sich als gesellschaftliches Leitbild durchsetzen, da er konzeptionell schlüssig ist und in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Bevölkerung anerkannt wird.“

Natürlich gibt es auch in diesem Heft Buchrezensionen, interessante Veranstaltungsbereiche und das Neueste von der SRzG.

Eine bereichernde Lektüre wünschen
Jörg Tremmel, Astrid Dannenberg

Fördern Sie uns!

Werden Sie Fördermitglied im Förderkreis der SRzG und unterstützen Sie uns bei der Bewältigung unserer Aufgaben. Als Fördermitglied sind Sie zu allen öffentlichen Treffen des Vorstands und des Kuratoriums eingeladen. Der Jahresbeitrag kostet 50 €, für Unterdreißigjährige sogar nur 25 €. Füllen Sie bitte noch heute den Aufnahmeantrag auf der letzten Seite aus! Vielleicht werden Ihre Kinder und Enkelkinder es Ihnen danken.

**Sie sprechen mit Ihrer
Anzeige 8000 Meinungsbilder
in Deutschland an!
Besser können Sie nicht für
sich werben!**

Eine Seite innen € 800,-
Eine halbe Seite innen € 500,-
Eine Drittelseite innen € 300,-

Eine Seite außen € 1000,-
Eine halbe Seite außen € 600,-
Eine Drittelseite außen € 500,-

**Nebenbei fördern Sie unsere
gemeinnützigen Ziele.**

**Fordern Sie unsere
Mediadaten an:**

Tel. 06171-982367
Fax 06171-952566
E-mail: info@srzg.de

Impressum

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG),

Adresse siehe Redaktionsanschrift

Chefredaktion: Jörg Tremmel, Astrid Dannenberg

Redaktion: Dorothee Pohlmann, Martin Kuge,
Birgit Müller, Andrea Attig, Olivia Sarma,
Stavros Antonious, Elvira Rosert

Layout: Malte Husmann, Claudia Schindler

Konzept und Umsetzung: Jörg Tremmel

Druck: Ind.-Druck & Verlag Reisner Berthold GmbH,
An den drei Hasen, 61422 Oberursel

Verlag: Eigenverlag, Oberursel,
Adresse siehe Redaktionsanschrift

Redaktionsanschrift: SRzG, Postfach 5115,
61422 Oberursel, Tel. 06171-982367,
Fax 06171-952566,

E-mail: info@srzg.de, www.srzg.de

Die GG! wird ausschließlich ehrenamtlich erstellt und erscheint i.d.R. vierteljährlich. Sie möchte das Bewusstsein unserer Verantwortung für kommende Generationen fördern und gleichzeitig themenbezogen über aktuelle Entwicklungen rund um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit informieren. Außerdem berichtet sie über die Arbeit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) und über generationengerechte Projekte anderer Organisationen, v.a. Jugendorganisationen.

Pro Jahr gibt es drei deutschsprachige und eine englischsprachige Ausgabe.

Das Jahresabo kostet 25 Euro und ist im voraus für ein Jahr zu bezahlen. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Jahresende. Wir wären Ihnen dankbar für eine Einzugsermächtigung (siehe letzte Seite). Dies erspart Ihnen den Gang zur Bank und uns teure Mahnbriefe.

Die veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Mitglieder der Organe der SRzG wieder. Bei korrekter Zitierweise und Übersendung eines Belegexemplares ist der Abdruck von Artikeln erlaubt. Alle anderen Rechte vorbehalten. Keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität.

Zweiter Generationengerechtigkeits-Preis ausgeschrieben

Thema: Generationengerechtigkeit und Unternehmen. 8000 € Preisgeld,

von Adrian Schell

Nachdem der erste Generationengerechtigkeits-Preis mit der Preisverleihung auf Schloss Tutzing am 06. Juli 2002 feierlich abgeschlossen wurde, sind nun die Vorbereitungen für die Ausschreibung des Generationengerechtigkeits-Preises 2003/2004 beendet.

Dabei wird das bewährte Konzept beibehalten und die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Stiftung Apfelbaum fortgesetzt, die auch diesmal das Preisgeld von insgesamt 8.000 € zur Verfügung stellt.



Schirmherr
Wolfgang Clement



Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, hat die Schirmherrschaft für den zweiten Generationengerechtigkeits-Preis übernommen. Dieses persönliche Engagement von Wolfgang Clement zeigt, dass die Generationengerechtigkeit mittlerweile eine wichtige Rolle im Bewusstsein und - hoffentlich - auch beim Handeln der Politiker spielt. Ebenso wird dies für die Teilnehmer ein weiterer Anreiz sein, sich der Herausforderung des Generationengerechtigkeits-Preises 2003/2004 zu stellen.

Die potentiellen Teilnehmer zu informieren, ist das Anliegen dieses Artikels: Zunächst wird kurz die Entstehung und Zielsetzung des Generationengerechtigkeits-Preises vorgestellt und anschließend über die Ausschreibung 2003/2004 informiert.

Die Zielsetzung des Generationengerechtigkeits-Preises ist es, junge Wissenschaftler, Studenten und andere interessierte Personen zu motivieren, sich wissenschaftlich und allgemeinverständlich mit Fragestellungen aus dem Bereich der Generationengerechtigkeit zu befassen.

Die Bedeutung der Generationengerechtigkeit für das zukünftige Handeln und die Politik wird zunehmend auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Die wissenschaftliche Erarbeitung von Konzepten für ein generationengerechtes Handeln ist das Ziel der SRzG und der Generationengerechtigkeits-Preis ist ein

wesentlicher Teil zur Erreichung dieses Ziels.

Nachdem der erste Generationengerechtigkeits-Preis die Verankerung ökologischer Generationengerechtigkeit im Grundgesetz und damit eine juristisch dominierte Fragestellung - zum Thema hatte, soll mit dem zweiten Generationengerechtigkeits-Preis ein weiterer Bereich der Generationengerechtigkeit angesprochen werden.

Das Thema des Preises 2003/2004 ist „Generationengerechtigkeit und Unternehmen“.

Die besten Arbeiten werden wieder in Buchform veröffentlicht. Adressat des Buches ist diesmal nicht die Politik allein, sondern auch die Wirtschaft.

Im Einzelnen wurden bei der ersten Juriesitzung im Dezember 2002 in Berlin folgende Fragestellungen formuliert, die die Ausschreibung des Preises bilden:

- 1.) Inwieweit ist Generationengerechtigkeit eine Aufgabe von Unternehmen?
- 2.) Welche Instrumente und Modelle zur Implementierung von Generationengerechtigkeit in Unternehmen gibt es (z.B. Initiativen in Unternehmen und Wirtschaft, staatliche Steuerungsinstrumente, Einflussmöglichkeiten weiterer Akteure)?
- 3.) Inwieweit haben sie sich bewährt?
- 4.) Welche Alternativen schlagen Sie vor?

Um die Vergleichbarkeit der Arbeiten zu gewährleisten, hat die Jury in ihrer ersten Sitzung folgende formalen Kriterien beschlossen, die die Arbeiten erfüllen sollen: Die Seitenzahl der eingereichten Arbeiten sollte - einschließlich Deckblatt, Inhaltsverzeichnis und Nachweisen - 20 Seiten nicht wesentlich unterschreiten und darf 50 Seiten nicht übersteigen. Die Bearbeiter sollen die Schriftgröße 12 (im Text) bzw. 10 (in den Fußnoten) verwenden. Der Zeilenabstand ist 1,5 Zeilen. Der Seitenabstand beträgt rechts 4,5 cm, links 2,5 cm, nach oben und unten jeweils 2,5 cm bei normalem Buchstabenabstand. Die Arbeiten können auf deutsch oder englisch geschrieben werden.

Da die Arbeiten in anonymisierter Form bewertet werden, ist es unbedingt erforderlich, dass jeder Teilnehmer seine Ar-

beit sowohl in gedruckter Form mit Namen und Adresse auf dem Deckblatt, als auch als Word-Dokument in Dateiform, möglichst ohne Namen und Adresse, einreicht. Auf Grundlage des Word-Dokuments werden dann die anonymisierten Exemplare für die Juroren erstellt.

Einsendeschluss ist der 15. März 2004.

Wie schon beim ersten Generationengerechtigkeits-Preis ist auch diesmal die Jury hervorragend besetzt. Ihr gehören Dr. Volker Ahrens, Fachbereich Sozialwissenschaften „Angewandte Ethik, Nachhaltige Entwicklung“, FH Karlsruhe; Dr. Roger J. Busch, Geschäftsführer Institut Technik-Theologie-Naturwissenschaften, Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Marcus Düwell, Lehrstuhl für philosophische Ethik, Universität Utrecht, Prof. Dr. h.c. Peter Koslowski, Visiting Scholar Liberty Fund, Inc., Indianapolis, und Prof. Dr. Jean-Paul Thommen, Lehrstuhl für Organisation und Personal, European Business School Schloß Reichartshausen, an.

Die Jury wird die anonymisierten Arbeiten bewerten und gemeinsam die drei Preisträger bestimmen. Nach der Bestimmung der Preisträger wird das Preisgeld von 8.000 € auf die Preisträger verteilt, wobei die Höhe der Preisgelder das Verhältnis der Arbeiten widerspiegeln soll. Die Preisträger werden dann informiert und zur Preisverleihung eingeladen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Preisverleihung findet im Rahmen eines Seminars, das die SRzG zusammen mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain vom 10. bis 12. September 2004 veranstaltet, in Arnoldshain im Taunus statt. Im Rahmen der Preisverleihung erhalten die Preisträger die Möglichkeit, ihre Arbeiten dem interessierten Publikum vorzustellen. Im Anschluss wird eine Diskussionsrunde stattfinden, an der die Preisträger teilnehmen können. An dieser Diskussionsrunde werden außerdem Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft teilnehmen.

Wir hoffen, dass dieser Artikel den Leser von der Wichtigkeit und dem Reiz

(weiter auf Seite 4)

(Zweiter... Fortsetzung von Seite 3)

des Generationengerechtigkeits-Preises überzeugen konnte, und dass einige Leser sich nun der Herausforderung stellen und uns mit ihren Arbeiten bereichern werden. Um am Wettbewerb teilnehmen zu können, fordern Sie bitte die kompletten Ausschreibungsunterlagen bei der SRzG an. Dies ist während der gesamten Wettbewerbsdauer möglich.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Machen Sie mit uns zusammen den Preis bekannt, um ein Maximum an hochwertigen Einsendungen zu erreichen. Geben Sie dazu bitte die Informationen in diesem Artikel an mögliche Kandidaten weiter!

Für weitere Nachfragen stehen die Mitarbeiter der SRzG jederzeit gerne zur Verfügung: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Postfach 5115, 61422 Oberursel,
fon 06171-982367, fax 06171-952566,
www.srzg.de, email: info@srzg.de

Adrian Sebell, Vorstand der SRzG

(Nachhaltig... Fortsetzung von Seite 1)

aber auch durch die auf den verschiedensten Ebenen ansetzenden gesellschaftlichen und staatlichen Umsetzungsbemühungen (internationale Verhandlungssysteme, nationale Nachhaltigkeitsstrategien, Diffusion von „best practice“ Beispielen, nachhaltige Produktpolitik, lokale Agenda-Prozesse usw.) ist eine institutionelle Eigendynamik entstanden, der sich kollektive, in öffentlicher Verantwortung stehende Akteure kaum mehr entziehen können.

Lassen sich gesellschaftliche Entwicklungen überhaupt in Richtung Nachhaltigkeit steuern?

Das soll uns gegenüber den Problemen der Umsetzung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung nicht blind machen. Auch wenn sich das Konzept in offiziellen Kreisen und Expertendebatten inzwischen einen festen Platz verschafft hat, so ist damit ja nicht gesagt, dass die damit verknüpfte Intention - das Umpolen gesellschaftlicher Entwicklungstrends hin zu einer „nachhaltigen“ Entwicklung - auch erreicht wird. Zweifel daran sind in mehrfacher Hinsicht angebracht:

1. Versteht nicht jeder unter nachhaltiger Entwicklung - je nach Interessenlage und Weltbild - etwas anderes? Wie sollen daraus konsistente Ziele und Kriterien politischen Handelns gewonnen werden?

2. Verfügen wir überhaupt über hinreichend verlässliches Wissen, um trotz allen „Nichtwissens“ zielführende Strategien nachhaltiger Entwicklung erarbeiten zu können?

3. Besteht nicht nur hinreichendes Expertenwissen, sondern ist dies auch hinreichend mobilisierungsfähig, um nicht nur eine an ad hoc-Problemen und Popularitätskurven orientierte Parteienpolitik, sondern eine an langfristigen Zielen und an einer integrierten Problemperspektive orientierte Nachhaltigkeits-Politik betreiben zu können?

4. Ist es nicht grundsätzlich eine Illusion, die Entwicklung der Weltgesellschaft angesichts der hohen Komplexität widersprüchlicher Trends und Prozesse gezielt in Richtung Nachhaltigkeit voran treiben zu können? Sind entsprechende Hoffnungen auf neue Formen der „governance“, der „Leitbild-“ und „Netzwerk“-Steuerung nicht hoffnungslos überzogen?

Alle diese Fragen müssten - ebenso wie die Tragfähigkeit der bisher diskutierten und praktizierten Lösungen - ausführlich diskutiert werden (vgl. dazu: K.-W. Brand, Hrsg.: Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme, Chancen - eine kritische Diskussion. Berlin: edition sigma, 2002). Hier soll nur ein Aspekt aufgegriffen werden: das Problem der unterschiedlichen Interpretation des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung und die Frage, wie man damit sinnvoll umgehen kann.

Nachhaltige Entwicklung - ein kontroverses Diskurs- und Handlungsfeld

Entgegen dem vordergründigen Konsens im rhetorischen Bezug auf das Leitbild „nachhaltige Entwicklung“, stellt die Debatte um ihre Umsetzung ein hoch kontroverses Diskurs- und Handlungsfeld dar, das zwar durch eine diffuse Norm globaler Verantwortlichkeit integriert, auf dem zugleich aber um Definitionsmacht, um die Durchsetzung sehr unterschiedlicher Deutungen von Nachhaltigkeit und der damit jeweils verbundenen Handlungskonzepte gekämpft wird.

(1) Auf breiten Konsens stößt so zwar das Prinzip einer neuen Generationen-Solidarität, das die dauerhafte Sicherung natürlicher Lebensbedingungen erfordert. Sehr kontrovers wird aber die Frage diskutiert, ob dies den Erhalt des sog. Naturkapitals in seinem jetzigen Bestand erfordert, oder ob natürliches Kapital weitgehend durch technischen Fort-

schrift und künstliches Kapital substituiert werden kann. Beide Positionen haben sehr unterschiedliche praktische Konsequenzen. Im einen Fall wird ein radikaler ökologischer Strukturwandel, im anderen Fall nur ein ökologisch modifizierter Wachstumskurs gefordert.

(2) Ein Konsens besteht auch darin, dass der intragenerative Aspekt sozialer Gerechtigkeit, die Chance für alle Menschen auf der Erde, zumindest ihre Grundbedürfnisse in angemessener Weise zu befriedigen, ein konstitutives Element des Konzepts nachhaltiger Entwicklung darstellt. Wie dies realisiert werden soll, wird wiederum sehr unterschiedlich gesehen. Für die einen garantiert die Liberalisierung des Weltmarkts und der Technologietransfer die bestmöglichen Chancen für Wohlstandsentwicklung und ein umweltverträgliches Wachstum auch im Süden; für die anderen erfordert letzteres gerade umgekehrt die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen und die Entwicklung eines neuen, dematerialisierten Wohlstandsmodells.

(3) Weithin geteilt wird nicht zuletzt die integrative Problemperspektive, die Notwendigkeit der Verknüpfung von ökologischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungsaspekten. Diese Aspekte werden von den verschiedenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Akteuren aber sehr unterschiedlich gewichtet.

Nachhaltigkeit ist somit ein in mehrfacher Hinsicht unscharfes, kontrovers interpretiertes Leitbild, hinter dem unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Welt- und Naturbilder und unterschiedliche Modelle einer „guten Gesellschaft“ stehen.

Die Struktur der deutschen Debatte

Versucht man die Struktur der deutschen Debatte über nachhaltige Entwicklung zu rekonstruieren, so lassen sich die hier vertretenen Positionen in einem Diskursfeld verorten, das sich entlang von

(weiter auf Seite 5)

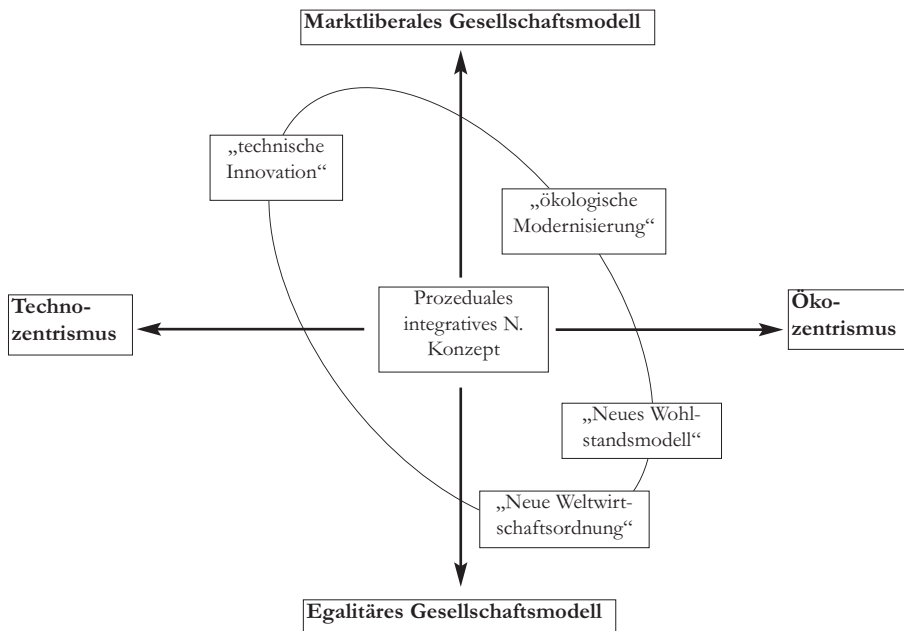


Abb. 1: Dominante Rahmungen im deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs

(Nachhaltig... Fortsetzung von Seite 4)

zwei Achsen aufspannen lässt:

Entlang der vertikalen Achse spannt sich ein Gegensatz auf zwischen den Polen einer an der Funktionsfähigkeit des Markts und am Erhalt des westlichen Wohlstandsmodells sowie einer an den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit orientierten Position, die ein neues, sich selbst beschränkendes Wohlstandsmodell bzw. eine neue Weltwirtschaftsordnung fordert. Sehen Verbandsvertreter der Wirtschaft im Wirtschaftswachstum, in der freien Entfaltung einer globalisierten Marktwirtschaft und der Liberalisierung des Welthandels zumeist die entscheidende Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung, so sehen entwicklungspolitische Gruppen darin gerade das Gegenteil. Für letztere stellen die Herrschaftsstrukturen des globalen Kapitalismus das entscheidende Hemmnis für nachhaltige Entwicklung bzw. den zentralen Motor einer nicht-nachhaltigen Entwicklung dar.

Die Debatte um nachhaltige Entwicklung wird aber noch durch eine andere, horizontale Achse strukturiert, auf der sich „technozentristische“ und „ökozentristische“ Positionen polar gegenüber stehen. Während auf der ökozentristischen Seite eine Haltung vertreten wird, die „Respekt vor der Natur“ und statt „gewaltsamer“, technischer Eingriffe eine sanfte „Anpassung an die Kreisläufe der Natur“ fordert, vertreten Gruppen, die dem technozentristischen Pol näher stehen, die Position, dass technische Innovation die entscheidende Bedingung für nachhaltige Entwicklung

darstellt.

Für die Entwicklung der deutschen Debatte scheinen bis zum Regierungswechsel 1998 Positionen dominierend, die ihre Schwerpunkte einerseits im linken oberen, andererseits im rechten unteren Quadranten haben. Der von der Wirtschaft und der damaligen Bundesregierung favorisierten Deutung „Nachhaltigkeit durch technische Innovation“ steht die vom Wuppertal-Institut formulierte, im Spektrum der Umweltbewegung und entwicklungspolitischer Organisationen verankerte Deutung „Nachhaltigkeit durch ein neues Wohlstandsmodell“ entgegen. Die für den rechten oberen Quadranten typische, exemplarisch vom Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) vertretene Rahmung „Nachhaltigkeit durch ökologische Modernisierung“ findet in der öffentlichen Debatte zunächst nur eine geringere Resonanz, wird dann, nach dem Regierungswechsel 1998, aber gleichsam offizielle Programmatik der rot-grünen Koalition. In der Praxis liegt der Schwerpunkt der Umsetzung des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung ohnehin seit langem gerade auf dieser Ebene (Erhöhung der Ökoeffizienz, Umweltmanagement, Kreislaufwirtschaft, produktintegrierter Umweltschutz, usw.). Seit Ende der neunziger Jahre findet aufgrund der spektakulären, international koordinierten Proteste der Globalisierungsgegner auch die Rahmung „Nachhaltige Entwicklung durch eine neue Weltwirtschaftsordnung“ eine höhere öffentliche Resonanz.

Vermittelt werden diese verschiedenen,

z.T. oppositionellen Deutungen in der deutschen Debatte durch das von der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ entwickelte „prozedurale, integrative Nachhaltigkeitskonzept“, das nachhaltige Entwicklung als einen offenen, partizipativen Abwägungsprozess zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekten begreift („Drei Säulen“-Modell). In dieser vermittelnden Deutung finden die auf vielen Ebenen sich entwickelnden praktischen Ansätze zur Förderung nachhaltiger Entwicklung, insbesondere die seit Mitte der neunziger Jahre sich verbreitende Bewegung von Lokalen Agenda 21-Initiativen, ihr tragendes und integrierendes Fundament.

Neue Akteurskoalitionen und kooperative Suchprozesse

Was aus dem Experten-/Aktivisten-Leitbild nachhaltiger Entwicklung gemacht wird, ist somit ein offener Prozess, der vor allem davon abhängt, welche Bilder und Visionen von Nachhaltigkeit, welche Problemdeutungen und Problemlösungskonzepte sich durchsetzen. Das geschieht nicht von selbst, sondern ist eine strategische Frage von Akteurs- und Diskurskoalitionen. Das soll bei aller Konsens-Euphorie bspw. in lokalen und regionalen Agenda-Prozessen nicht übersehen werden. Dennoch gibt es zu einem integrativen, mehrperspektivischen Verständnis von Nachhaltigkeit keine Alternative. Wir müssen einerseits die Vielseitigkeit der Interpretationen, der zugrunde liegenden Interessen, Wertbilder und Gesellschaftsmodelle akzeptieren. Seine produktive Kraft entfaltet das Leitbild aber daraus, dass es in den verschiedensten thematischen Feldern und an den verschiedensten Orten, von der Gemeinde bis zur internationalen Ebene, einen partizipativen und kooperativen Suchprozess nach innovativen, institutionellen Lösungen für kollektive Probleme nicht-nachhaltiger Entwicklung in Gang setzt, der sich sowohl aus einer neuen globalen Problemwahrnehmung als auch aus einem neuen Ethos globaler Verantwortung und Generationengerechtigkeit speist.



Prof. Dr. Karl-Werner Brand, Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V. (MPS)

Vom Autor ist neu bei edition sigma erschienen:

Karl-Werner Brand (Hg.): Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme, Chancen - eine kritische Diskussion

(Global zukunftsfähige Entwicklung - Perspektiven für Deutschland, Band 3) ISBN 3-89404-573-6, 229 S., EURO 17,90

Wiewohl inzwischen eine unübersehbare Fülle an Initiativen, Modellen und Innovationen auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene im Zeichen des Leitbilds nachhaltiger Entwicklung steht, hat sich am grundlegenden Spannungsverhältnis noch wenig geändert: Das Leitbild als solches ist wenig kontrovers - um so mehr hingegen die Umsetzung. Die Frage ist, ob und wie dieses Leitbild den Anspruch einlösen kann, das komplexe, widersprüchliche Geflecht von Interessen, Alltagsroutinen

und strukturellen Trends in Richtung Nachhaltigkeit umzusteuern. Erfordert dies einen neuen Politiktypus - und eine neue „nachhaltige Bürgergesellschaft“ - oder lassen sich gesellschaftliche Entwicklungstrends durch Nachhaltigkeitspläne, strategische Zielvorgaben, Indikatoren und ein entsprechendes Controlling auch im Rahmen herkömmlicher Institutionen umpolen?

Dieser Diskussionsband versucht eine auf die Bundesrepublik bezogene kritische Bestandsaufnahme der Voraussetzungen, Hemmnisse und Chancen des geforderten gesellschaftlichen Transformationsprozesses. Im Mittelpunkt steht eine vom BMBF (im Rahmen des neuen Förderschwerpunkts „sozial-ökologische Forschung“) geförderte „Sondierungsstudie“ zu diesem Thema, die selbst zu einer eher skeptischen Einschätzung der Möglichkeiten einer koordinierten Steuerung komplexer gesellschaftlicher Prozesse und Akteursnetzwerke in Richtung Nachhaltigkeit kommt. Diese Problem-



diagnose wird dann von Experten aus Politik-, Sozial-, Wirtschafts-, Planungs- und Rechtswissenschaften kritisch kommentiert. Dabei werden nicht nur zentrale Desiderate einer Politik der Nachhaltigkeit deutlich, sondern auch Wege aufgezeigt, wie diese Probleme innovativ bearbeitet werden könnten.

Nachhaltigkeit als politische Leerformel?

Definitionen von Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, von Jörg Tremmel

Der Begriff „Generationengerechtigkeit“ wird in Deutschland seit Anfang der 1980er Jahre immer häufiger verwendet. Zunächst war er in der Literatur über die Zukunft des Sozialstaates, insbesondere der Rentenversicherung zu finden. Mit dem Beginn des Nachhaltigkeits-Diskurs erlangte der Begriff auch in diesem eine zentrale Rolle. Inzwischen ist der Begriff „Generationengerechtigkeit“ dabei, die politische Agenda zu erobern. Im Grundsatzprogramm der Grünen, verabschiedet am 17. März 2002 in Berlin, ist ihm ein eigener Unterabschnitt gewidmet, auch in der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der SPD spielt er eine zentrale Rolle. In den Wiesbadener Grundsätzen der F.D.P. wird er bereits häufiger verwandt als „soziale Gerechtigkeit“. Der Trendforscher Opaschowski prognostiziert, dass „Generationengerechtigkeit“ in den nächsten Jahren das Schlüsselwort unserer Gesellschaft wird.

Anders als bei Nachhaltigkeit ist die Definition von „Generationengerechtigkeit“ nicht wirklich strittig, allenfalls geht es um Nuancen. Dies ist nicht überraschend, da der Begriff von seinem inneren Wortsinn her einen engeren Spielraum vorgibt. Er benennt die Subjekte, um die es geht (Generationen), und er

bindet sich inhaltlich an die wissenschaftliche Disziplin der Ethik, die den Begriff der Gerechtigkeit vergleichsweise klar umrissen hat. Eine Situation, dass es 60 widerstreitende Definitionen gibt, ist bei „Generationengerechtigkeit“ nicht zu befürchten.

Zu beachten ist allerdings, dass das Wort „Generation“ in der englischen, der deutschen und zahlreichen weiteren Sprachen in zwei unterschiedlichen Bedeutungen verwandt wird. Einmal, um die Gesamtheit der heute lebenden Menschen zu bezeichnen. In diesem Sinn lebt jeweils nur eine Generation zur gleichen Zeit. Daneben bezeichnet der Begriff „Generation“ aber auch verschiedene Altersgruppen. So spricht man bei den etwa Unterdreißigjährigen von der jungen, bei den 30-60jährigen von der mittleren und bei den Übersechzigjährigen von der alten bzw. älteren Generation.

Was bedeutet dies etwa für die Aussage eines 28jährigen: „Meine Generation wird benachteiligt, aber die nach uns kommende Generation wird noch mehr benachteiligt sein“? In der zweitgenannten, „engen“ Definition wäre der sprachliche Ausdruck „meine Generation“, bezogen auf Deutschland, gleichbedeutend mit 26,7 Mio. Menschen. Die Designate dieser Definition wären die Jahrgänge 0

bis 30 Jahre. Verwendete er dagegen bei seiner sprachlichen Äußerung die „weite“ Definition, so würden 82,4 Mio. Menschen darunter fallen.

Wird „Generation“ im Sinne der „engen“ Bedeutung gebraucht, so sprechen wir von „temporaler Generationengerechtigkeit“, sonst von „intertemporaler Generationengerechtigkeit“. Temporale Generationengerechtigkeit ist also die Gerechtigkeit zwischen jungen, mittelalten und älteren heute lebenden Menschen. Intertemporale Generationengerechtigkeit wird definiert als die Gerechtigkeit zwischen Menschen, die früher lebten, die heute leben und die zukünftig leben werden (SRzG 2001; vgl. dieselbe Terminologie, aber mit abweichendem Sinn bei Viehöver 2001, 21)

Die Definition von Generationengerechtigkeit

(Intertemporale) Generationengerechtigkeit kann folgendermaßen definiert werden (Tremmel 2003a, 34):

Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn die Chancen zukünftiger Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der heutigen Generation.

(weiter auf Seite 7)

(Nachhaltigkeit... Fortsetzung von Seite 6)

In der Definition für „temporale Generationengerechtigkeit“ muss man „zukünftige Generationen“ durch „nachrückende Generationen“ und „heutige Generation“ durch „heute mittlere und ältere Generationen“ ersetzen. Alternativ kann man dann auch schreiben:

Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn die Chancen nachrückender Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der ihnen vorangegangenen Generationen.

Universale Gültigkeit

Zwei Erläuterungen sind notwendig. Erstens ist das Postulat so zu verstehen, dass die Chancen jeder zukünftigen bzw. nachrückenden Generation mindestens so groß wie die ihrer Vorgängergeneration sein sollten. Es darf also z.B. nicht die heute mittlere Generation die heute junge besser stellen um den Preis, dass es der nächstfolgenden schlechter als beiden geht.

„Künftige Generationen“ vs. „Angehörige künftiger Generationen“?

Eine zweite, wichtige Frage ist, ob sich diese Definition auf die zukünftigen bzw. nachrückenden Generationen als Entitäten bezieht oder auf die Angehörigen zukünftiger bzw. nachrückender Generationen. Die Implikationen sind weitreichend. Stellen wir uns in einem vereinfachten Beispiel vor, die heutige Generation A wollte eine nicht-erneuerbare Ressource, von der insgesamt 6 Einheiten vorhanden sind, mit einer zukünftigen Generation B gerecht teilen. Wegen des Bevölkerungswachstums werde B nun doppelt so groß wie eine heutige Generation A (was A aufgrund seiner Prognosen bereits bekannt ist). Die heutige Generation müsste dann - wenn mit der obigen Definition die Angehörigen zukünftiger Generationen gemeint wären - nicht nur die Hälfte, sondern zwei Drittel der Ressource sparen und könnte dementsprechend weniger selbst verbrauchen.

Dennoch kann die Definition sinnvollerweise nur auf die Angehörigen zukünftiger Generationen, auf die „zukünftigen Individuen“ (Unnerstall 1999) abstellen. Generationengerechtigkeit ist ein zutiefst anthropozentrischer Ansatz, der mit seiner Bedürfnisorientierung auf das Individuum abzielt. Wenn ein zukünftiges Individuum ohne eigenes Ver-

schulden deutlich schlechter gestellt ist als Angehöriger der heutigen Generation, so kann dies nicht als generationengerecht bezeichnet werden. Für die heute lebenden Menschen bedeutet generationengerechtes Handeln in diesem Beispiel folglich, entweder deutlich mehr zu sparen oder aber das Bevölkerungswachstum zu reduzieren.

Wie verhält sich Generationengerechtigkeit zu Nachhaltigkeit?

Die Begriffe „Nachhaltigkeit“ bzw. „nachhaltige Entwicklung“ machten sogar noch schneller als „Generationengerechtigkeit“ weltweit Karriere: Die großen Weltkonferenzen der letzten Dekade beschworen sie; völkerrechtliche Abkommen nahmen sie auf; Koalitionsvereinbarungen in Bund und Ländern erklärten sie zum Leitbild der deutschen Regierungspolitik. Nachhaltige Entwicklung wurde auf der „Weltkonferenz“ in Rio de Janeiro 1992 als übergeordnete Zielsetzung für das 21. Jahrhundert formuliert und von der Weltgemeinschaft legitimiert. Wenn 178 Regierungen sich auf ein Konzept verpflichten lassen, so bekommt dieses dadurch zwangsläufig ein besonderes Gewicht. Durch diese extrem hohe moralische Legitimierung muss sich jeder kollektive Akteur, der seinen Einfluss wahren will, darauf einlassen (Brand 2000, 22). Es existieren dementsprechend auch sehr viele Definitionen von Nachhaltigkeit, die interessegeleitet sind, vor allem in der Politik und in der Wirtschaft. Aber auch in der Wissenschaft gibt es keine einheitliche Definition, vielmehr lassen sich - vereinfacht gesagt - zwei konträre Positionen gegenüberstellen (Tremmel 2003b).

Die enge Definition von Nachhaltigkeit

Als zentrales Merkmal der engen Definition wird das Konzept des Fließgleichgewichtes gesehen. Es soll nicht mehr Holz geschlagen werden, als wieder nachwächst; es sollen nicht mehr Schadstoffe in die Umweltmedien eingeleitet

werden, als diese abbauen können; der Staat sollte - zumindest auf Dauer - nicht mehr Geld ausgeben, als er einnimmt. Bei dieser Definition fallen viele soziale, ökonomische und kulturelle Fragestellungen aus der Nachhaltigkeitsdefinition heraus, da sie mit dem Konzept eines Fließgleichgewichts nicht erfassbar sind. Auf der normativen Ebene wird Nachhaltigkeit bei der engen Definition mit Generationengerechtigkeit begründet.

Die weite Definition von Nachhaltigkeit

Die weite Definition sieht das Prinzip des Fließgleichgewichts nur als einen Teilaspekt, weitere Aspekte, z.B. der Nord/Süd-Ausgleich oder die Geschlechtergerechtigkeit, werden ebenfalls in den Nachhaltigkeitsbegriff aufgenommen. Ethische Begründung ist dafür dann inter- und intragenerationelle Gerechtigkeit.

Auf der Ebene der Dimensionen sind bei dieser Definition mehrere Säulen gleichberechtigt (z.B. die ökologische, ökonomische und die soziale).

Meinungsführerschaft im Diskurs

Bis etwa 1998 war die enge Definition führend, aber mit dem Abschlussbericht der zweiten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages gewannen die Vertreter der weiten Definition die Diskurshegemonie (Brand / Jochum 2000, 189; Tremmel 2003b). Die Fraktion, die Nachhaltigkeit vor allem ökologisch und im Sinne der Generationengerechtigkeit definieren wollte, verlor die Meinungsführerschaft.

Dies bietet nun in der Tat den Vorteil, dass alle Probleme integrativ betrachtet werden können. Interdependenzen und gegenseitigen Abhängigkeiten von Problemlagen werden so besser sichtbar.

(weiter auf Seite 8)

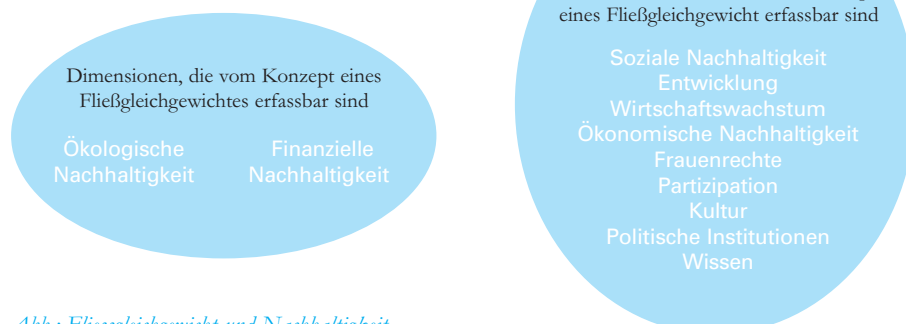


Abb.: Fließgleichgewicht und Nachhaltigkeit

(Nachhaltigkeit... Fortsetzung von Seite 7)

Wenn in Ozeanien die Fischer inzwischen mit Dynamit fischen, um ihre Familien zu ernähren, so ist dies nicht ökologisch nachhaltig. Ohne einen Abbau der massiven Armut, also ohne intragenerationelle Maßnahmen, wird sich das „Umweltproblem“ aber nicht lösen lassen.

Obwohl Nachhaltigkeit auch in der weiten Definition keine Leerformel ist, besteht stets die Gefahr, dass der Kern verloren geht. Einen Vorgeschmack darauf gab die im April 2002 veröffentlichte „Nationale Nachhaltigkeitsstrategie“ der deutschen Regierung (Bundesregierung 2002). Diese Nachhaltigkeitsstrategie reicht von der Familien- über die Umwelt- bis zur Wirtschaftspolitik, von der Kriminalitätsbekämpfung bis zur Ausländerpolitik. Im wesentlichen wurde der Begriff als Formel für „ein besseres Leben für alle, jetzt und in Zukunft“ gebraucht. Diese Definition soll im folgenden als die politische Definition bezeichnet werden.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) bemängelte daraufhin in einer ungewöhnlich scharfen Stellungnahme eine „Begriffsauflösung“, die mit der in Rio beschlossenen Agenda 21 kaum zu begründen sei. „Die Heterogenität der Zielstruktur, die die gesamte Breite ökologischer, ökonomischer und sozialer Zielsetzungen umfasst, mag einer allgemeinen Zukunftsprogrammatik gerecht werden. Eine Strategie nachhaltiger Entwicklung wird durch eine solch heterogene Zielstruktur jedoch konturlos.“ (SRU 13.2.2002)

Von der CDU/CSU wurde der Begriff „nachhaltig“ im Wahlprogramm 2002 sieben Mal häufiger verwandt als 1998. In der deutschen Politik können sich bei der politischen Definition eben nicht nur SPD und Grüne, CDU/CSU und FDP, sondern auch PDS und sogar rechtsradikale Parteien auf „Nachhaltigkeit“ berufen. Es ist bemerkenswert, dass im Ausland rechtskonservative Regierungen während des Vorbereitungsprozesses und vor Ort in Johannesburg nicht mehr Mühe hatten als linke, sich als „nachhaltig“ zu präsentieren. Die rechte FPÖ hat in ihrer Regierungszeit zusammen mit der ÖVP die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. In anderen Ländern wurden die nationalen Nachhaltigkeitsberichte für Johannesburg ebenfalls von rechtspopulistischen (z.B. Dänemark), ja ehemals neofaschistischen Parteien (Italien) mit-vorbereitet und mitunterzeichnet, so

diese zufällig gerade an den Regierungen beteiligt waren. Solange Ziele wie „Verbrechensbekämpfung“ zur Nachhaltigkeit gehören, werden sicher auch konservative Parteien sich zurecht auf Nachhaltigkeits-Erfolge berufen können.

Die eigentliche Gefahr bei der Nachhaltigkeits-Definition der Bundesregierung ist, dass zunehmend beliebig wird, was darunter verstanden wird. Im Bundestagswahlkampf 2002 erklärten sowohl Bundeskanzler Gerhard Schröder als auch Herausforderer Edmund Stoiber, das Leitbild der Nachhaltigkeit stelle die Richtschnur ihrer Politik dar. Bei der politischen Definition kann sowohl eine konservative, als auch eine liberale oder eine linke Gesellschaftspolitik mit der deutschen „Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“ gerechtfertigt werden (vgl. den Politiktestbericht auf S.46). Die CDU würde vermutlich ihre Politik auf die Erfüllung der Nachhaltigkeitsziele „Perspektiven für Familien“, „Ausländerintegration“ und „Verbrechensbekämpfung“ konzentrieren. Die FDP könnte die Indikatoren für den „Abbau der Staatsverschuldung“, die „Öffnung der Märkte“ und die „Förderung von Innovationen“ in den Mittelpunkt ihrer „Nachhaltigkeitspolitik“ stellen. Nahezu alles, was man an Maßnahmen und Zielen definieren kann, lässt sich bei entsprechendem rhetorischen Talent nun unter der Flagge der Nachhaltigkeit präsentieren. Dies führt dann zu einer Interpretation, wie sie dem folgenden Zwischenruf im Deutschen Bundestag zugrunde lag: „Nachhaltigkeit ist, wenn sich Leistung in einem Land wieder lohnt!“ Was der Zwischenrufer meinte, ist: „Gerecht ist...“

Fazit

Nachhaltigkeit hat also im Laufe der 1990er Jahre nicht an Bedeutung verloren, aber eine andere Bedeutung bekommen - eine, die im Fall von Zielkonflikten nicht mehr notwendigerweise ökologisch sein muss. Das Konzept der Generationengerechtigkeit bleibt in den meisten Definitionen des Nachhaltigkeitskonzeptes enthalten, aber nicht mehr unbedingt als dessen Kern. Bleiben die ökologisch Bewegten - sowohl Wissenschaftler als auch die NGOs - angesichts dieses Dilemmas dennoch bei diesem Begriff? Möglicherweise wird „Nachhaltigkeit“ in der ökologischen wissenschaftlichen Diskussion bald nicht mehr ohne erklärendes Adjektiv („ökologische Nachhaltigkeit“) verwendet werden.

Es ist aber auch denkbar, dass im Ökologie-Diskurs in Zukunft auf frühere Begriffe wie „dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung“, „Ökologische Modernisierung“ oder „Ökologisierung“ zurückgegriffen wird.

Für die Zukunft lässt sich aus dem Gesagten folgende Prognose ableiten: Wer nur „Generationengerechtigkeit“ will, der wird nicht mehr „Nachhaltigkeit“ fordern. Die Begriffe der Ökologie und auch der Generationengerechtigkeit werden - auch als Akzentverschiebungen oder sogar Gegenpole zur Nachhaltigkeit - an Bedeutung zunehmen.

Literatur

Brand, Karl-Werner / Jochum, Georg (2000): Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung. MPS-Texte 1/2000, München.

Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (2002): Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Deutscher Bundestag (1998): Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestags: Konzept Nachhaltigkeit: Vom Leitbild zur Umsetzung, BT-Drucksache 13/112000, Bonn.

Rat der Sachverständigen für Umweltfragen (SRU): Stellungnahme zum Regierungsentwurf zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie am 13.2.2002, www.umweltrat.de, Rev. 2002-08-12

SRzG (2001): Positionspapier Grundlagen, Oberursel <http://www.srzg.de/download/pp%20ak%20grundlagen.doc>

Tremmel, Jörg (2003a): Generationengerechtigkeit - Versuch einer Definition, in: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.): Handbuch Generationengerechtigkeit, München. S.27-80

Tremmel, Jörg (2003b): Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure, München.

Tremmel, Jörg (1996): Der Generationsbetrug. Frankfurt am Main.

Unnerstall, Herwig (1999): Rechte zukünftiger Generationen, Würzburg

Viehöver, Martin (2001): Der Beitrag einer reformierten Grundsteuer zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, unveröffentlichte Diplomarbeit 2001, 21; www.viehoever.de; Rev. 2002-03-08

Jörg Tremmel ist geschäftsführender Vorstand der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen.



Nachhaltige Beratung? - Ein Jahr RAT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Die Arbeit des Rates hat die Politik maßgeblich beeinflusst,
von Dr. Volker Hauff

Nachhaltige Entwicklung ist ein Leitbild, das weit über die Grenzen Deutschlands und über den Zeitraum einer Regierungsperiode hinausreicht. Wirtschaftliche Entwicklung in intakter Umwelt, Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt in globaler Verantwortung - diese Ziele setzen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Handelns an und erfordern neue Ansätze zur Integration und Koordinierung der politischen Initiativen; dies ist zugleich ein Beitrag zur Friedenssicherung in der Welt.

Nachhaltige Entwicklung ist eine Reformwerkstatt, ein Prozess zur Diskussion über politische Konzepte, wirtschaftliche Lösungen und innovative Ideen. Falsch wäre es, die in Deutschland erreichten Fortschritte etwa im Klimaschutz und beim Umweltschutz insgesamt gering zu schätzen.

Aber davon, dass wir unsere tatsächliche ökologische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung nachhaltig nennen könnten, sind wir noch weit entfernt.

Der Brundtland-Bericht setzte 1987 ein deutliches Zeichen, in dem er den Begriff „nachhaltige Entwicklung“ neu prägte und das Verhältnis von Umwelt und Entwicklung neu definierte. Die wichtigste Empfehlung dieser Weltkommission war der Vorschlag, eine große internationale Konferenz der Vereinten Nationen zu organisieren. In der Rio-Konferenz 1992 waren es erstmals nicht nur Regierungen, die alleine Vereinbarungen aushandelten;

vielmehr stellte sich auch die Zivilgesellschaft der Herausforderung, eine nachhaltige Entwicklung der Welt zu schaffen. Einen solchen politischen Aufbruch hat bisher keine andere Weltkonferenz initiieren können. Der Schlüsselbegriff war und ist sustainable development, d.h. aus globaler Sicht vor allem, wegzukommen von Armut, von der Verlorenheit, der Hoffnungslosigkeit und hin zu gelangen zu einer nachhaltigen Entwicklung, welche die Lebensrechte kommender Generationen nicht bedrückt und beschneidet.

Die Bundesregierung hat im April 2002 die nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ beschlossen. Im Vorfeld hatte sie 2001 den Rat für Nachhaltige Entwicklung zu ihrer Beratung einberufen. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat die Aufgabe, die Bundesregierung zur Nachhaltigkeitspolitik zu beraten, Ziele, Indikatoren und Projekte vorzuschlagen und zur öffentlichen Kommunikation des Nachhaltigkeitskonzepts beizutragen.

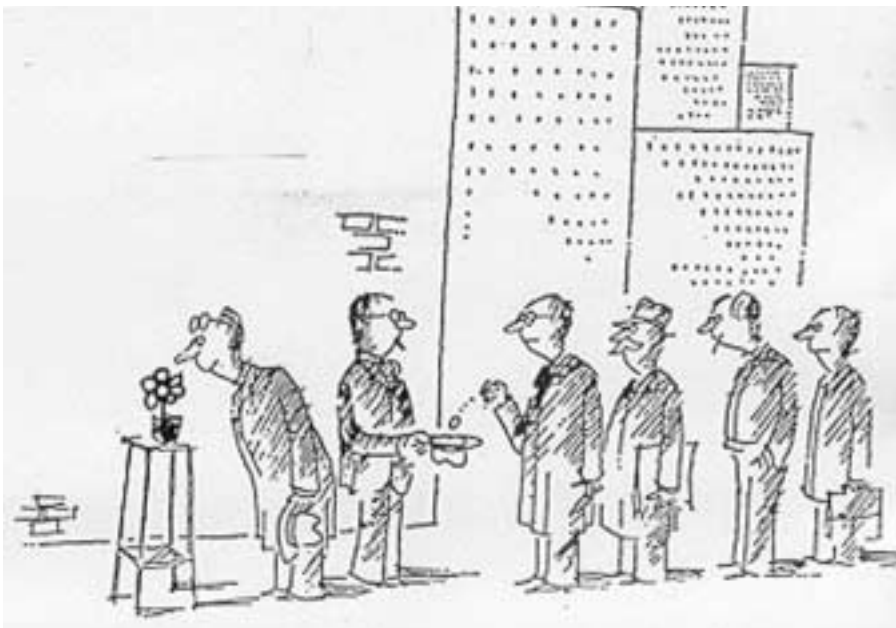
Der Rat für Nachhaltige Entwicklung muss sich ehrgeizigen Maßstäben stellen. Der Brundtland-Bericht, die AGENDA 21 und eine Vielzahl von nationalen Agenda-Initiativen in Kommunen, in Unternehmen, von Kirchen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und aus der Wissenschaft, aber auch die Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages geben der Arbeit des Rates wichtige Bezugspunkte. Neu ist die geforderte

kohärente Sichtweise auf Umwelt und Entwicklung, das partizipative Herangehen sowie der Versuch, die Wegmarken dieser Politik durch quantifizierte Ziele und Zeitpläne abzustecken. Vor allem die Quantifizierung soll Nachhaltigkeitspolitik aus der unverbindlichen Programmatik herausführen. Nachhaltigkeitsstrategien sind nicht nur „Umweltpläne“; sie sind mehr, indem sie auch soziale und wirtschaftliche Ziele zur Nachhaltigkeit umsetzen. Dabei kommt der „Umwelt“ die treibende Rolle zu. Ein „Primat der Ökologie“ gibt es allerdings ebenso wenig wie einen grundlegenden Vorrang der Ökonomie. Gleichwohl ist es jedoch eine Tatsache, dass die ökologische Bedrohung der Erde die Diskussion um Nachhaltigkeit erst richtig in Gang gebracht hat. Viele unmittelbar wahrnehmbare Umweltschäden wurden zwar inzwischen beseitigt. Es bleiben aber immer noch ungelöste Umweltprobleme z.B. durch die Veränderung der Ökosysteme, durch Schadstoffeinträge, die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung und es kommen neue Belastungen und Umweltgefahren hinzu, von denen die Klimafolgen unserer Lebensweise die am häufigsten genannten, aber ganz sicher nicht die einzigen sind.

Was hat der Rat bisher getan?

Als erste Empfehlung, kurz nach seiner Konstituierung, hat der Rat der Bundesregierung die Konkretisierung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie durch quantifizierte Indikatoren angeraten. Die Vorschläge des Rates zu Leitbildern sowie zu den Zielen und Indikatoren der Energie-, Mobilitäts- und Agrarpolitik sowie der Siedlungsentwicklung wurden im Vorfeld der ersten Regierungsentwürfe zur Nachhaltigkeitsstrategie zur Diskussion gestellt (Dialogpapier und -forum). Zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie selbst hat der Rat dann mit weiterführenden Vorschlägen Stellung genommen und diese ausführlich mit dem auf Regierungsseite gebildeten Staatssekretärausschuss unter Leitung von Staatsminister Hans-Martin Bury erörtert. In Vorbereitung des Johannesburger UN-Weltgipfels (August 2002) hat der Rat ergänzend zum Verhandlungsprogramm der Bundesregierung

(weiter auf Seite 10)



(Nachhaltige... Fortsetzung von Seite 9)

empfohlen, das Thema Globalisierung und Nachhaltigkeit in politisch-konzeptioneller Hinsicht aufzugreifen und sich für eine Weltkommission Nachhaltigkeit und Globalisierung bei den Vereinten Nationen einzusetzen; die Bundesregierung hat dies in der Regierungserklärung vom 16. Mai 2002 aufgegriffen.

Ratsmitglieder haben die Perspektiven der nachhaltigen Entwicklung auf die Sozial- und Familienpolitik, die Auswärtige Politik, die Forschungs- und Bildungspolitik, die Zukunft der kommunalen Agenda, den Städtebau und die Raumplanung in Reden und Vorträgen zur Diskussion gestellt.

Die Nachhaltigkeitsstrategie - Wo stehen wir?

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie bildet den Kern des deutschen Beitrages zum UN-Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg; und sie ist daneben die für die Bundespolitik erste umfassende Strategie zur Integration von Umwelt- und Entwicklungsfragen in andere Politikbereiche. Die Nachhaltigkeitsstrategie zeigt in 21 Zielen und Indikatoren die Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung auf. Dabei wird kein Zweifel daran gelassen, dass unsere Produktions- und Lebensweise in Deutschland noch lange nicht umweltgerecht und zukunftsfähig ist.

Der Nachhaltigkeitsrat sieht seine Empfehlungen in einer Reihe von wichtigen Punkten der nationalen Strategie aufgegriffen:

-Mit dem Zwischenschritt, im Jahr 2006 0,33 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe aufzuwenden, wird der jahrelangen Stagnation der Entwicklungsausgaben begegnet. Es kommt wieder Bewegung in die Entwicklungszusammenarbeit; der internationalen Verantwortung der deutschen Politik wird stärkeres Gewicht beigemessen. Die Regierung hat zugesagt, die Folgen der Globalisierung auf internationaler Ebene zu thematisieren.

-Die Begrenzung des Flächenverbrauchs von jetzt 130 auf 30 ha / Tag im Jahr 2020 ist ein Ziel, das äußerst ambitioniert ist und dem durch seine Auswirkung vor allem auf die Städtebau-, Fiskal-, Landes- und Kommunalpolitik eine große Signalwirkung zukommt.

-Erneuerbare Energien sollen bis zur Mitte des Jahrhunderts rund 50 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland abdecken - ein Ziel, das die Innova-

tionspolitik in Deutschland vor ganz neue Herausforderungen stellt.

-Auf Drängen des Rates unterstreicht die Bundesregierung ihre Absicht, die Vorreiterrolle im Klimaschutz auch weiterhin wahrzunehmen und ein anspruchsvolles Klimaziel für die nächste Etappe internationaler Vereinbarungen vorzuschlagen - der Rat sieht damit die Diskussion um die langfristigen Ziele der Klima- und Energiepolitik und den Platz, den die verschiedenen Energieträger darin haben werden, eröffnet.

-Nachhaltigkeit in der Naturschutzpolitik wird in Zukunft anhand von Indikator-Tierarten messbar, wenngleich die Liste aus Sicht des naturschutzfachlichen Votums der Umweltverbände Mängel aufweist.

-In der agrarpolitischen Konzeption hat die Regierung den zunächst vorgelegten Entwurf auf Empfehlung des Rates zugunsten der Verbraucher- und Konsumpolitik grundlegend überarbeitet, wenngleich dies im Einzelnen nicht in allen Punkten den Ratsvorschlägen folgt.

-In der Formulierung des Stickstoff-Indikators als Maßstab für den Weg zur Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft ist die Regierung dem Rat gefolgt. Sie hat allerdings - entgegen dem Votum des Rates - einen zweiten Indikator festgelegt, der den Ökolandbau als den Anforderungen an eine nachhaltige Landwirtschaft schon heute in besonderem Maße gerecht werdend bezeichnet und einen Flächenanteil des Ökolandbaus von 20 Prozent der Landwirtschaftsfläche anstrebt. Der Rat spricht sich zwar grundsätzlich auch für die angezielte Expansion des Ökolandbaus aus, hält aber den Öko-Flächenanteil als Indikator für die gesamte Landbewirtschaftung nicht für geeignet.

-Einer weiteren Empfehlung des Rates folgend, hebt die Nachhaltigkeitsstrategie die Rolle der Kulturpolitik hervor und betont die ethischen Grundlagen der Nachhaltigkeitspolitik.

-Der Prozesscharakter der Nachhaltigkeitsstrategie wird ausdrücklich bestätigt und es werden nächste Schritte angekündigt - der Rat unterstützt die Konzeption der Strategie als einen gesellschaftlichen Such- und Anpassungsprozess. Nicht fertige Konzepte gilt es abzuheften, es gilt vielmehr, den Wettbewerb um die besten Konzepte für die Zukunftsfähigkeit zu fördern.

Nicht alle Empfehlungen des Rates wurden bisher aufgegriffen. So hatte der Rat unter anderem dafür plädiert, schon zum jetzigen Zeitpunkt ein politisches

Signal für ein anspruchsvolles Klimaziel für das Jahr 2020 festzulegen, die Subventionierung der Steinkohleförderung zu beenden, die Nachhaltigkeit wirtschaftlicher Investitionen anhand eines spezifischen Indikators zum „ethischen Investment“ zu messen und einen Indikator für das ehrenamtliche und demokratische Engagement in der Nachhaltigkeitspolitik einzuführen sowie die Ressourcenschonung nicht nur an den Maßstäben der Intensität (das tut die Regierung), sondern auch an absoluten Verbrauchszahlen zu messen. Insbesondere der Diskussion um das Klimaziel kommt die Bedeutung als Gradmesser für die gesamte Strategie zu.

**Tut nicht Schaden der Erde
noch dem Meer noch den
Bäumen**

Offenbarung 7,3

Es bleiben also auch Differenzen zur Regierungspolitik. Erst recht, wenn man aus dem Kanon der Indikatoren rausgeht und weitere Zukunftsfragen thematisiert, etwa zur Entwicklung der Konsum- und Lebensstile und zur internationalen Verantwortung Deutschlands. Nur ein Beispiel: Wo liegt die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft angesichts des Trends der Betriebsaufgaben und der Migrationsprozesse? Wie schaffen wir es, die Wertschöpfung im ländlichen Raum tatsächlich zu erhöhen und die Lebensqualität im ländlichen Raum zu stärken? Eine provokante Frage: Wird vielleicht die Zeit kommen, wo man mit (Öko)-Landwirtschaft eigentlich viel Geld verdienen kann, sich aber keiner mehr findet, der die Arbeit tun will?

Wir stehen erst am Anfang einer Nachhaltigkeitspolitik, die breite Kreise der Gesellschaft einbezieht. Der nächste Schritt besteht aus Sicht des Rates nun in einer Ausfüllungs- und Programmphase. Die Strategie muss ausgefüllt und programmatisch umgesetzt werden. Nachhaltigkeit muss expliziter Bestandteil des Regierungshandelns werden, der sich auch aus der Organisation des Regierungshandelns ablesen lässt. Dabei wird der Monitoring-Prozess, das heißt die statistische Fortschreibung der Indikatoren und ihre politische Justierung („Sind wir noch auf dem richtigen Weg?“), eine zentrale Rolle spielen.

(weiter auf Seite 11)

Ausblick

„Nachhaltige Beratung“ ist eine Beratung, die nicht die kommunikative Einbahnstraße „Berater - Adressat“ entlangfährt, sondern die eine Beratung als diskursiven Prozess organisiert. Vorrangig greift sie folgende Fragen auf:

1. Nachhaltigkeit braucht eine neue, aktivierende Innovationspolitik in Wirtschaft und Gesellschaft. Nachhaltigkeit fordert die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft heraus. Sind wir innovationsfähig genug? Greifen wir die Chancen zu einer neuen Produktions- und Konsumtionsweise wirklich auf?

2. Eine zentrale Leitschnur für die Innovations-, Wirtschafts- und Umweltpolitik der kommenden Jahre ist ein ambitioniertes CO₂-Minderungsziel für das Jahr 2020. Der Rat empfiehlt, die politische Initiative Deutschlands zur Klimapolitik auch mit Blick auf die internationale Diskussion und die EU-Politik nicht aus der Hand zu geben. Auf nationaler Ebene sollte die Nachhaltigkeitspolitik frühzeitig die Ökosteuer mit dem Handel von Emissionszertifikaten und dem Instrument der Selbstverpflichtung zusammenführen.

3. Der Zusammenhang von Nachhaltigkeit und Globalisierung sollte auch im Hinblick auf die kulturelle Vielfalt der Welt thematisiert werden. Eine nachhaltige Globalisierung würde die zunehmenden und immer schneller kursierenden Geld- und Finanzströme, die von Waren, Werten und Materialien entkop-

pelt sind, wieder mit materiellen Wertentscheidungen über Lebensweisen, Wirtschafts- und Konsumentscheidungen verbinden.

4. In der Zukunft der Arbeit liegen Wege zu mehr Lebensqualität. Neue Arbeitsformen, ein stärkeres Gewicht der informellen Arbeit, aber auch Konflikte um die Verteilung der Arbeit und der Einfluss des demografischen Wandels bilden Rahmenbedingungen, die nachhaltig gestaltet werden müssen. Antworten auf die Verbindung von Leben und Arbeiten im dritten Lebensabschnitt sind ebenso gefragt wie die Beiträge der Familien- und Gender-Politik zur Nachhaltigkeit der Gesellschaft.

5. Stichwort Nachhaltiger Warenkorb: Das neue Maß der Dinge muss ausprobiert werden. Statistiken zeigen uns, was wir heute im Durchschnitt essen, trinken, wie wir wohnen und wie wir mobil sind. Der Rat fragt: Wie könnte ein nachhaltiger Konsum aussehen? Können wir heute schon „nachhaltig“ leben? Was kann der Einzelne, was müssen Politik, Handel, Wirtschaft tun?

6. Gibt es eine neue Kunst der Nachhaltigkeit? Nachhaltigkeit erfordert eine neue gesellschaftliche Rolle von Kunst und Kultur. Design und Funktion, Sinn und Schönheit stehen auf dem Prüfstand. Was versprechen wir uns von einem Aufgreifen der Nachhaltigkeit durch Kunst und Kultur?

7. Die PISA-Studie hat eine neue Bildungsmisere offen gelegt. Bessere formelle wie informelle Bildung sind gefragt. Wo liegen die Lösungen? Mit viel

Wissen, mehr Drill oder mehr Nachhaltigkeit? Schulische Projektwochen reichen allein nicht aus, um das „Wissen für die Nachhaltigkeit“ zu bilden.

8. Ein Recht auf Nahrung wird gefordert, um die Herausforderungen der Welternährung zwischen gerechter Verteilung, Änderung der Handelspolitik und Einführung neuer Agrartechnologien neu zu justieren.

9. Nachhaltige Entwicklung braucht einen breiten demokratischen Dialog: Wie geht es weiter mit der Agenda Arbeit in Kommunen? Eine wirksame und direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gehört zur Nachhaltigkeitspolitik. Die Verstärkung der bestehenden Agenda-Initiativen und eine qualitative Verbesserung der Agendaprozesse sind unverzichtbar.

Die bisherige Tätigkeit des Rates für Nachhaltige Entwicklung ist auf www.nachhaltigkeitsrat.de dokumentiert.

Langfassungen der Beiträge von Hauff und Grober erschienen in:

Altner, Günter/ Leitschuh-Fecht, Heike/ Michelsen, Gerd/Simonis, Udo/ von Weizsäcker, Ernst Ulrich (2002) (Hg.): Jahrbuch Ökologie 2003, C.H.Beck Verlag: München.



Dr. Volker Hauff ist
Vorsitzender des Rates für
Nachhaltige Entwicklung.

Modewort mit tiefen Wurzeln - Kleine Begriffsgeschichte von ‚sustainability‘ und ‚Nachhaltigkeit‘

‚Nachhaltigkeit‘ hat sich trotz verbreitetem Unbehagen als Übersetzung von ‚Sustainability‘ durchgesetzt - und das nicht zu Unrecht, von Ulrich Grober

Das Wort gilt als sperrig. ‚Nachhaltigkeit‘ - ‚halten‘ und ‚nach‘ - irgendwie schwerfällig, statisch! Da sei nichts von der Dynamik und Vitalität eingefangen, die man eigentlich meine. Das Wort, sagen Experten, habe keine positive emotionale Ausstrahlung. Die Menschen könnten nichts damit anfangen, verstünden es nicht, würden abgeschreckt. Selbst Politiker, die täglich damit umgehen, äußern Unbehagen an dem ‚schrecklichen Begriff‘ (Jürgen Trittin) und flehen um eine attraktivere Übersetzung von ‚sustainability‘. Ein unterschwelliges Unbehagen hat sich hierzulande in den Köp-

fen festgesetzt - gewiss nicht wirkungslos: Die Sprache ist das Haus des Seins. Es mag ja sein, daß ‚desarrollo sostenible‘ mehr Flair hat und ‚sustainable development‘ irgendwie authentischer klingt. Was allerdings die Suche nach einer anderen Übersetzung angeht, so ist der Zug wohl abgefahren. Alternativen wie ‚dauerhaft‘ oder ‚zukunftsfähig‘, die nach Erscheinen des Brundtland-Berichts ins Spiel kamen, konnten sich nicht durchsetzen. Andere sind nicht in Sicht. Also doch: an dem Wort festhalten und sich darin häuslich einrichten?

Der Geschichte des Nachhaltigkeitsbegriffs vor dem Brundtland-Bericht 1987

‚Living resource conservation for sustainable development‘ war 1980 der Titel der ‚World Conservation Strategy‘, einer Richtlinie für den weltweiten Naturschutz. Entworfen hatte sie ein international zusammengesetztes Gremium aus Wissenschaftlern, UNO-Experten und Leuten vom WWF, einer traditionellen Naturschutz-Organisation, in dem Aristokraten wie Prinz Philipp den Ton angaben. Unter der Schirmherrschaft des

(weiter auf Seite 12)

**ökom Verlag -
Wir publizieren Zukunft**



Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie

**Der deutsche Diskurs um
nachhaltige Entwicklung im Spiegel
der Interessen der Akteure**

Die Begriffe »Nachhaltigkeit« bzw. »nachhaltige Entwicklung« machten in Rekordzeit weltweit Karriere: Die großen Weltkonferenzen der letzten Dekade beschworen sie; Koalitionsvereinbarungen in Bund und Ländern erklärten sie zum Leitbild der deutschen Regierungspolitik; in Presse und Internet sind sie ständig präsent. Aufgrund der breiten öffentlichen Resonanz wundert es wenig, dass sich ein neuer Forschungszweig, die Nachhaltigkeitsforschung etablierte. Hier ist die vorliegende Studie einzuordnen.

»Ich kenne kein anderes Buch über Nachhaltigkeit im deutschen Sprachraum, das so akribisch und umfassend den Diskurs über Nachhaltigkeit nachzeichnet und die vielfältigen Positionen aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft beschreibt.«
Ortwin Renn, Leiter der Akademie für Technikabschätzung Baden-Württemberg

Autor: Jörg Tienmeyer
ökom Verlag, München 2003
190 Seiten; ISBN 3-936581-14-2
20,00 Euro (zzgl. Versandkosten)

www.oekom.de

Erhältlich bei pan adress
Semmelweisstraße 8, D-82152 Planegg
Fax ++49/(0)89/8 57 09-155
Fax ++49/(0)89/8 57 09-131
E-Mail kontakt@oekom.de

(Modewort... Fortsetzung von Seite 11)

UNO-Generalsekretärs wurde die Erklärung in 34 Hauptstädten gleichzeitig vorgestellt.

Wiederum einige Jahre zuvor erscheint ‚sustainable‘ in einem Dokument des ‚Ökumenischen Rates der Kirchen‘ (ÖRK). Diese Organisation suchte 1974 auf einer Konferenz in Bukarest nach einem neuen sozialetischen Leitbild. Unter dem Einfluss von Befreiungstheologen aus dem Süden und Schöpfungstheologen aus dem Norden wurde die bisherige Formel ‚verantwortliche Gesellschaft‘ durch den Begriff ‚gerechte und nachhaltige Gesellschaft‘ (just and sustainable society) abgelöst.

1972 war das Jahr der entscheidenden Initialzündungen. Der ‚Club of Rome‘ legte seinen bahnbrechenden Bericht über die ‚Grenzen des Wachstums‘ vor. Mit Hilfe von neu entwickelten kybernetischen Simulationsmodellen und finanziert von der Volkswagenstiftung, hatte eine interdisziplinäre Gruppe von Forschern die zerstörerischen Folgen von Bevölkerungswachstum, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung hochgerechnet. Bei der Beschreibung eines angestrebten ‚Zustands des globalen Gleichgewichts‘ taucht das Wort ‚sustainable‘ an zentraler Stelle auf:

We are searching for a model output that represents a world system that is:

1. sustainable without sudden and uncontrollable collapse; and
2. capable of satisfying the basic material requirements of all of its people.

Den Gedanken des Umweltschutzes setzte noch im selben Jahr 1972 die erste große UNO-Umweltkonferenz in Stockholm auf die internationale politische Agenda.

Wurzeln im Forstwesen

Die Verschmelzung des Verbes ‚sustain‘ (aufrechterhalten, tragen) mit dem Suffix ‚able‘ (fähig) war sprachliches Neuland. Das Modell für diese Wortschöpfung aber stammte aus der Fachsprache des Forstwesens. ‚Sustainability‘ ist semantische Modifikation, Übernahme und Erweiterung des international gebräuchlichen fachsprachlichen Begriffs ‚sustained yield forestry‘, nachhaltige Forstwirtschaft.

Das Credo von ‚sustained yield‘ beschrieb, um nur eine Stimme zu zitieren, William A. Duerr, ein führender amerikanischer Forstwissenschaftler, im Jahre 1968 so:

To fulfill our obligations to our descendants and to stabilize our communities, each generation should sustain its resources at a high level and hand them along undiminished. The sustained yield of timber is an aspect of man's most fundamental need: to sustain life itself.

Das Zitat steht im Kontext einer lang anhaltenden Debatte, die nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue und intensive Auseinandersetzung mit Bedeutungsumfang und Anwendbarkeit, Geschichte und Philosophie der forstlichen Nachhaltigkeit entfacht hatte. Ein Schwerpunkt dieser Debatte lag in den USA und Kanada, wo es darum ging, die Nachhaltigkeit überhaupt erst als Leitbild der Forstwirtschaft durchzusetzen. Die ‚cut out and get out‘-Strategie und -Mentalität der großen Holz-Unternehmen war nämlich auch im ‚Land der unbegrenzten Möglichkeiten‘ an ihre Grenzen und auf den zunehmend militanten Widerstand von Umweltschützern gestoßen. Zum anderen diskutierte man darüber in Gremien der UNO, die mit der Etablierung eines nachhaltigen Forstwesens in den neuen Staaten der Dritten Welt befasst waren. Beide Diskussionslinien waren – jedenfalls in wissenschaftlichen Gemeinschaften – präsent, als Anfang der 70er Jahre schockartig die Endlichkeit der Ressourcen ins Bewusstsein rückte. Das forstliche Konzept aber hat lange Traditionslinien. ‚Sustained yield‘ ist die bereits im 19. Jahrhundert gebräuchliche englische Übersetzung des deutschen Forstwortes ‚Nachhaltigkeit‘.

Die ‚Sylvicultura oeconomica‘

Geht man in der Geschichte des Begriffs bis zu den Anfängen zurück, so stößt man auf ein Buch, das 275 Jahre vor dem Brundtland-Bericht geschrieben wurde. In der ‚Sylvicultura oeconomica oder Anweisung zur wilden Baum-Zucht‘, erschienen 1713 in Leipzig, erörtert der Verfasser die Frage, „wie eine sothane (= solche) Conservation und Anbau des Holtzes anzustellen/ daß es eine continuirliche beständige und nachhaltige Nutzung gebe.“

Der Autor Hans Carl von Carlowitz (1645-1714) war unter August dem Starcken Oberberghauptmann und Leiter des sächsischen Oberbergamts in Freiberg, eines frühindustriellen Innovationszentrums von europäischem Rang. Sein Buch behandelt die zeitgenössischen ‚Grenzen des Wachstums‘. Es beklagt die rapide Devastierung der Wälder in Europa, speziell im heimischen Erzgebirge, und prognostiziert eine bevorstehende

(weiter auf Seite 13)



(Modewort... Fortsetzung von Seite 12)

Ressourcenkrise, nämlich einen Mangel an Holz. Diese Krise würde die auf Holz und Holzkohle angewiesenen Silbererzbergwerke und Schmelzhütten - das ökonomische Rückgrat des Landes - in ihrer Existenz gefährden.

Carlowitz war ein weltläufiger Edelmann und sächsischer Europäer. Auf seiner mehrjährigen ‚grand tour‘ durch Europa hatte er sich als junger Mann mit den englischen und französischen Strategien gegen die Ressourcenknappheit vertraut gemacht. Gewiss kannte er John Evelyns 1664 im Auftrag der britischen Royal Society verfasstes Buch ‚Sylva‘. Dieses eloquente Plädoyer für die Wiederaufforstung des Landes gipfelte in dem flammenden Aufruf ‚Let us arise then and plant‘. Evelyn, seines Zeichens Höfling, Kunsthistoriker, Gartenplaner und Bienenzüchter, rückte den Gedanken an die zukünftigen Generationen (‚posterity‘) beim ‚management‘ der Wälder ins Zentrum. Jede Generation sei ‚non sibi soli natus‘ - nicht für sich allein geboren -, sondern ‚born for posterity‘. In Paris hatte sich Carlowitz intensiv mit Colberts ‚grande ordonnance‘ von 1669 zur Reform des Forstwesens beschäftigt. Mit dieser umfassenden Verordnung wollte der Minister Ludwig des XIV. und Verfechter des Merkantilismus die ‚bon usage‘, die gute und intelligente Nutzung der Ressource Holz, in den Forsten des Sonnenkönigs durchsetzen.

Gegen den Raubbau am Wald setzt Carlowitz in der ‚Sylvicultura oeconomica‘ die eiserne Regel, „daß man mit dem Holz pfleglich umgehe“. Man solle diese Ressource, die so wichtig sei wie das tägliche Brot, „mit Behutsamkeit“ nutzen, damit „eine Gleichheit zwischen An- und Zuwachs und dem Abtrieb des

Holtzes erfolget“ und die Nutzung „immerwährend“, „continuirlich“, und „perpetuirlich“ stattfinden könne. Das traditionelle Wort ‚pfleglich‘, laut Carlowitz ein ‚uralter Holz-Terminus‘, scheint dem Autor jedoch nicht ausreichend, die langfristige zeitliche Kontinuität von Naturnutzung und den Gedanken des Einteilens und Sparens von Ressourcen zum Ausdruck zu bringen. In diesem Kontext greift er auf das Inventar der Alltagssprache zurück und bringt - sicherlich noch beiläufig - das Wort ‚nachhaltende Nutzung‘ ins Spiel.

Karriere eines Begriffs

Die Carlowitz'sche Wortprägung setzte sich im Laufe des 18. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum durch.

Der württembergische Kameralist und Forstmann Wilhelm Gottfried Moser z. B. plädierte 1757 für eine „nachhaltige Wirtschaft mit unseren Wäldern“. Diese Forderung sei so „vernünftig, gerecht, klug und gesellschaftlich, je gewisser es ist, daß kein Mensch nur bloß für sich, sondern auch für andere und für die Nachkommenschaft leben müsse“. Georg Ludwig Hartig, Leiter der preußischen Forstverwaltung, formulierte um 1800:

„Es läßt sich keine dauerhafte Forstwirtschaft denken und erwarten, wenn die Holzabgabe aus den Wäldern nicht auf Nachhaltigkeit berechnet ist. Jede weise Forstdirektion muß daher die Waldungen des Staates ohne Zeitverlust taxieren lassen und sie zwar so hoch als möglich, doch so zu benutzen suchen, daß die Nachkommenschaft wenigstens eben so viel Vorteil daraus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation zueignet.“

Die Idee der Nachhaltigkeit wurde auf der Basis der Geometrie, Mathematik und Forstbotanik ausgearbeitet, systematisiert und operationalisiert. Die Wälder wurden vermessen und räumlich ein-

geteilt. Die Holzvorräte taxiert, also mathematisch erfasst, und ihr Zuwachs auf lange Zeiträume hin vorausberechnet. Die Böden wurden nach Güteklassen bewertet, Pflanzen und Tiere klassifiziert. Ein gewaltiges Aufforstungsprogramm rollte an. Die Entwaldung wurde rückgängig gemacht. Allerdings: Das neue System der räumlichen und zeitlichen Ordnung bedingte die rigorose Einschränkung der Biodiversität. Aus dem Mosaik des Waldes entstand das Schachbrett des Forstes. Der angestrebte ‚Normalwald‘ war eine Monokultur. Es bedurfte erbitterter Kämpfe, um die Anschauung immer wieder neu zu etablieren, dass Nachhaltigkeit von der langfristigen Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ökosysteme abhängt.

Im Jahre 1816 hatte Heinrich Cotta, Forstklassiker und Freund Goethes, im sächsischen Tharandt die erste Forstakademie gegründet. Weitere folgten. Von hier aus verbreitete sich das Konzept der Nachhaltigkeit in alle Welt. Die Gründung der französischen Forsthochschule 1824 in Nancy, die im 19. Jahrhundert ebenfalls weltweite Geltung erlangte, war bereits davon inspiriert.

Damit ergab sich die Notwendigkeit einer präzisen Übersetzung von ‚Nachhaltigkeit‘. Einer der frühen Vermittler war der Schweizer Forstmeister Karl Albrecht Kasthofer, der um 1800 in Göttingen studiert hatte. Das - wie er sagte - ‚deutsche Kunstwort‘ übersetzte Kasthofer mit ‚produit soutenu et égal d'une forêt‘. Das französische Verb ‚soutenir‘ ist eine Ableitung des lateinischen ‚sustinere‘: aushalten, aufrechterhalten, stützen, tragen, bewahren, zurückhalten, also nachhalten. Ähnlich wie Kasthofer verfuhr der Franzose Adolphe Parade, Absolvent von Tharandt und Professor in Nancy. Er übersetzte ‚Nachhaltigkeit‘ 1837 mit ‚production soutenu‘.

(weiter auf Seite 14)

GG! in Bibliotheken

Noch keine frühere Ausgabe der Generationengerechtigkeit! hatte so viele Seiten wie diese. Damit wir diesen Umfang beibehalten können, brauchen wir aber ihre Mithilfe. Bis Sommer müssen für die nächste Ausgabe der Zeitschrift 5000 Euro aufgebracht werden, das heißt 200 neue Abonnenten gewonnen werden.

Unsere Bitte deshalb: Liegen Ihnen unsere Arbeit und Anliegen ebenfalls am Herzen, können Sie uns aktiv unterstützen, indem Sie in Ihrer Stadt- oder Unibibliothek ein Abo der GG! vorschlagen. Die Bibliotheksverwaltungen richten sich häufig bei ihren Anschaffungen von Büchern und Zeitschriften nach den Wünschen ihrer Benutzer! Sprechen Sie mit einem Mitarbeiter Ihrer Bibliothek! Die Zeitschrift, deren Aufmachung und Qualität von vielen renommierten Wissenschaftlern gelobt wird, spricht mit ihren Themen zum aktuellen Zeitgeschehen sowohl Fachleute als auch Laien an.

Noch ein Extra-Dankeschön ist Ihnen von Seiten der SRzG gewiss, wenn Sie in einem Aufwasch auch gleich die Anschaffung des Handbuchs Generationengerechtigkeit verlangen.

(Modewort... Fortsetzung von Seite 13)

Eine Ableitung von ‚sustinere‘ bildete im 19. Jahrhundert auch die Grundlage für die englische Übersetzung ‚sustained yield forestry‘ - Forstwirtschaft mit dauerhaft aufrechterhaltenem, also nachhaltigem Ertrag: Vorläufer und Modell für ‚sustainability‘.

Sorglos eilen wir in den Abgrund, nachdem wir etwas aufgebaut, was uns hindert, ihn zu sehen.

Blaise Pascal

Die Brundtland-Definition von Nachhaltigkeit

Eine Entwicklung, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen“. So hatte der Brundtland-Bericht von 1987, der den Erdgipfel 1992 in Rio vorbereitete, sustainable development definiert und auf die Weltbühne gebracht. Beigetragen zur Formierung des Konzepts haben jeweils global agierende Netzwerke von Naturforschern und Naturschützern, Theologen, Zukunftsplanern und - nicht zu vergessen - Graswurzelbewegungen aus der 68er-Generation.

Aber auch innerhalb der Menschheit sollte nun Gerechtigkeit erzielt werden. Die sprachliche Verknüpfung mit „development“ zeigte die große Neuerung an: die Einbeziehung sozialer und gesamtgesellschaftlicher Elemente über das Ökologische hinaus. Dies ist zwei-

fellos eine Erweiterung der ursprünglichen, von Carlowitz vertretenen Auffassung von Nachhaltigkeit als Fließgleichgewicht.

Nachhaltigkeit - ein Modewort?

Ein Modewort ist ‚Nachhaltigkeit‘ also nicht. Aber vielleicht wäre es an der Zeit, dass es ‚chic‘ wird, darüber zu kommunizieren, was seine geistige Substanz ist. Dann müsste sich eigentlich auch der Verdacht verflüchtigen, es handele sich um ein ‚Plastikwort‘. Nachhaltigkeit ist gewiss kein Dogma, keine Formelsammlung mit starren Definitionen und Regeln, die sagen, du musst nur dies und jenes tun, um nachhaltig zu sein. Eher läuft es darauf hinaus, ein „Spielfeld zur Verfügung zu haben, wo du experimentieren kannst“ (Hans-Peter Dürr), wo durch das Spiel von Versuch und Irrtum eine Vielfalt von Formen gefunden wird, die sich als überlebensfähig erweisen. Mit Beliebigkeit ist das nicht zu verwechseln. Der Bruch mit nicht-nachhaltigen Praktiken erfordert ein radikales und komplexes Denken: über die Naturvoraussetzungen des Wirtschaftens, über den Umgang mit Raum und Zeit und die Reproduktionspotenziale der Natur, über neue Wohlstandsmodelle und zukunftsfähige Bilder eines guten Lebens. Ist das ‚sperrig‘?

Die internationale Etablierung des Nachhaltigkeitskonzepts 1992 in Rio de Janeiro war - bei aller berechtigten Kritik im Detail - ein großer Wurf und eine kühne Herausforderung. Martin Held vom Projekt ‚Ökologie der Zeit‘ hat wohl Recht, wenn er sagt:

„Es ist ein Moment in die Welt gekommen, das extrem weit reichend ist. Wir haben noch gar nicht recht verstanden, um was es dabei geht. Geschweige denn die Tragweite.“

Literaturhinweise

Carlowitz, Hannß Carl v.: Sylvicultura oeconomica - Anweisung zur wilden Baumzucht. Reprint der Ausgabe Leipzig 1713. Freiberg 2000.

Döring, Hans-Joachim: Sustainability und Ökumene, in: Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch - Erde, 21. Jg., Heft 54, Wittenberg 2000.

Grober, Ulrich: Tiefe Wurzeln, in: Natur und Kultur, 3. Jg., Heft 1, 2002, S. 116-128, (dort weitere Literaturangaben).

Kehr, Kurt: Nachhaltig denken. Zum sprachgeschichtlichen Hintergrund und zur Bedeutungsentwicklung des forstlichen Begriffs ‚Nachhaltigkeit‘, in: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen, 144. Jg., Heft 8, 1995, S. 595-605, 1993.

Köpf, Ernst Ulrich: Forstpolitik. Schule der Nachhaltigkeit, Stuttgart 2002.

Meadows, Donella et al.: The Limits to Growth, Post Mills 1972;

Sieferle, Rolf Peter: Der unterirdische Wald. Energiekrise und Industrielle Revolution, München 1982.

Steen, Harold K.: History of sustained-yield forestry. Symposium, Portland 1984.



Ulrich Grober ist Journalist und Nachhaltigkeits-Experte.

Forstliche Nachhaltigkeit - mit globaler Perspektive?

Zur Wechselwirkung zwischen dem globalen Konzept und der forstlichen Nachhaltigkeit, von Rainer Barthel

Bereits vor dem Weltgipfel von Rio 1992 war das Wort „nachhaltig“ in Deutschland von Bedeutung. Auch wenn der Begriff der „forstlichen Nachhaltigkeit“ nur einen Teilaspekt der „Nachhaltigkeit“ im Sinne von Rio repräsentiert, gibt ein Blick auf die Forstgeschichte wertvolle Hinweise für die allgemeine Umweltdiskussion.

Nachhaltige Forstwirtschaft

Als der altrömische Historiker Tacitus um 100 v.C. über die undurchdringlichen dunklen Wälder Germaniens schrieb, zeichnete er vor allem ein wildes, unzi-

vilisiertes Volk und dessen geheimnisvolle Herkunft nach. Nicht nur im Norden stellten große Urwälder eine „schwer durchdringliche Wildnis“ dar, die „dem wirtschaftenden Menschen feindlich“ gegenüberstand. Bereits im frühen Mittelalter aber wurden erste Verbote, mast-tragende Buchen und Eichen zu fällen, erforderlich. Der „Capitulare de villis“ Karls des Großen zufolge waren regionale „Schweinemasten“ zu melden und ein zweckmäßiges Verhältnis von Rodung und Wiederbewaldung einzuhalten. Mit der steten Erweiterung des menschlichen Siedlungsgebietes schwan-

den jedoch immer mehr Waldflächen. Mit der Aufklärung verbunden war der Glaube der Menschen an einen Fortschritt durch vernunftgeprägtes Handeln. Die Welt sollte verbessert und höher entwickelt werden, aber auf welcher ethischen Grundlage? In das seinerzeit merkantile Wirtschaftssystem passte die Sorge vor einer Holznot, wurden doch Aspekte des Gemeinwohls berechtigt angesprochen. Deutliche Übernutzungen der natürlichen Ressourcen zeichneten sich aufgrund des stetig steigenden Lebensstandards - spätestens - mit Beginn

(weiter auf Seite 15)

(Nachhaltigkeit... Fortsetzung von Seite 14)

des industriellen Zeitalters ab. Vor allem die „Bewirtschaftung der Wälder (erforderte) ... ein langfristiges, über menschliche Generationen hinauszielendes Planen“. Dieses ließ sich u.a. in Waldfläche, Holz, Finanzen, Betriebsphilosophie und Schutzwirkungen messen. Wen wundert es, dass GLÜCK (1987) die Nachhaltigkeit noch heute als „Herzstück des forstlichen Lehrgebäudes“ sieht?

Dass wissenschaftliche Erkenntnisse aber nicht immer von der Gesellschaft berücksichtigt werden, spiegelt die aktuelle Belastung unserer Wälder durch Luftverschmutzung und die Zerschneidung unserer Landschaft durch Verkehrsstrassen ebenso wieder wie die nachhaltigkeitswidrige Fütterung und Beimpfung von Wildtieren.



Bialowieża ist ein mehr als 1500 km² umfassender Urwaldkomplex auf der Grenze zwischen Polen und Belarus, ein Überbleibsel der für Mitteleuropa typischen Wälder mit charakteristischer Ausprägung. Dass die natürliche Dynamik vom Menschen hier nur wenig beeinträchtigt ist, sichert das Gebiet als Lebensraum einer Vielzahl gefährdeter Tier- und Pflanzenarten. Mehr als 4000 wissenschaftliche Veröffentlichungen (WESOŁOWSKI 2002) verdeutlichen den internationalen Wert Bialowiežas als unbewirtschaftete Referenzfläche.

Nachhaltiges Waldmanagement auf europäischer Ebene

Rund 36% der Gesamtfläche der EU, etwa 130 Mio. Hektar, sind von Wäldern bedeckt. Multifunktional soll die Mehrzahl derselben unter ökologischer, wirtschaftlicher, sozialer und zugleich kultu-

"Prozessmodell Gesellschaft/ Umwelt" als Grundlage für die Entwicklung von Umweltindikatoren (angelehnt an IFF 2000 und BWK 2001)



Das Prozessmodell Gesellschaft-Umwelt geht von komplexen natürlichen und sozialen Systemen aus. Materielle und kommunikative Prozesse spielen sich parallel und in Wechselwirkung zueinander in unserer Biosphäre ab. Beide Ausschnitte der Welt (Kultur wie Umwelt) unterliegen aber ihrer eigenen Dynamik, die durch überlagernde Naturkräfte oder Weltanschauungen geprägt ist.

reller Zielstellung behandelt bzw. genutzt werden. Mit Blick auf die Gemeinschaftsstrategie „NATURA 2000“ kommt folgende Definition PLOCHMANNs (1982) zum Tragen:

„Nachhaltige Forstwirtschaft erfordert, Wälder als Ökosysteme zu erhalten, die über eine hohe Stabilität verfügen, deren Produktivität ihre möglichst hohe Nutzung nach den Bedürfnissen der Gesellschaft ermöglicht und deren Bewirtschaftung keine Störungen in benachbarten Ökosystemen auslöst.“

In ihrer Verantwortung für kommende Generationen sollen die Waldbesitzer - immerhin sind 65% der Betriebe in privater Hand - erneut „den Schritt nach vorn wagen“. Erhaltungs- und Entwicklungsziele sind im Interesse der natürlichen und naturnahen Lebensräume und typischen Tier- und Pflanzenarten mitzugestalten und aktiv zu unterstützen. Eine nachhaltige Planung beinhaltet somit, einer Verschlechterung und Übernutzung des Naturerbes auf betrieblicher Ebene vorzubeugen.

Dass ein auf der europäischen Konferenz der Forstminister in Lissabon benanntes Arbeitsprogramm zur biologischen und landschaftlichen Vielfalt in Waldökosystemen auch die osteuropäischen Beitrittsländer einbezieht, ist nicht nur mit Blick auf den Schutz der letzten Urwälder Europas zu hoffen.

Wenngleich die Staaten Europas ihre Waldpolitik unterschiedlich gestalten, so wurde das Prinzip der forstlichen Nachhaltigkeit doch häufiger gepredigt als umgesetzt. Als nachhaltig kann weder

der Anbau nicht standortgerechter Baumarten, so des in Spanien EU-geförderten Eukalyptus, angesehen werden, noch in Deutschland die (nur langsam nachlassende!) Subventionierung von Nadelholzmonokulturen oder eine Freisetzung gentechnisch veränderter „Energie-Hölzer“. Nachhaltigkeit soll, dem Standard des Welt-Waldrates (FSC) entsprechend, naturbelassene Waldflächen ausdrücklich einbeziehen. ODENDAHL (1998) folgend, muss die „Souveränität der Staaten über ihre nationalen Ressourcen berücksichtigt (werden, sind parallel dazu aber) ... Grenzen .. (zur Sicherung der Biodiversität unerlässlich), um die ... Waldzerstörung wirksam und auf Dauer ein(zu)dämmen“.

Nachhaltigkeit auf globalem Parkett

„Sustainable development“ kann unterschiedlich übersetzt werden - als tragfähig, dauerhaft, zukunftsfähig, umweltverträglich oder eben - nachhaltig. Ein „weltweites Programm des Wandels“ sah die Brundtland-Kommission voraus. Heute wird der Begriff „sustainability“ als „... development that meets the needs of the present while safeguarding the ability of future generations to meet their own needs“ auf die unterschiedlichsten Lebensbereiche übertragen.

BINSWANGER (1994) sieht den „... Fortschritt (der vielfältigen Debatten) ... darin, dass sich Ökonomen vermehrt mit ökologisch-ethischen Fragen beschäftigen“. Nicht nur im Bereich der Forstökonomie liegen heute wissenschaftliche

(weiter auf Seite 16)

(Nachhaltigkeit... Fortsetzung von Seite 15)

Arbeiten zur „Verantwortung für zukünftige Generationen ...“ vor. HÖLTERMANN (2001) forderte dazu auf, „eindeutig zustandsorientierte Wohlfahrtsziele zugunsten des Erhalts vielfältiger Handlungsoptionen ... für künftige Generationen“ kritisch zu prüfen und Gesellschaftssysteme entsprechend auszurichten.

Zahlreiche „Sets“ von Umwelt- oder Nachhaltigkeitsindikatoren wurden entwickelt. Diese setzen voraus, dass gesellschaftliche Eingriffe die Umwelt spürbar verändern und in ihrer spezifischen Auswirkung zu messen sind (pressure - state - response).

Sowohl die „agrarische Revolution“ als auch die mit zunehmender Verstädterung einhergehende „kulturelle Evolution“ sieht HABER als Abkehr vom Prinzip der Nachhaltigkeit.

Ist eine nachhaltige Entwicklung zukunftsweisend?

Für die forstliche Nachhaltigkeit stellte GUTTENBERG (1890) fest, dass der Begriff „zur Leerformel“ verkomme und „je nach Interessenlage und politischer Intention mit verschiedenen Inhalten gefüllt“ werde. Dass sich eine „nachhaltige Entwicklung“ als facettenreich und im Extrem als trügerisch erweisen kann, zeigt sich in der Definition von RUCKELSHAUS, „... that economic growth and development must take place and be maintained over time ..“. Die Umweltbedingungen für die Produktion werden erst an zweiter Stelle genannt, was der „Rio plus 10“-Gipfel in Johannesburg im vergangenen Jahr „eindrucksvoll“ belegte.

Solange „sustainable development“ nur als abstraktes Ziel genannt wird, reagieren Politiker und Wirtschaftsmanager enthusiastisch. In vielen Regionen der Welt

ist eine nachhaltige Tragekapazität aber längst überschritten, nicht nur mit Blick auf die Versorgung mit Wasser, Nahrungsmitteln und Energie. Mehr als 500 Millionen Flüchtlinge weltweit sind ein weiteres Indiz für die Grenzen menschlichen Wachstums. Wollen wir einen folgeschweren Zusammenbruch vermeiden, ist laut MEADOWS (1994) eine „survivable development“ zu formulieren und umzusetzen. Lässt sich ökonomisches Wachstum wirklich sichern, ohne völkerrechtliche Pfade und intelligente Konsummuster mit dem Ziel dauerhafter Tragfähigkeit unseres Planeten zu nutzen?

Das Literaturverzeichnis erhalten Sie über barthelr@web.de.

Rainer Barthel ist Diplom-Forstwirt und Waldreferent des NABU.



Konzeptionen von Nachhaltigkeit

Generationengerechtigkeit bildet den Kern der Nachhaltigkeitsidee. Aber das Konzept muss auch für intragenerationelle Gerechtigkeitsfragen offen sein,
von Konrad Ott und Christian Bartolomäus

Gut 15 Jahre nachdem die Brundtland-Kommission den Begriff der Nachhaltigkeit auf die politische Agenda gebracht hat, findet sich dieser in den verschiedensten Kontexten wieder. Nicht nur umweltpolitische Entwicklungen werden nunmehr als „nachhaltig“ bezeichnet - auch die deutsche Finanzpolitik oder die wirtschaftliche Entwicklung von Automobilkonzernen schmücken sich mit diesem Attribut. Der Begriff Nachhaltigkeit droht bis zur Beliebigkeit verwässert zu werden. Dieser Gefahr lässt sich begegnen, indem in einem „Nachhaltigkeitsdiskurs“ eine Grundkonzeption von Nachhaltigkeit rational begründet und gewählt wird, anhand derer sich klare Zielvorgaben für politisches Handeln gewinnen lassen.

Acht Ebenen der Nachhaltigkeit

Um die Nachhaltigkeitsdebatte besser zu strukturieren, bietet es sich an, folgende Ebenen der Nachhaltigkeit zu unterscheiden:

- 1.Idee (Theorie inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit)
- 2.Konzeption („starke“ oder „schwache“ Nachhaltigkeit, vermittelnde Konzeptionen)
- 3.Leitlinien (Resilienz, Suffizienz, Effi-

zienz usw.)

4.Dimensionen (Umwelt und Natur, Soziales, Ökonomie, Bildung usw.)

5.Regeln für unterschiedliche Dimensionen (Managementregeln)

6.Zielsetzungen

7.Set von Indikatoren

8.Implementierung, Monitoring etc.

Während die oberste Ebene im Grundsatz wenig umstritten ist, bedarf es auf den anderen Ebenen weiterer Klärung. Die Wahl einer Konzeption ist Voraussetzung für die Aufstellung von Managementregeln, Zielsetzungen und Bestimmung von Indikatoren und muss daher als erstes getroffen werden. Im Folgenden soll vor allem auf die rationale Entscheidung für eine bestimmte Nachhaltigkeitskonzeption eingegangen werden.

Es ist unstrittig, dass jedem Nachhaltigkeitskonzept eine Vorstellung intergenerationaler Gerechtigkeit und eine Theorie distributiver Gerechtigkeit zugrunde liegt. Die Maxime, zukünftigen Menschen gegenüber verantwortlich zu handeln, bildet den Kern der Nachhaltigkeitsidee. Das Vorhandensein von Pflichten gegenüber zukünftigen Generationen lässt sich nicht begründet an-

zweifeln. Eine wichtige Frage lautet, was unter „intergenerationaler Gerechtigkeit“ zu verstehen ist. Trotz gegenteiliger Positionen, wie sie etwa Angelika Krebs vertritt, empfiehlt es sich, der Zukunftsbewertung einen egalitären Standard zugrunde zu legen. Dies spiegelt sich auch im Großteil der Nachhaltigkeitsdefinitionen wider. Obwohl die Nachhaltigkeitsidee zunächst nur zukunftsbezogen ist, wäre es inkonsistent, intragenerationelle Gerechtigkeitsforderungen abzulehnen. Somit müssen Nachhaltigkeitskonzepte auch für intragenerationelle Gerechtigkeitsfragen offen sein. Diese Fragen betreffen insbesondere das Verhältnis zwischen reichen und armen Ländern.

Nachhaltigkeit und intergenerationale Gerechtigkeit

Wie lässt sich nun der Anspruch intergenerationaler Gerechtigkeit einlösen? Unseren Verpflichtungen können wir nachkommen, indem wir die zukünftigen Konsequenzen unserer Handlungen ausreichend berücksichtigen und (in weitestem Sinne) individuelle und kollektive Hinterlassenschaften bilden. Der Begriff des „fair bequest package“ ist somit

(weiter auf Seite 17)

(Konzeptionen... Fortsetzung von Seite 16)

ein Schlüsselbegriff der Nachhaltigkeitsdebatte. Unsere „bequest packages“ lassen sich aus ökonomischer Sicht als Kapitalbestände beschreiben. Dabei wird zwischen a) Sachkapital, b) Naturkapital, c) kultiviertem Naturkapital, d) Sozialkapital, e) Humankapital und f) Wissenskapital unterschieden. Wie die kollektiven Hinterlassenschaften strukturiert sein sollten, um die Verpflichtungen gegenüber zukünftigen Generationen zu erfüllen, ist umstritten. Festhalten lässt sich aber zunächst, dass zwischen Nachhaltigkeit und intergenerationeller Gerechtigkeit ein Verhältnis wechselseitiger Implikation besteht. Intergenerationelle Gerechtigkeit ist Kernbestandteil der Nachhaltigkeitsidee; nachhaltiges Handeln ist notwendig, um zukünftigen Generationen faire Lebensbedingungen bieten zu können.

„Starke“ oder „schwache“ Nachhaltigkeit

Während starke Nachhaltigkeit physische Größen (die Struktur des Naturkapitals) in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt, sieht das Konzept schwacher Nachhaltigkeit die Nichtabnahme der durchschnittlichen menschlichen Wohlfahrt als Hauptkriterium an. Der wesentliche Unterschied zwischen den Konzeptionen starker und schwacher Nachhaltigkeit besteht in den Annahmen bezüglich der Substitutionsmöglichkeiten

von Naturkapital. Die Konzeption starker Nachhaltigkeit geht davon aus, dass Naturkapital im wesentlichen nicht durch andere Kapitalformen substituierbar, sondern zu diesen komplementär ist. Damit müssten wir nachfolgenden Generationen einen konstanten Bestand an Naturkapital hinterlassen. Diese Forderung bezieht sich weniger auf Ressourcen im herkömmlichen Sinne, vielmehr sind Biodiversität und ökosystemare Funktionen der Biosphäre - wie etwa die Aufnahmefähigkeit natürlicher Senken - zu erhalten.

Schwache Nachhaltigkeit dagegen nimmt weit reichende Substituierbarkeit zwischen Naturkapital und anderen Kapitalien an. Solange etwa genügend in Sach- oder Wissenskapital investiert wurde, stellt ein sinkender Anteil von Naturkapital in den „bequest packages“ kein Problem dar. Ein weiteres Merkmal des Konzeptes schwacher Nachhaltigkeit ist dessen Affinität zu Standardvarianten des Diskontierens. Die Verwendung konstanter, an Kapitalmarktzinsen orientierter Zinsraten, mit denen zukünftiger Nutzen und Schaden diskontiert wird, ist zwar nicht zwingend erforderlich. Gleichwohl wird im Rahmen der Konzeption schwacher Nachhaltigkeit dieses Verfahren in der Regel zur Bewertung intertemporaler Nutzenverteilungen angewendet. Durch die Zielsetzung eines nichtabnehmenden Nutzens sowie durch die Annahme großer Substitutionsmöglichkeiten und die dadurch implizierte Ablehnung von Eigenwerten der Natur wird schwache Nachhaltigkeit zu einem anthropozentrischen Konzept. Starke Nachhaltigkeit dagegen lässt sich durchaus als bio- oder physiozentrisches Konzept entwickeln.

Der strittigste Punkt zwischen starker und schwacher Nachhaltigkeit ist die Frage der Substituierbarkeit von Naturkapital. Wie der in London lehrende Ökonom Eric Neumayer zeigt, lassen sich weder die Annahme weitgehender Substitutionsmöglichkeiten im Konzept schwacher Nachhaltigkeit noch die Komplementaritätsthese starker Nachhaltigkeit eindeutig beweisen oder widerlegen. Sowohl gegen die Annahme genereller Substituierbarkeit als auch gegen die Annahme absoluter Komplementarität werden Argumente und Beispiele angeführt. Deshalb bieten sich vermittelnde Positionen an, in denen in Bezug auf manche Bestandteile des Naturkapitals (etwa Ressourcen im herkömmlichen Sinne)

Substitutionsmöglichkeiten angenommen, bezüglich anderer Bestandteile („critical natural capital“, etwa Senkenfunktionen der Biosphäre) aber ausgeschlossen werden. Die Identifizierung von „critical natural capital“ ist allerdings nicht mit hinreichender Sicherheit möglich. Bei einer eher vorsichtigen Herangehensweise im Sinne von „Safe Minimum Standard“ und „Precautionary Principle“ dürften vermittelnde Positionen aber zu ähnlichen Ergebnissen wie die starke Konzeption von Nachhaltigkeit gelangen. Die Regel, das Naturkapital konstant zu halten, wird zumindest als „prima-facie“-Leitlinie von Vertretern vermittelnder Positionen anerkannt.

Wie eingangs angeführt, ist die Wahl eines Nachhaltigkeitskonzeptes etwa für die Entwicklung von Managementregeln oder die Zielbestimmung von (Umwelt-)Politik notwendig. Diese Wahl muss als Ergebnis einer rationalen Prüfung der derzeit besten Argumente erfolgen. Folgende Gründe führen uns dazu, das Konzept schwacher Nachhaltigkeit abzulehnen und stattdessen ein Konzept starker Nachhaltigkeit mit einigen Modifikationen in Richtung vermittelnder Konzeptionen (partielle Substitution, Differenzierung zwischen Naturkapital und „kultiviertem Naturkapital“ sowie Abgrenzung von „critical natural capital“) zu bevorzugen:

- Eine generelle oder auch nur weit reichende Substituierbarkeit von Naturkapital erscheint angesichts der Multifunktionalität vieler ökologischer Systeme kaum möglich.
- Das in der Risikobewertung genutzte „false-negative / false-positive“-Kriterium, mit dem getestet wird, welcher von zwei möglichen Irrtümern moralisch akzeptabler ist, spricht angesichts der bestehenden Ungewissheit für den Erhalt von Naturkapitalbeständen. Falls nämlich schwache Nachhaltigkeit gewählt wird und sich die zugrunde liegenden Annahmen als falsch erweisen, würde dies zu gewichtigen negativen Folgen für zukünftige Generationen führen. Dies würde der Kernforderung von Nachhaltigkeit, der intergenerationellen Gerechtigkeit, widersprechen.
- Das Konzept starker Nachhaltigkeit lässt zukünftigen Generationen mehr Optionen offen.
- Starke Nachhaltigkeit bietet eine größere Offenheit für umweltethische Fragen.
- Starke Nachhaltigkeit verpflichtet kei-

(weiter auf Seite 18)

Liebe Leser, Ihre Meinung interessiert uns!

Mit Ihren Impulsen wollen wir die „Generationengerechtigkeit“ weiter verbessern. Bitte schreiben Sie uns an:

GGI - Redaktion
Postfach 5115
D-61422 Oberursel
Tel. +49-6171-982367
Fax +49-6171-952566
E-mail: info@srzg.de

Bitte nennen Sie uns auch Leser aus Ihrem Bekanntenkreis, denen wir zwei Ausgaben kostenlos zur Probe zusenden können. Wenn Sie selbst inzwischen zwei Ausgaben kostenlos erhalten haben, so bitten wir um Verständnis dafür, dass wir Ihnen keine weiteren Probe-Ausgaben mehr zusenden. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie nun unsere Zeitschrift für 25 Euro im Jahr abonnieren (siehe letzte Seite).

(Konzeptionen... Fortsetzung von Seite 17)

neswegs zur statischen Konservierung von Natur oder zum vollständigen Nutzungsverzicht für nichterneuerbare Ressourcen.

Entsprechend dieser Konzeption sollte es zentrale Leitlinie nationaler und internationaler Nachhaltigkeitsstrategien sein, den Bestand an Naturkapital konstant zu halten. Wie auch der Umweltrat in seinem Umweltgutachten 2002 fordert, sollte darüber hinaus das Investieren in Naturkapital wesentliches Element einer modernen Umweltpolitik werden. Um die gewählte Konzeption weiter zu schärfen, müssen einige Anschlussfragen beantwortet werden. So ist etwa der Begriff „Naturkapital“ genauer zu analysieren, die formulierte Regel der Erhaltung von Naturkapital ist in naturschutzfachliche Ziele und Strate-

gien zu übersetzen und es ist zu klären, in welcher Form in Naturkapital „investiert“ werden kann. Bezüglich der Umsetzung einer Konzeption starker Nachhaltigkeit hat der Umweltrat in seinem Umweltgutachten 2002 und auch im Sondergutachten Naturschutz einige Vorschläge gemacht.

Quellennachweise:

Daly, Herman E. (1999): Wirtschaft jenseits von Wachstum: die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung. Salzburg.

Döring, Ralf / Ott, Konrad (2001): Nachhaltigkeitskonzepte. zfwu 2/3 (2001), S. 315-339.

Krebs, Angelika (2000): Wieviel Natur schulden wir der Zukunft? in: Mittelstrass, J. (Hrsg.): Die Zukunft des Wissens, Berlin, S. 313-334.

Neumayer, Eric (1999): Weak versus Strong Su-

stainability. Cheltenham.

SRU (Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen) (2002a): Umweltgutachten 2002 Für eine neue Vorreiterrolle. Stuttgart.

SRU (2002b): Für eine Stärkung und Neuorientierung im Naturschutz Sondergutachten. Stuttgart.

Unnerstall, Herwig (1999): Rechte zukünftiger Generationen. Würzburg.



Konrad Ott ist Mitglied im Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Christian Bartolomäus ist Wiss. Mitarbeiter an der Uni Greifswald.

Zur sozialen und sozialpolitischen Dimension der Nachhaltigkeit

Auch Soziologen sollten sich mit Fragen der Nachhaltigkeit auseinandersetzen,
von Michael Opelka

Die Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung moderner Gesellschaften erreicht erst in jüngster Zeit die Sozialwissenschaften und noch kaum die wissenschaftliche Reflexion der Sozialpolitik. Zur Zeit erscheint der Mehrheit der politischen und wissenschaftlichen Diskussteilnehmer der Sozialstaat deutscher (und westeuropäischer) Prägung als zu aufgebläht und seine künftige Entwicklung zu einem „schlanken“ Sozialstaat unverzichtbar, dessen Konturen allerdings noch undeutlich sind. In der parallelen allgemeinen Nachhaltigkeitsdiskussion wird gleichfalls die Rolle des Staates zunehmend problematisiert und ist in ihren künftigen Konturen kaum weniger undeutlich. Offen erscheint vor allem, ob die ökologisch nachhaltige Gesellschaft auch eine soziale Gesellschaft sein wird.

In der jüngsten Studie, die sich dem hier erörterten Zusammenhang widmet, wird die soziale Dimension der Nachhaltigkeit innerhalb eines „triangulären Nachhaltigkeitskonzeptes“ (Hans-Böckler-Stiftung 2000, S. 6) untersucht. Ohne diese umfangreiche Studie zu „Arbeit und Ökologie“ angemessen auszuwerten, möchte ich an der darin genutzten Konzeptionalisierung des Sozialen im Allgemeinen und des Sozialpolitischen im Be-

sonderen anknüpfen.

Die Gegenstandsklärung erfolgt - schon aufgrund der Organisation des Wissenschaftsbetriebes und trotz der ökologisch-theoretischen Aufforderung zu Inter- bzw. Transdisziplinarität - tendenziell entlang von ausdifferenzierten Disziplinen: die ökologische Dimension gilt als Feld der Natur- und Technikwissenschaften, die ökonomische Dimension als Feld der Wirtschaftswissenschaften, die soziale Dimension entsprechend als Feld der Soziologie sowie ihrer Nachbardisziplinen Politikwissenschaft und Sozialpädagogik bzw. Sozialpsychologie. Diese pragmatische Abgrenzung erlaubt bereits einen ernüchternden Befund: noch vor wenigen Jahren existierten weder in der internationalen noch in der deutschen Sozialwissenschaft systematische und institutionalisierte Forschungen zu ökologischen Fragestellungen. Das hat sich in jüngster Zeit verbessert, nicht zuletzt als Folge der nachholenden Professionalisierung im Rahmen der nationalen und internationalen Umweltpolitik. Von einem ausdifferenzierten Forschungsgebiet sozialwissenschaftlicher Ökologie oder ökologischer Soziologie kann allerdings noch kaum die Rede sein. In der erwähnten Studie „Arbeit und Ökologie“ wird das „soziale Leitbild der

Nachhaltigkeit“ allgemein beschrieben:

- „das Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle;
- intergenerative und intergenerationale Gerechtigkeit;
- ein anderer, ressourcenärmerer Wohlstand in den Industrieländern als Basis für Umverteilungspotentiale;
- Beteiligung aller gesellschaftlichen Akteursgruppen.“ (Hans-Böckler-Stiftung 2000, S. 71)

Im Anschluß daran werden „Kriterien sozialer Nachhaltigkeit“ entwickelt, die - was durch die Autoren der Studie offensichtlich zugestanden wird - weder unumstritten noch widerspruchsfrei sind:

1. Als erstes und „wichtigstes“ Kriterium gilt der Studie die „eigene Arbeit in verschiedenen Formen“ als „Grundlage und Teil einer selbstbestimmten Lebensführung“, die „verschiedene Einkommensarten und Fähigkeiten“ verbindet. Dabei wird Erwerbsarbeit mit anderen Arbeitsformen („Versorgungs-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit“) zu einem Konzept der „Mischarbeit“ kombiniert und auch „gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit außerhalb der Erwerbsarbeit“ als Arbeit anerkannt. Dass dieses Kriterium sozialer - nicht ökonomischer - Nachhaltigkeit ausdrücklich als „wich-

(weiter auf Seite 19)

(Zur sozialen... Fortsetzung von Seite 18)

tigstes“ deklariert wird, müßte gut begründet werden.

2. Bevor die Widersprüchlichkeit dieses „wichtigsten“ Kriteriums jedoch zum Thema werden könnte, führt die Studie ein eher grundrechtliches Teilhabekriterium ein: die „Befriedigung materieller Grundbedürfnisse“, die „Sicherung physischer und psychischer Gesundheit“, die „Möglichkeit lebenslanger Lernprozesse“ sowie allgemein Selbstentfaltung und gesellschaftliche Teilhabe.

3. Als drittes wird dann ein - wie später zu zeigen sein wird - durchaus spezifisches, wenn nicht einseitig der politisch-liberalen Tradition entlehntes Kriterium sozialer Nachhaltigkeit geltend gemacht: „Insoweit die eigenaktive Versorgung für eine selbstbestimmte Lebensführung nicht ausreichend ist, wird sie durch ein gesellschaftliches Sicherungssystem ergänzt (soziale Gerechtigkeit).“ Hier müßte nun begründet werden, warum das sozialpolitische Leitbild der individuellen bzw. haushalts- oder familienbezogenen Subsidiarität ein Kriterium sozialer Nachhaltigkeit sein soll.

4. Schließlich werden noch drei weitere Kriterien sozialer Nachhaltigkeit angeführt: eine Förderung politischer Kultur der Teilhabe durch Infrastruktur, Beteiligungsrechte und Chancengleichheit auch zwischen den Geschlechtern; die Ermöglichung „sozialer Innovationen .. in Arbeit und Leben“, was Kriterium eins - multiple Arbeitsformen - aufgreift; als letztes demokratische Regulierung und „soziale Verträglichkeit von Nachhaltigkeitsstrategien“, also Akzeptanz der Beteiligten. Auch bei diesen Kriterien ist nicht ganz klar, warum es sich hier um Nachhaltigkeit handelt und nicht um schlichte Modernitäts- und systemische Stabilitätskriterien, deren ökologische Relevanz zunächst offen erscheint. Diese durchaus kritisch gemeinte Darstellung der Programmatik einer auf hoher wissenschaftlicher Expertise aufbauenden Studie soll im folgenden an

dem dritten der zitierten Kriterien.

Kritik des Produktivismus als Wohlfahrtsstaatskritik

Vorderhand ganz konträr zu einer radikal subsidiären Auffassung von Sozialpolitik als Kompensation primärer Formen der Wohlfahrtsproduktion - über den (Arbeits-) Markt und die (Familien-)Gemeinschaft - existiert in der heutigen Diskussion auch eine andere, eher „gemischte“ Auffassung, die zunehmend für eine eigenständige Begründung staatlicher Wohlfahrtsleistungen eintritt. Besonders markant kulminiert diese Auffassung in den Vorschlägen für die Etablierung eines allgemeinen „Rechtes auf ein Einkommen“ bzw. eines „Grundeinkommens“ für alle Bürger. Neuartig ist dabei, dass diese Forderung keineswegs als Element einer allgemeinen Durchstaatlichung der Gesellschaft und einer Be- oder Verhinderung marktlicher und gemeinschaftlicher Wohlfahrtsproduktion erhoben wird. Im Gegenteil, die - häufig liberalen - Vertreter dieser sozialpolitischen Perspektive behaupten, ein Grundeinkommen stehe für eine steuerungstheoretische Neuorientierung des (westeuro- päischen) Wohlfahrtsstaatsmodells, die nicht-staatlichen Formen der Wohlfahrtsproduktion optimale Entwicklungsbedingungen bietet.

Für unsere Diskussion ist relevant, dass die Forderung nach einem Grundeinkommen zunehmend ökologisch begründet wird (zu frühen Begründungen vgl. Opielka 1985, 1985a). Es stelle eine notwendige Bedingung für „nicht-produktivistische“ Verkehrsformen, für eine Abkehr vom „Konsumismus“ dar (vgl. u.a. BUND/Misereor 1996). Ein allgemeines „Recht auf Einkommen“ gilt im übrigen auch in der Studie „Arbeit und Ökologie“ in Form einer „Negativen Einkommenssteuer“ als „zentrales Element des ökologisch-sozialen Szenarios“ (Hans-Böckler-Stiftung 2000, S. 441f.) - in interessantem Konflikt zum erwähnten Kriterium drei des Primats der Eigenaktivität. Das Konzept des allgemeinen Grundeinkommens wird in den ökologischen Szenarien als wesentliches Element einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit betrachtet (als Ergänzung und zum Teil als Voraussetzung für die Stärkung nicht-marktlicher Arbeit und Tätigkeit).

Die Vagheit des Nachhaltigkeitsbegriffs kann zwar zur Hineininterpretation des jeder Interessengruppe Genehmen füh-

ren. Allerdings können wir beobachten, dass alle Interessengruppen versuchen, die Leitvision sowohl mit je partikularen Zielen als auch mit universalen Werten (der Gerechtigkeit, Gleichheit, internationalen Solidarität usw.) aufzuladen. Optimistisch beobachten die Autoren der Studie der Hans-Böckler-Stiftung: „Die Tendenz geht zu einem universalen, vorsorglichen und ökologisch aufgeladenen Gemeinwohlbegriff.“

Die „ökologische Aufladung“ ist freilich in Hinblick auf die Sozialpolitik noch kaum operationalisiert. Die aus ökologischer Sicht naheliegende These nämlich, dass der klassische, deutsche Sozialstaat von quantitativem Wirtschaftswachstum nur in Hinblick auf sein produktivistisches Leitbild abhängig wäre, das Quantität vor Qualität setzt, harrt noch der Begründung.

Zwar gibt es keinen Grund zur Annahme, dass eine solidarisch strukturierte, sozialstaatlich vermittelte Distribution der jeweils vorhandenen Güter und Einkommen nicht auf allen denkbaren Wohlfahrtsniveaus erfolgen könnte. Verteilung - als sozialstaatliche Kernaufgabe - wäre insoweit vor allem eine politisch-rechtliche, zugleich normative und ethische Frage nach Gerechtigkeitsvorstellungen. Doch für eine entsprechende Neuorientierung in Richtung sozialer Nachhaltigkeit, eine „nicht-produktivistische“ Sozialpolitik (vgl. Offe 1992) müsste ein alternativer Wachstumspfad noch formuliert werden: beispielsweise in Richtung einer Relativierung der Erwerbsarbeit mit einer tendenziellen Entkopplung der individuellen Produktion und Konsumtion, damit auch einer partiellen Entkopplung der gesellschaft-

(weiter auf Seite 20)

Möglichkeiten

Du kannst mit Deinen Worten
andere Menschen trösten oder
sie verletzen.

Du kannst mit Deinen Beinen
andere Menschen treten oder
auf sie zugehen.

Du kannst mit Deinen Armen
andere Menschen halten
oder die Ellenbogen benutzen.

Du kannst mit Deinen Händen,
andere Menschen schlagen
oder sie streicheln.

Du kannst!

Manfred Mai

Neues im Web von der SRzG

Die Seite „Publikationen/Artikel
in Zeitschriften und Zeitungen“
wurde überarbeitet. Schauen
Sie doch mal rein:
www.srzg.de

einer der Fragestellungen vertieft werden: der eingeschränkten Konzeptionalisierung von Sozialpolitik als „Ergänzung“ der „eigenaktiven Versorgung“,

(Zur sozialen... Fortsetzung von Seite 19)

lichen Sphären von Produktion und Distribution. Erwerbsarbeit als Berufsarbeit entstand mit der Marktgemeinschaft durch die Tauschlogik von Arbeitsleistung für Lebensunterhalt. Die äquivalente Tauschkonstruktion nährt die Illusion, nur für sich zu arbeiten. Damit wurde Egoismus wie funktionalistisches Endzweckdenken als zweckrationales Handeln vorprogrammiert. Auch innerhalb der gegenüber diesen Leitmotiven des Kapitalismus bislang skeptischen ökologischen Bewegung gewinnen jene verkürzten Denkmuster erstaunliche Akzeptanz. Ein allgemeines Lob des „Besitzegoismus“ ist allerdings riskant und empirisch eng. Denn neben dem Besitzegoismus bestimmt sich unternehmerisches Handeln wesentlich über den Wunsch der unternehmerischen Persönlichkeiten nach Selbständigkeit, Freiheit und Selbstverantwortung. Eine nachhaltigkeitspolitische Frage wäre, welche dieser Motive stark gemacht werden: die Kasinomentalität, der Freiheitswille und /oder die gemeinschaftliche Verantwortung? Die sozialetische Diskussion der letzten Jahrzehnte markiert ein gesteigertes Bewusstsein für Fragen der Gerechtigkeit unter komplexen Bedingungen, wie die rege Kontroverse zwischen liberalistischen und kommunitaristischen Begründungen im Anschluss an John Rawls „Theorie der Gerechtigkeit“ belegt.

Fazit

Welche Folgerungen können aus diesen gemeinwohlorientierenden Diskursen für eine Entwicklung sozialstaatlicher Insti-

tutionen, der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit usf. gezogen werden? Eine Voraussetzung nachhaltiger Sozialpolitik wäre, die Produktionsleistungen möglichst vollständig wahrzunehmen und gesellschaftlich anzuerkennen, auch diejenigen, die außerhalb (aber nicht unabhängig) von der Marktsphäre erbracht werden: vor allem die Haushaltsproduktion und die Familienarbeit, aber auch gemeinschaftliche (nicht oder gering bezahlte) Arbeitsleistungen in Nachbarschaft oder gemeinnützigen Organisationen. Eine zweite Voraussetzung wäre, Erwerbsarbeit nicht mehr als die vorrangige und für die Mehrheit der Bevölkerung ausschließliche Quelle individueller (nicht der gesellschaftlichen!) Subsistenzsicherung zu begreifen, insoweit die Einführung eines Grundeinkommens.

Literatur

Beck, Ulrich, 1991, Die Soziologie und die ökologische Frage, in: Berliner Journal für Soziologie, 3, S. 331-341

Blanke, Thomas/Sachße, Christoph, 1987, Ökologisch helfen? Anmerkungen zur Kritik des Sozialisationsstaates, in: Opielka, Michael/Ostner, Ilona (Hrsg.), Umbau des Sozialstaats, Essen: Klartext, S. 309-321

Brandt, Karl-Werner (Hrsg.), 1997, Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Opladen: Leske + Budrich

BUND/MISEREOR (Hrsg.), 1996, Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung (Studie des Wuppertal Instituts), Basel u.a.: Birkhäuser

Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), 2000, Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Abschlußbericht, Düsseldorf: Der Setzkasten

Huber, Joseph, 1985, Die Regenbogengesellschaft. Ökologie und Sozialpolitik, Frankfurt: Fischer
ders., 1995, Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik, Berlin: edition sigma

Leipert, Christian/Opielka, Michael, 1998, Erziehungsgehalt 2000. Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit, Bonn: Institut für Sozialökologie

Offe, Claus, 1992, A Non-Productivist Design for Social Policies, in: Parijs, Philippe van (ed.), Arguing for Basic Income. Ethical Foundations for a Radical Reform, London/New York: Verso, S. 61-78

Opielka, Michael (Hrsg.), 1985, Die ökosoziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat, Frankfurt/Fischer

ders., 1985a, Sozialreform ohne Wirtschaftswachstum. Das garantierte Grundeinkommen und die Umverteilung der Arbeit, in: Leibfried, Stefan/Müller, Rainer (Red.), Sozialpolitische Bilanz, Bremen: Universität Bremen, S. 127-161

ders., 1990, Einige Grundfragen sozialökologischer Theorie und Politik, in: Sociologia Internationalis, 1, 1990, 57-85

ders., 1998, Sozialpolitik ohne Wachstum?, in: Politische Ökologie, Sonderheft 11 ("Wege aus der Wachstumsfalle"), Januar/Februar 1998, 16. Jahrgang, S. 53-57

Dr. Michael Opielka ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena und Geschäftsführer des Instituts für Sozialökologie in Königswinter



Lieferbare Bücher und Zeitschriften der SRzG

- >Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.): Die 68er. Warum wir Jungen sie nicht mehr brauchen, Kore Verlag: Freiburg 1998, Internetausgabe: Oberursel 1998; 10 €
- >Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.): Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt, Rasch und Röhring Verlag: Hamburg 1997; 10 €
- >Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.): Was bleibt von der Vergangenheit? Die junge Generation im Dialog über den Holocaust. Mit einem Vorwort von Roman Herzog, Ch.Links Verlag: Berlin 1999; 10 €
- >Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.): Handbuch Generationengerechtigkeit? (oekom Verlag) erscheint März 2003; 10 €

Ausgaben der Zeitschrift Generationengerechtigkeit / Folgende bisher erschienenen Ausgaben können Sie bei der SRzG beziehen:

- >Weltbevölkerungswachstum (Jg 1, Heft 2) - Einzelpreis: 7,50 € / >Global Governance (Jg 1, Heft 3) - Einzelpreis: 7,50 € /
- >Biotechnologie (Jg 1, Heft 4) - Einzelpreis: 7,50 € / >Finanzielle GG (Jg 2, Heft 1) - Einzelpreis: 7,50 € / Abopreis: 25 €

Kostenlose Schriften der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

- >Kurzinformation (Flyer) / >Das Wichtigste in Kürze! (Die Selbstdarstellung der SRzG) / >Die SRzG im Spiegel der Presse
- >Resolution des Europäischen Jugendkongresses 2000 "Our Common Future - Realising Sustainability", Resolution des 2.Jugendkongreß der SRzG (Politiktest-Ergebnisse), Resolution des 1. Jugendkongresses der SRzG (neue Generationenverträge)
- >Erklärung der Rechte zukünftiger Generationen (+ Unterschriftenblatt) / >Gesprächskultur der SRzG
- >Stellungnahme zur Darstellung des Generationskonfliktes in den Medien

Videokassette von YOIS

- >Rally of Youth 2001 (deutsch) / >Rally of Youth 2001 (englisch)

Kriterien für eine nachhaltige Gesellschaft

Nachhaltigkeit muss aus der Sicht der Betroffenen gedacht werden,
von Martin B. Kalinowski

Die Interessen nachfolgender Generationen bleiben meist den eigenen Interessen der Gegenwartsgeneration untergeordnet und werden vorrangig dann wahrgenommen, wenn sie sich mit Eigeninteressen der Handelnden zur Deckung bringen lassen. Dies wurde exemplarisch an Studien zur Technikfolgen-Abschätzung, Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit der Kernenergienutzung von Kalinowski (1992) vorgeführt. Um vermeiden zu können, dass diese Interessen übersehen oder vernachlässigt werden, sollten Kriterien erarbeitet werden, die explizit und spezifisch die Interessen nachfolgender Generationen beschreiben.

Mit dem Kriterium der Zukunftsorientierung soll der Schutz der objektiven Interessen und der daraus ableitbaren Rechte nachfolgender Generationen (diachronische Rechte - abgeleitet von dia-, altgr., durch-, über-, sowie von chronos, altgr., Zeit) überprüft werden können. Die generelle Gleichberechtigung aller Menschen erfordert es jedoch, in gleichem Maße die Rechte und Interessen von anderen externen Betroffenen, nämlich von zeitgenössischen Menschen in anderen Gemeinschaften (synchronische Rechte - abgeleitet von syn-, altgr., mit) ins Auge zu fassen. Diese sollen hier mit dem Kriterium der Ganzweltorientierung erfasst werden. Beide sollen radikal aus der Perspektive der betroffenen Menschen in anderen Ländern bzw. in der Zukunft formuliert werden.

Sieben Leitwerte für selbstorganisierte Systeme

Mit den Kriterienbündeln für Zukunfts- und Ganzweltorientierung wird an der Leitwert- bzw. Orientorentheorie von Hartmut Bossel, et al. (vgl. Bossel 1977, Bossel 1978) angeknüpft. Darin werden für die Selbsterhaltung und -entfaltung für jedes 'selbstorganisierende', 'lebende System' (Individuum, Gesellschaft, Stadt, Unternehmen) sechs Leitwerte definiert: Physisch/Psychische Existenz- und Reproduktionsbedingungen, Effizienz, Handlungsfreiheit, Sicherheit und Adaptivität. Den sechs Leitwerten für die Selbsterhaltung und -entfaltung der gegenwärtigen Gesellschaft fügt Bossel einen bewusst gesondert betrachteten siebten Leitwert des Fremdinteresses hinzu. Dieser soll Gerechtigkeit, Verant-

wortung und Solidarität umfassen, indem er nach dem Eigenrecht anderer lebender Systeme auf Erhaltung und Entfaltung achtet. Dieser Leitwert des Fremdinteresses wurde nie detailliert entwickelt. Die hier vorgeschlagenen Kriterien der Ganzwelt- und Zukunftsorientierung stellen einen Versuch dar, dieses siebte Bossel'sche Kriterium zu konkretisieren.

Der Begriff der Orientierung umfasst sowohl die hinreichend bekannte Formel der Verträglichkeit als auch die eher vernachlässigte Forderung nach Förderlichkeit. Erstere definiert sich durch die Erhaltung der Überlebens- und Reproduktionsfähigkeit, letztere betrachtet v.a. das Recht auf Entfaltung der eigenen Qualitäten. Die Ganzwelt- und Zukunftsorientierung geht also darüber hinaus, nur einen ökologisch und sozial tragfähigen Zustand zu definieren, bei dem die natürliche Umwelt und der damit verbundene Kapitalstock an natürlichen Ressourcen gerecht verteilt sein und so weit erhalten bleiben muss, dass die Lebensqualität aller lebenden Menschen und nachfolgenden Generationen gewährleistet ist bzw. bleibt.

Kriterien der Zukunfts- und Ganzweltorientierung

Das erste Oberkriterium definiert die minimalen Existenzgrundlagen, die in der klassischen Entwicklungstheorie als 'floors' bezeichnet werden. Die Gleichberechtigung mit anderen Gemeinschaften führt zur Ableitung von 'ceilings', die v.a. von den Industrienationen Einschränkungen fordern. Das dritte Oberkriterium fordert in Anlehnung an Vorstellungen aus den Diskussionen um Angepasste Technologie (appropriate technology) der 80er Jahre die Autonomie einzelner Gesellschaften und ist vorrangig auf die Selbstversorgung und Selbstbestimmung ausgerichtet. Im vierten Oberkriterium geht es auch um die Autonomie, jedoch bezüglich der Entsorgung. Dieser Punkt ist bisher kaum beachtet worden. Das fünfte Oberkriterium fragt nach der Friedensverträglichkeit und globalen Sicherheit. Dieses ist vorrangig für die Ganzweltorientierung relevant. Das letzte Oberkriterium sorgt für ein gutes Erbe. Es spiegelt vor allem den Aspekt der Langlebigkeit und Dauerhaftigkeit wieder und ist vorrangig für die Zukunftsorientierung von Bedeutung.

A. Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse und Verbesserung der Lebensqualität in anderen dia- und synchronen Gemeinschaften (Definition des 'floors')

- *Ernährung
- *Gesundheit, Vermeidung von Risiken für die körperliche Unversehrtheit
- *Wohnung und Land
- *Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt in produktiver Weise zu verdienen, soziale Grundsicherung
- *Grundlagen erhalten für Energie- und Ressourcengewinnung
- *Individuelle Freiheit und Möglichkeiten zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit
- *Befriedigung nicht-materialistischer menschlicher Bedürfnisse

B. Gleichberechtigung anderer dia- und synchroner Gemeinschaften (Ableitung der 'ceilings')

- *Theoretische Übertragbarkeit des Lebensstils auf alle Menschen auch in der Zukunft
- *Gleichen Zugang zu natürlichen Ressourcen gewährleisten (Diskontierung von nicht-erneuerbaren Ressourcen)
- *Effiziente Nutzung und Rezyklierung von nicht-regenerierbaren Ressourcen, so daß die Verbrauchsrate nicht höher liegt als die Rate, in der die Ressource ersetzbar oder überflüssig wird
- *Konsum der regenerierbaren Ressourcen mit einer Rate, die nicht deren Regenerierung übersteigt
- *Freie Wirtschaft und freier Marktzugang
- *Zahlen vergleichbarer Löhne für Beschäftigte in verschiedenen Ländern

C. Autonomie (self-reliance) innerhalb der eigenen Gemeinschaft zur Prävention nicht bekannter unerwünschter Folgen auf andere sowie Autonomieerhaltung und -entfaltung in anderen Gemeinschaften

- *Selbstbestimmung
- *Selbstversorgung, Gebrauch lokaler Ressourcen, Fähigkeiten und Traditionen
- *Selbstschutz
- *Konvivialität (Illich 1975), Anpassung an natürliche Rhythmen
- *Geringe Abhängigkeit von Transport und Mobilität
- *Ausbildung, Erhalt von Weisheiten verschiedener Kulturen und Religionen

(weiter auf Seite 22)

(Kriterien... Fortsetzung von Seite 21)

D. Selbsttragen von Kosten und unerwünschter Folgen innerhalb der eigenen Gemeinschaft, abgesehen von herrschaftsfrei und gleichberechtigt vereinbarten Tauschgeschäften

- Internalisierung von Kosten, die außerhalb der eigenen Gemeinschaft anfallen
- Vermeiden von tiefgreifenden Veränderungen in der Natur (z.B. keine drastischen Klimaänderungen, Erhalt der Artenvielfalt)
- Keine Generierung von nicht-beseitigbaren und langlebigen gefährlichen Abfällen (z.B. hochradioaktiven Abfälle)
- Keine Emission von toxischen Stoffen, die eine Neigung zur Persistenz und Akkumulation haben
- Freisetzung gentechnisch modifizierter Organismen mit äußerster Zurückhaltung und strenger Prüfung der Verträglichkeiten

E. Friedliche Beziehungen mit anderen Gemeinschaften, Globale Sicherheit

- Partizipation aller betroffenen Personen im demokratischen Entscheidungsprozeß auch über die Grenzen der eigenen

Gemeinschaft hinaus, Advokaten für nachfolgende Generationen

- Friedliche Konfliktlösung, Abschaffung der Institution Krieg sowie aller Waffen und den Voraussetzungen zum Waffenbau

F. Dauerhaftigkeit und Anpassungsfähigkeit weitergeben

- Langlebigkeit von Produkten, hohe Wiedergebrauchsrate und hoher Recyclingierungsanteil
- Flexibilität und Adaptivität, um Stabilität des Systems gegen Änderung von externen Bedingungen zu sichern (Widerstandsfähigkeit)
- Einfache Adaptivität, um das System den durch Lernprozessen und Innovationen geänderten Anforderungen und Bedürfnissen anpassen zu können
- Keine irreversiblen Schäden und nicht-korrigierbare Mängel (Fehlerfreundlichkeit)
- Abbau der finanziellen Verschuldung
- Frühwarn- und Rückkopplungsfähigkeit zur Sicherstellung der rechtzeitigen Entdeckung ungewollter Entwicklungen
- Offenhalten vieler Optionen zur Re-

produktion und Verbesserung der Lebensbedingungen

LITERATUR

Hartmut Bossel: Orientors of Nonroutine Behavior. In: H. Bossel (Hrsg.), Concepts and Tools of Computer-Assisted Policy Analysis, Vol. 1. Basel: Birkhäuser 1977, S. 227-265.

Hartmut Bossel: Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft. Frankfurt: Fischer 1978.

Martin B. Kalinowski: Zukunfts- und Ganzweltverträglichkeit. Versuche zur Einbeziehung der Interessen zeitlich und räumlich weit entfernt Betroffener in die Technikfolgen-Abschätzung am Beispiel der Kerntechnik. Schriftenreihe der Gesellschaft für Technikfolgen-Abschätzung Nr. 9/1992. Berlin 1992. 46 Seiten.

Martin Kalinowski ist Mitarbeiter des Provisional Technical Secretariat der Preparatory Commission for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organisation in Wien.



Arbeiten Sie mit in den SRzG/YOIS - Arbeitskreisen!

Wenn Sie inhaltlich arbeiten möchten, bieten sich die SRzG/YOIS-Arbeitskreise an:

Grundlagen der Generationengerechtigkeit * Ökologie * Rentenversicherung * Staatsfinanzen * Arbeitsgesellschaft * Bildung * Kinderrechte * Bevölkerungsentwicklung * Globalisierung/Global Governance * Energie * Biotechnologie/Medizin/Gesundheit * Methoden der Zukunftsforschung * Stadt- und Raumplanung * Friedenssicherung * Dialog der Generationen

Wir suchen für zahlreiche AKs noch Leiter, zumal jeder AK von zwei Personen geleitet werden soll. Die Aufgaben von AK-Leitern und die Anforderungen an Positionspapiere, die dort veröffentlicht werden, finden sich auf unserer Internetseite ([www.srzg.de / Arbeitskreise](http://www.srzg.de/Arbeitskreise))
Bei Interesse sprechen Sie uns bitte an:

SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel, Tel. 06171-982367, Fax: 06171-952566, info@srzg.de

Warum es Spaß macht, sich in AKs zu engagieren:

1. Kuratoren und Beiräte der SRzG übernehmen Patenschaften für einzelne AKs.
2. Anfragen an die Vorstände für thematische Vorträge werden immer zunächst den jeweiligen AK-Leitern zugeleitet.
3. AK-Leiter werden häufig als Referenten zu Tagungen über ihr Thema eingeladen.
4. AK-Leiter bekommen uneingeschränktes Rede- und Antragsrecht auf den gemeinsamen YOIS/SRzG-Vorstandstreffen.
5. Positionspapiere (und Entwürfe dafür) werden versehen mit der urheberrechtlich wichtigen Formulierung: "erarbeitet unter der Leitung von AK-Leiter XY".
6. Alle engagierten AK-Leiter erhalten ein symbolisches Dankeschön von 100 Euro im Jahr.

Wie können Sie in Arbeitskreisen mitarbeiten?

Die Arbeitskreise finden weitestgehend im Internet statt. Dabei werden Mailinglisten und Diskussionsforum komplementär genutzt. Der Meinungsbildungsprozess vollzieht sich größtenteils in den Yahooogroups; alle wichtigen Ergebnisse werden ins Forum übertragen, damit die Arbeit des AK für Außenstehende erkennbar wird.

Wir bitten alle Fördermitglieder der SRzG und Mitglieder von YOIS, sich im Diskussionsforum zu registrieren: <http://www.srzg.de/ubb/forum24/html/000003.html>. Auch sollten Sie an den Yahooogroups teilnehmen, für deren Themen Sie sich interessieren. Dazu senden Sie einfach eine leere Mail an die entsprechende E-mail Adresse(n).

Freiheitsphilosophie und Generationengerechtigkeit

Ansätze zur Generationengerechtigkeit bei Kant und Krause, von Claus Dierksmeier

Generell nimmt man an, die Frage nach den Rechten zukünftiger Generationen sei erst im 20. Jahrhundert gestellt und systematisch ertragreich behandelt worden. Doch das ist nicht richtig. Bereits Anfang des 19. Jahrhunderts hat der Fichte-Schüler Karl Christian Friedrich Krause (1781-1832) - der einen in spanischsprachigen Ländern wirkmächtigen ‚harmonischen Liberalismus‘ (krausismo) begründete - sich dieses Themas angenommen.

Die Frage, wie und warum überhaupt von Rechten einer Person gesprochen werden kann, sofern diese nicht durch ihre Existenz für jene eintritt, stellt sich ja nicht nur bei noch ungeborenen Personen, sondern ganz generell bei Menschen, die - z.B. durch Behinderung - nicht in der Lage sind, ihre Rechte einzufordern. Heute ist es weithin Konsens, allen Menschen unabhängig von Behinderung, Hautfarbe, Geschlecht etc., d.h. abgelöst von ihren phänomenalen Qualitäten, Menschenrechte zuzusprechen. In der Tradition Immanuel Kants (1724-1804) spricht man diesbezüglich von dem noumenalen Recht der „Menschheit in unserer Person“ (Kant A 98, A 43)

Rechtsansprüche und Rechtspflichten

Doch dieser Gedanke begründet nicht nur Rechtsansprüche, sondern auch Rechtspflichten. Wenn mir als phänomenalem Wesen Rechte zukommen, damit ich meine noumenale Anlage zur autonomen Existenz konkret verwirklichen kann, dann kann ich mir selbst und anderen Personen gegenüber nicht nach Belieben schalten und walten. Ich habe vielmehr stets die Pflicht, die Rechte aller anderen noumenalen Personen ebenfalls zu respektieren.

Kant spricht derlei Rechtspflichten allerdings nur insoweit an, als die anderen noumenalen Personen durch einzelne, sinnlich daseiende Individuen verkörpert werden; von einem abstrakt-generellen sowie überzeitlichen Recht der Menge aller denkbaren Personen bzw. der Menschheit schlechthin redet Kant nicht. Obschon er also die Argumentfigur der ‚Menschheit in unserer Person‘ nutzt, um gegenwärtige Handlungen normativ auszurichten, bringt Kant die ‚Menschheit‘ selbst doch nicht in Stellung, um ein Korrektiv des gegenwärtigen Weltbezugs der Menschen zugunsten zukünftiger

Handlungsmöglichkeiten zu gewinnen. Mit seinem Ansatz ist wohl die Forderung konstruierbar, zum Wohle der jetzigen Menschen mit den irdischen Lebensbedingungen sorgsam zu verfahren. Diachrone Generationengerechtigkeit bzw. die Rechte zukünftiger Generationen bedenkt Kant hingegen noch nicht. Der Fichte-Schüler Karl Christian Friedrich Krause geht da weiter. In seinem Ansatz ist das Recht der noumenalen Menschheit nicht dem Recht der historischen Individuen nachgeordnet, sondern geht ihm vielmehr begründungstheoretisch voraus. Zwar bilden sich unsere Gedanken über Recht für gewöhnlich ausgehend von unserem individuellen Rechtsbedürfnis, erweitern sich sodann zunächst auf unsere nähere wie weitere Rechtsumgebung und schwingen sich schließlich zuletzt erst zum Gedanken einer globalen Rechtsordnung auf. Aber, so Krause, geltungstheoretisch (gefragt, welche Begründungskraft unsere Konzeptionen haben) sieht die Sache ganz anders aus. Da ruht nämlich das Recht des Einzelnen und der konkreten rechtlichen Gemeinwesen in dem umfassendsten aller denkbaren Rechte, dem noumenalen Recht schlechthin aller Personen.

Erst und allein, weil Personen als Personen immer und überall Rechte zukommen sollen, sind bestimmten juristischen wie natürlichen Personen hier wie dort, jetzt wie zukünftig konkrete Rechtspositionen zuzusprechen. Anders als also eine Ausweitung regionalen Rechtsdenkens auf den globalen Rahmen (Kulturimperialismus, Eurozentrismus) oder der Rechtsbesonderheiten des homo sapiens auf alles personale Leben (Anthropozentrismus, Speziesismus) relativiert Krause alle speziesistischen, völkischen und individuell-persönlichen Rechtsvorurteile zugunsten und vermittelt eines universalen Personenrechts. Nur als Unterformen dieses allgemeinen Rechts zur selbstbestimmten Existenz können ihm zufolge nationale wie regionale, individuelle wie interindividuelle Rechte zu Recht bestehen.

Für die Frage nach der diachronen Generationengerechtigkeit folgt daraus, daß die noumenale Menschheit, als Chiffre dieser Personen-Allheit, immer schon ein überzeitliches Rechtssubjekt ist (vgl. Dierksmeier 2000, 155-161; Landau

1995, 25). Damit wird die vergangene ebenso wie die gegenwärtige und die zukünftige Menschheit zum vollgültigen Subjekt von Rechten, allerdings zu einem solchen, das sich nicht selbst vertreten kann. Das Schicksal, sich rechtlich nicht selbst vertreten zu können, teilt sie aber mit anderen, darum doch keineswegs rechtslosen Subjekten. So wie - philosophisch gesehen - die Rechte derjenigen Menschen, die sich juristisch nicht selber vertreten können - Unmündige und Behinderte beispielsweise -, den Rahmen der individuellen Rechtsausübung prinzipiell und nicht erst durch die Erhebung konkreten Einspruchs begrenzen, so auch die Rechte zukünftiger Menschen.

Forderung nach Generationengerechtigkeit bei Krause

Das individuelle wie das staatliche Rechtshandeln wird deshalb von Krause darauf verpflichtet, sich strikt nach Regeln zu vollziehen, die es ausschließen, daß Rechte anderer noumenaler Personen lädiert werden. Das macht ganz generell den teilhabeorientierten Aspekt (gleiches Recht zur Weltteilhabe aller Subjekte) des Gerechtigkeitsgedanken aus; als gleichzeitiges Modell richtet dieser Gedanke sich im Postulat sozialer Gerechtigkeit, als ungleichzeitiges Modell in der Forderung nach Generationengerechtigkeit aus (vgl. Ahrens 1850, 225). Krause gelingt damit die historisch erste freiheitsphilosophische Begründung der Forderung nach Generationengerechtigkeit.

Seine Theorie empfiehlt sich durch folgende drei Strukturmomente unserem heutigen Denken: Rekursivität, Subsidiarität und Anti-Spekulativität. Sie ist rekursiv, weil Krause insistiert, daß Freiheitsermöglichungsbedingungen prinzipiell zum Freiheitsprinzip hinzugehören, aber allein durch freiheitskonforme Maßnahmen realisiert werden dürfen: die Zielbestimmung (Freiheit) wirkt also rekursiv auf die Qualifizierung ihrer Realisierungsmittel (freiheitlich) zurück; eine Ökodiktatur oder dergleichen wäre mit ihm also abzulehnen.

Seine Theorie geht subsidiär vor, weil sie beachtet, daß kleinere Einheiten oftmals vieles ökonomischer regeln als große Generalpläne, und weil sie den Grundsatz vertritt, daß das Recht sich von den

(weiter auf Seite 24)

(Freiheits... Fortsetzung von Seite 23)

kleinsten Freiheitseinheiten aus - durch Initiative ‚von unten‘ -, bilden solle. Sie ermutigt also gerade auch die rechtsgehaltende Initiative substaatlicher und nicht-staatlicher Akteure.

Sie ist anti-spekulativ, weil Krause einem weitgehenden Deduktionsverzicht huldigt. Statt philosophisch einen Weltbauplan vorzugeben, nimmt Krause das Freiheitsprinzip auch insofern ernst, als er es der Urteilskraft der Bürger selbst überläßt, den Gerechtigkeitsgedanken rechtlich zu konkretisieren. Krause will erreichen, daß sich innerhalb normativ-inhaltlicher Rahmenvorgaben und vermittels rekursiv-freiheitlicher Verfahren die Bürger selbst regieren, (vgl. Dierksmeier 2003) d.h. im vorliegenden Fall, daß die Weltbürger in freier Übereinkunft ausmachen, wie dem Prinzip der Generationengerechtigkeit am geeignet-

sten Rechnung getragen werden sollte.

Ausgewählte Literatur

Ahrens, Heinrich: Die organische Staatslehre auf philosophisch-anthropologischer Grundlage, Wien 1850,

Dierksmeier, Claus: Zur Geschichte des ‚harmonischen Liberalismus‘ am Río de la Plata, Artikel für die Zeitschrift MUT - Forum für Kultur, Politik und Geschichte (i.E.)

Dierksmeier, Claus: Der absolute Grund des Rechts. Karl Christian Friedrich Krause in Auseinandersetzung mit Fichte und Schelling, Reihe: Spekulation und Erfahrung, Frommann-Holzboog-Verlag, Stuttgart-Bad Cannstadt 2003

Dierksmeier, Claus: La libertad y la justicia ante las generaciones futuras, in Ciudadanos. Revista de Crítica Política y Propuesta, Nr.5/2002, Buenos Aires, S. 155-161

Dierksmeier, Claus: Karl Christian Friedrich Krause und das "gute" Recht, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie Vol. 85 (1999), S. 75-94

Kant, Immanuel: Metaphysik der Sitten / Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre.

Landau, Peter.: Stufen der Gerechtigkeit: zur Rechtsphilosophie von G. W. Leibniz und K. C. F. Krause. Berichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 1995

Stoetzer, O.Carlos: Raíces intelectuales de la Constitución Argentina de 1853, in: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas, 22/1985, S. 295-339

Claus Dierksmeier ist Professor für Philosophie am Stonehill College in Easton, MA, USA



„Nachhaltigkeit als kontinuierlicher Suchprozess?“ - Pro-Argumentation

von Dr. Hans-Peter Meister

Am Begriff der Nachhaltigkeit scheiden sich die Geister: Während die einen Nachhaltigkeit als das zentrale gesellschaftliche Leitbild für die globalisierte Welt des 21. Jahrhunderts preisen, verweisen andere darauf, dass es sich um ein butterweiches Konzept handelt, das von allerlei Gruppierungen instrumentalisiert wird, um „ihre“ persönliche Definition von Nachhaltigkeit (wirtschaftliche, soziale oder ökologische) stark zu machen.

In gewisser Weise haben die Kritiker des Konzepts Recht: Der BDI hat ganz andere Vorstellungen, wie das Konzept der Nachhaltigkeit ausbuchstabiert werden soll als der BUND. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich in dem Gewirr der verschiedenen Interessen und Positionen genau jener Weg als nachhaltig erweist, der sich in einem Kompromiss zwischen den verschiedenen in die Diskussion eingeworfenen Interpretationen herauskristallisiert (vgl. Brand 2002).

Dennoch: Wir brauchen die Vielfalt unterschiedlicher Interessen und Positionen, um in einem gesellschaftlichen Verständigungs- und Aushandlungsprozess Wege in Richtung Nachhaltigkeit aufzuspüren. Die Welt ist zu komplex, als dass - aus einem wissenschaftlichen Elfenbeinturm heraus - definiert werden könnte, was Nachhaltigkeit ist. Die For-

derung, die - unintendierten - Folgen unseres Handelns auf Dritte (in anderen Teilen der Erde, die künftigen Generationen) mitzudenken, ist weder durch einfache Faustregeln noch durch hochkomplexe mathematische Modelle einzulösen. Und selbst wenn dem so wäre: Wie sollen die Handlungsempfehlungen umgesetzt werden, wenn sie von den betroffenen Bürgern nicht mitgetragen werden?

Wir kommen nicht umhin, Nachhaltigkeit als einen permanenten Such- und Lernprozess zu verstehen, bei dem nicht-nachhaltige Entwicklungspfade aufgedeckt und im Rahmen gesellschaftlicher Verständigungs- und Aushandlungsprozesse korrigiert werden. Während wir nicht sagen können, was nachhaltig ist, lassen sich durchaus Aussagen darüber treffen, welche Entwicklungen nicht-nachhaltig sind. Die einzig schlüssige Interpretation begreift Nachhaltigkeit als eine Heuristik, als eine regulative Idee (vgl. Homann 1998; Suchanek 2001), die uns anzeigt, wo wir unsere Problemlösungsverfahren verbessern müssen, etwa weil wir Wissen über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge nicht angemessen in politische Entscheidungsfindungsprozesse einfließen lassen.

Auf die Verfahren kommt es an: Es ist keineswegs sichergestellt, dass im ungeordneten Wettstreit der Meinungen sich

jene Positionen durchsetzen, die zu Nachhaltigkeit führen. Vielmehr gilt es, gezielt Verfahren zu entwickeln die sicherstellen, dass alle relevanten Argumente gehört werden und die wichtigen Argumente "richtig" gewichtet werden. Da es kaum ein Thema gibt, zu dem nicht konkurrierende Gutachten eingeholt werden, gewinnt das Wissen über Verfahren, die bei der Auswahl und Interpretation wissenschaftlicher Gutachten Orientierung vermitteln, an Bedeutung.

Das gesellschaftliche Leitbild der Nachhaltigkeit steht letztlich für innovative Verfahren der politischen Steuerung, die sich mit Stichworten wie Partizipation, Dialog oder auch Mediation umreißen lassen, deren institutionelle Ausgestaltung jedoch erst am Anfang steht: Nach der Phase der konzeptionellen Ausarbeitung des Konzepts der Nachhaltigkeit stehen wir nun an der Schwelle einer Phase, dem gesellschaftlichen Leitbild durch bessere politische Verfahren - unter Einbindung der jeweiligen Stakeholder-Gruppen - mehr Gewicht zu verleihen. Hier gibt es noch viel zu tun. Denn partizipative Formen der Politik führen keineswegs automatisch zu einer besseren Politik; vielmehr gilt es, die Wissensbasis über die Erfolgsfaktoren durch Forschung und Praxisprojekte gezielt zu

(weiter auf Seite 25)

(Nachhaltigkeit... Fortsetzung von Seite 24)

verbreitern. Eine pauschale Kritik partizipativer Formen politischer Steuerung indessen ist ebenso verfehlt wie ein übersteigerter Enthusiasmus.

Literatur

Brand, Karl-Werner: „Nachhaltigkeit braucht Kommunikation! - Aber ist Nachhaltigkeit kommunizierbar?“ Vortrag am 16. September 2002 bei IFOK in Bensheim.

Homann, Karl (1998). Sustainability als regulative Idee, in: Gerken / Lüder (Hg.). Ordnungspolitische Grund-

fragen einer Politik der Nachhaltigkeit Baden Baden
Suchanek, Andreas (2001). Ökonomische Ethik. Tübingen.

Dr. Hans-Peter Meister ist Gründer und Geschäftsführer des Instituts für Organisationskommunikation (IFOK), Bensheim. IFOK erstellt zurzeit eine Studie für die EU-Kommission über Verfahren, die bei der Auswahl und Interpretation wissenschaftlicher Gutachten Orientierung vermitteln (Governance of the European Research Area: the role of civil society).



Sollten Sie bisher jährlich ein Probeexemplar der GG! unaufgefordert erhalten haben und dieses Angebot der SRzG nicht wünschen, so genügt eine kurze E-Mail.

„Nachhaltigkeit als kontinuierlicher Suchprozess?“ - Contra-Argumentation,

von Jörg Tremmel

Die meisten Wissenschaftler betrachten inzwischen Nachhaltigkeit als Konzept, welches dazu dient, die normativen Ziele Generationengerechtigkeit und intragenerationelle Gerechtigkeit gleichberechtigt umzusetzen. Bei dieser Definition ist der Anteil von Generationengerechtigkeit (und somit auch von Ökologie) zwar im Vergleich zur engeren „Priorität für Ökologie“-Definition reduziert, aber auf diesem niedrigerem Niveau auch stabilisiert. Der normative Bezug auf Generationengerechtigkeit ist festgelegt und steht nicht zur Debatte. In jüngster Zeit gibt es dagegen Stimmen, die Nachhaltigkeit als vor allem dialogorientiertes Konzept propagieren. Es gehe darum, dass die Nachhaltigkeits-Inhalte und -ziele von den Bürgern selbst festgelegt werden. Ein solches Nachhaltigkeitskonzept ist vergleichbar mit einer Selbsterfahrungsgruppe, bei der der Moderator die Teilnehmer begrüßt mit den Worten: „Jetzt versuchen wir uns mal zu einigen, was wir unter einer ‚guten‘ Gesellschaft verstehen wollen. Jeder sagt, was er für am wichtigsten hält.“ Es ist leicht vorherzusehen, dass die Interessen kommender Generationen nicht an erster, aber auch nicht an zweiter, dritter oder fünfter Stelle stehen wer-

den. Sie werden - wie bisher auch - unter ‚ferner liefen‘ rangieren (Tremmel 2003b).

Es ist in der Literatur häufig genug beschrieben worden, dass kommende Generationen im Entscheidungsprozess unterrepräsentiert sind, weil sie eben als noch Nicht-Geborene nicht aktiv partizipieren können (Partridge 1980, Birnbacher 1988; Tremmel 2003a). Je mehr das Prinzip der Generationengerechtigkeit verwässert wird und lokale Agenden 21 zu Gesprächskreisen werden, in denen sich die heute Lebenden zunächst mal partizipativ Lösungsmodelle für die Probleme überlegen, die sie selbst am meisten bedrücken, desto schlechter ist es um die Wahrnehmung der Interessen kommender Generationen bestellt. Der Autor hat mehrfach an Nachhaltigkeits-Workshops teilgenommen, in denen im Brainstorming oder Open Space-Verfahren die 10 größten Probleme identifiziert werden sollten. Fast alles waren Probleme intragenerationeller Gerechtigkeit.

Abgesehen von solchen empirischen Beobachtungen besteht auch theoretisch kein Grund zu der Annahme, dass der Gegenwartsegoismus, der üblicherweise den Politikern unterstellt wird, in basisdemokratischen Entscheidungsfindungsprozessen geringer ausgeprägt ist. Im Kern geht es um ein Verteilungsproblem zwischen Heutigen und Zukünftigen. Alles, was für die Zukunft aufgespart werden soll, kann heute nicht mehr verbraucht werden. Genau deshalb, so die Argumentation von großen Teilen der Wissenschaft, ist heute eine neue Zukunftsethik vonnöten.

Dies alles heißt natürlich nicht, dass Dialog nicht ein notwendiges und geeignete

tes Mittel sein kann, um die richtigen Wege hin zu mehr Generationengerechtigkeit zu diskutieren, Verständnis bei Betroffenen zu wecken und Potentiale freizusetzen. Wer aber Nachhaltigkeit als reines Dialogkonzept (auf der Zielebene) definiert, der schließt die zukünftigen Generationen sogar explizit aus, da sie am Dialog nicht teilnehmen können.

Ein weiterer Aspekt ist wichtig: Gelegentlich wird - meist verklausuliert - in der Nachhaltigkeitsdebatte von den Vertretern des Dialogmodells zusätzlich die Auffassung vertreten, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ generell undefinierbar sei (vgl. die in diese Richtung deutenden Ausführungen bei Brand 2001, IFOK 2002). Da es keine „moralisch legitimierte Instanz“ gebe, die bei Definitionsstreitigkeiten entscheiden könne, sei eine Definition so subjektiv wie eine andere. Dies ist eine grundsätzlich andere Position als etwa die Position, dass eine Nachhaltigkeitsdefinition sehr weit sein kann - und dass die Definition dialogisch erfolgen muss. Während es letzterer Position um das „Wie“ des Definierens geht, geht es der erstgenannten um das „Ob“. Die Auffassung, Nachhaltigkeit sei nicht definierbar, ist unhaltbar. Da auch diejenigen, die an der grundsätzlichen Definierbarkeit von Nachhaltigkeit zweifeln, das Wort in einem bestimmten Sinne benutzen, sind sie entweder unreflektiert zu ihrer „Definition“ gekommen, oder sie bezeichnen ihre Definition als eine von vielen möglichen, die aber genauso subjektiv richtig oder falsch ist wie eine diametral entgegengesetzte. Dieser Relativismus freilich befriedigt die Zweifler auch nicht,

(weiter auf Seite 26)



(Nachhaltigkeit... Fortsetzung von Seite 25)
 ein bisschen „richtiger“ als die von jemand anderem soll die eigene Definition schon sein. Prinzipielle Definierbarkeit von Nachhaltigkeit heißt nicht, dass diese Definition auf der ersten Ebene nicht wiederum Leitbilder enthalten kann, die ihrerseits konkretisierungsbedürftig sind. Nachhaltigkeit ist im übrigen einer der wenigen politischen Orientierungs-Begriffe, für den es Indikatorenkataloge gibt, d.h. Nachhaltigkeit ist sogar quantitativ messbar.

Literatur

Birnbacher, Dieter (1988): Verantwortung für zu-

künftige Generationen. Stuttgart (bibliographisch ergänzte Ausgabe 1995).

Brand, Karl-Werner (2001): Wollen wir was wir sollen? Plädoyer für einen dialogisch-partizipativen Diskurs über nachhaltige Entwicklung, in: Fischer, Andreas/Hahn, Gabriela (Hg): Vom schwierigen Vergnügen einer Kommunikation über die Idee der Nachhaltigkeit, Frankfurt. S.12-34

Institut für Organisationskommunikation (IFOK): Nachhaltigkeit und Globalisierung, Partizipation, Demokratie - Identifizierung von Zusammenhängen und Gestaltungsansätzen, Endbericht der Kurzstudie für den Nachhaltigkeitsrat, Bensheim Mai 2002

Partridge, Ernest (1980) (Hg): Responsibilities to future generations. Environmental ethics. Buffalo N.Y.

Tremmel, Jörg (2003a): Positivrechtliche Verankerung der Rechte nachrückender Generationen, in: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen: Handbuch Generationengerechtigkeit, München. S.349-382

Tremmel, Jörg (2003b): Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure, München.

Die Verwendung von Nachhaltigkeit in den Parteiprogrammen,

von Jörg Tremmel und Astrid Dannenberg

Als ein mögliches Indiz, dass sich Nachhaltigkeit als Leitbild in der Gesellschaft durchsetzt, kann die Verwendung des Konzeptes in den Wahlprogrammen der Parteien dienen. Mit diesen wollen die Parteien ihre Pläne und Ziele darstellen und gleichzeitig möglichst viele potentielle Wähler ansprechen. Eine Zunahme im Gebrauch des Konzeptes könnte so auf ein geändertes Bewusstsein in der Gesellschaft hindeuten. In diesem Sinn wurden die Wahlprogramme der fünf größten Parteien von 1998 und 2002 verglichen. Dabei spielte nicht nur die Anzahl des Wortes eine Rolle, sondern auch die Bedeutung und der verwendete Zusammenhang mit dem jeweiligen Vorhaben. Untersucht wurden auch abgewandelte Terme wie z.B. „nachhaltige Entwicklung“. Tendenziell verwenden die Parteien den Begriff 2002 häufiger als 1998. Ob man damit eine geänderte Einstellung in der Gesellschaft zu ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen begründen

kann, ist allerdings fraglich.

Bei der CDU/CSU hat der Begriff „nachhaltig“ bzw. „Nachhaltigkeit“ den größten Karrieresprung gemacht. Die Anzahl im Wahlprogramm 2002 hat sich im Vergleich zu dem von 1998 mehr als versiebenfacht. Ein größeres Streben nach mehr Umweltschutz und Generationengerechtigkeit sollte der CDU/CSU dennoch nicht unterstellt werden. Sie verwendet den Begriff als eine Art Schlagwort in vielen verschiedenen Zusammenhängen wie z.B. Arbeitsmarkt, Alterssicherung, Wirtschaftswachstum oder Außenpolitik. Der ökologische Aspekt der Nachhaltigkeit kommt allein in der Umwelt- und Energiepolitik zum Vorschein. Oft wird der Begriff gebraucht, um die Wichtigkeit bzw. den Vorrang bestimmter Maßnahmen hervorzuheben („nachhaltige Verbesserung“ des Meister-BaföG, „nachhaltige Zukunftsplanung für Verkehrsinfrastruktur“, „nachhaltige Gestaltung einer humanen Zukunft“, nachhaltige Sicherung

Je verschmutzter die Luft,
desto schöner das Rot der
Abendsonne.

Helmut Lamprecht

von „Frieden, Freiheit und Sicherheit in ganz Europa“). Die Frage ist, ob Wörter wie „permanent“, „konsequent“, „verstärkt“, „langfristig“, „zukunftssträchtig“, „dauerhaft“ oder „tragfähig“, die im Programm 2002 offensichtlich durch „nachhaltig“ ersetzt wurden, die entsprechenden Vorhaben nicht verständlicher und präziser dargestellt haben.

In den Wahlprogrammen der SPD lässt sich keine deutliche Zunahme in der Begriffsverwendung feststellen. Ähnlich wie bei der CDU/CSU taucht „Nachhaltigkeit“ unter verschiedenen Überschriften wie Arbeitsmarkt, Städte und Gemeinden, Ostpolitik oder Wirtschaft auf. Das Gros bezieht sich jedoch auf den Umweltschutz.

Bis auf eine Ausnahme (nachhaltige und dauerhafte Senkung der „Lohnzusatzkosten in Deutschland“) benutzt die FDP 1998 die Umschreibung „nachhaltig“ nur in Bezug auf ökologische Ziele. Dieser Strategie ist sie 2002 nicht ganz treu geblieben: Der Begriff steht vier mal öfter im Programm zu Themen wie Globalisierung, Medien und Rundfunk, Aussenpolitik, Entwicklungspolitik, innere Sicherheit und Umweltpolitik. Oft wird er verwendet, um die anhaltende Wirkung einer geplanten Maßnahme hervorzuheben (z.B. nachhaltige Stärkung „deutscher Außenrepräsentanz“,

(weiter auf Seite 27)

Partei	Anzahl „nachhaltig“ bzw. „Nachhaltigkeit“ im Wahlprogramm 1998	Anzahl „nachhaltig“ bzw. „Nachhaltigkeit“ im Wahlprogramm 2002
CDU/CSU	2	15
SPD	11	13
FDP	7	11
Grüne	44	33
PDS	5	10

(Die Verwendung... Fortsetzung von Seite 25)
 nachhaltiger „Ausbau der Netzstrukturen“ oder nachhaltige Verringerung des „Drehtüreneffektes“ in der Suchtpolitik). Erwartungsgemäß bedienen sich die Grünen am häufigsten des Konzeptes der Nachhaltigkeit. Im Wahljahr 1998 lässt es sich finden zu Vorhaben in Außen-, Bildungs-, Haushalts-, EU-, Umwelt-, Wirtschafts-, Kommunal-, Arbeits-, und Steuerpolitik. Nach diesem Programm sollen „technologische, soziale, ökologische und ökonomische Aspekte“ gleichzeitig und gleichrangig berücksichtigt werden. Außenpolitisch soll das Leben im 21. Jahrhundert „ökologisch nachhaltig, sozial gerecht, emanzipiert, politisch friedlich und sicher ge-

staltet werden“. Auch die Agenda 21 wird im Zusammenhang mit der Nord-Süd-Politik erwähnt. Als einzige Partei reduzieren die Grünen den Gebrauch von „nachhaltig“ bzw. „Nachhaltigkeit“ im Wahlprogramm 2002. Auch ist nur in diesem Programm eine genaue Definition von Nachhaltigkeit vorhanden. Ausgehend von den Ergebnissen des Umweltgipfels 1992 in Rio stützen sie das Konzept auf drei Säulen: Ökologische, wirtschaftliche und soziale Belange sollen zusammen und nicht getrennt voneinander betrachtet werden. So beziehen sich nahezu alle Begriffsverwendungen im Programm auf eine der drei Dimensionen.

Im PDS-Wahlprogramm hat sich die An-

zahl der Wiederholungen 2002 relativ zu 1998 exakt verdoppelt. Auch die Bedeutung hat sich geändert. War 1998 noch meist eine dauerhaft anhaltende Entwicklung bzw. Verbesserung in den Bereichen Arbeitsmarkt, Steuern, Verbrechensbekämpfung und Landwirtschaft gemeint, so stehen 2002 ökologische und soziale Belange im Vordergrund. Arbeits-, Agrar-, Entwicklungs- und Kommunalpolitik sollen sich am Leitbild dieser Nachhaltigkeit ausrichten.

Quellennachweise in: Tremmel, Jörg (2003): Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure, München.

Die Nachhaltigkeitskonzepte von Wirtschaft und Gewerkschaften,

von Jörg Tremmel und Astrid Dannenberg

Stellvertretend werden im Folgenden vor allem die Positionspapiere des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) und des Verbandes der chemischen Industrie (VCI) ausgewertet, da die Meinung dieser Verbände in Bezug auf Nachhaltigkeit nach Ansicht von Nachhaltigkeitsforschern Brand (Brand,

Karl-Heinz: Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung, MPS-Texte 1/2000, München 2000) als repräsentativ für den Großteil der deutschen Industrie angesehen werden können. Als Minderheitenposition innerhalb der Wirtschaft kann wohl die Position des Bundesverband junger Unternehmer, die

ebenfalls herangezogen wird, gelten. Der VCI hat die Debatte um Nachhaltigkeit in Deutschland aktiv mitgestaltet und klar Stellung bezogen. Wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele sollen ausgewogen berücksichtigt werden. Ausgewogen heißt für den VCI allerdings

(weiter auf Seite 28)

Mit Blick in die Zukunft:



Ruschke und Partner GmbH • Rabenstraße, 20 • 01440 (Dresden) • Tel. 00171/033 0 • Fax 00171/033 100 • www.ruschkeundpartner.de • info@ruschkeundpartner.de

Wir bilden aus.

*) Diese Anzeige wurde von unserer Auszubildenden gestaltet.

RUSCHKE
 UND PARTNER GMBH
 DIE AGENTUR FÜR
WERBUNG

(Wirtschaft... Fortsetzung von Seite 27)

nicht gleichrangig. Ökonomische Ziele haben Vorrang: „Die Vermeidung wirtschaftlicher Instabilitäten, wie Arbeitslosigkeit oder Geldentwertung, und angemessenes Wachstum sowie eine hohe Wertschöpfung zählen nach wie vor zu den bedeutendsten Zielen jeder Volkswirtschaft. [...] Umweltpolitik tut deshalb gut daran, aus Sicht der Nachhaltigkeit die Ziele der Beschäftigungs- und Geldwert-Stabilisierung sowie des Wachstums zu berücksichtigen.“ Um die eigenen ‚Kompetenzen‘ - auch als Anbieter von umweltfreundlichen Technologien - nutzen zu können, fordert die chemische Industrie eine Erweiterung des unternehmerischen Handlungsspielraums, eine marktwirtschaftliche Grundordnung mit möglichst freiem Wettbewerb und die Verwirklichung eines freien Welt Handels. Der VCI ist sich sicher, dass diese Maßnahmen mehr erreichen können als staatliche Vorgaben. Auf der Website des VCI werden auch die intergenerativen Aspekte der Nachhaltigkeit angesprochen: „Es gilt, die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen zu befriedigen und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Entwicklung künftiger Generationen nicht beeinträchtigt wird. Heute müssen wir eine neue Form des Generationen-Vertrages unterzeichnen, in dem wir in einer bislang nicht gekannten Dimension für unsere Enkel und Urenkel Verantwortung übernehmen.“ Was genau für die Erfüllung dieses Vertrages unternommen werden müsste, bleibt jedoch offen.

Vergleichbar mit der Position des VCI ist die des BDI. Ebenfalls ausgehend vom „Drei-Säulen-Modell“ wird der ökonomischen Dimension eine besondere Bedeutung zugemessen: „Ökologie wie auch Soziales muss den wirtschaftlichen

Zielen untergeordnet werden.“ Wie der VCI zieht der BDI eigenständiges und selbstverantwortliches Handeln der Unternehmen staatlichen Vorgaben und Interventionen mit folgender Begründung vor: Die Ungewissheit über zukünftige Umweltbelastungen und Ressourcenbestände mache das Ableiten von natürlichen Schranken unmöglich und das Festlegen von konkreten Beschränkungen überflüssig. Der Natur werden ihre Grenzen nicht von vorneherein abgesprochen, doch können sie nach Meinung des BDI, durch technischen Fortschritt erweitert oder gar aufgehoben werden. Die Wirtschaftsverbände vertreten also ein Konzept schwacher Nachhaltigkeit in extremer Ausprägung: Dem Ersatz natürlichen Kapitals durch künstliches sind kaum Grenzen gesetzt. Naturkapital darf zur Herstellung von Sachkapital verbraucht werden, so lange der Gesamtbestand an Kapital über die Zeit anwächst bzw. konstant bleibt.

Nach Ansicht des BDI würde eine Verknappung der natürlichen Ressourcen zu steigenden Preisen und somit zu Innovationsanreizen in den Unternehmen führen. Auf diese Marktmechanismen bauend, fordern der VCI und der BDI vom Staat, nur die Nachhaltigkeitsziele, nicht aber die Mittel vorzugeben. Als Alternative zu Ökosteuern und ordnungsrechtlichen Maßnahmen sprechen sich die Unternehmen für freiwillige Selbstverpflichtungen aus. Als Vorteile der freiwilligen Selbstverpflichtungen und Vereinbarungen nennt der BDI Flexibilität, Schnelligkeit und mögliche dynamische Weiterentwicklung. Damit könne Umweltschutz entsprechend der Belastbarkeit der teilnehmenden Betriebe praktiziert werden, ohne das Wirtschaftswachstum der Branche zu gefährden, das nicht nur als ökonomisch wünschenswert, sondern auch als aus ökologischen und sozialen Gründen notwendig angesehen wird. Die aus dem Wachstum resultierenden Umweltprobleme sollen mit technischem Fortschritt gelöst werden. Nach Ansicht des Autors kann man aus der Forderung, das Ordnungsrecht teilweise durch freiwillige Selbstverpflichtungen zu ersetzen, auch die generelle Forderung nach Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung herauslesen. Während der Einsatz von „marktkonformen“ Instrumenten wie Ökosteuern oder Umweltzertifikaten in vielen ökologischen Bereichen (etwa CO₂-Reduktionen) grundsätzlich sinnvoll ist, haben Selbstverpflichtungen der

Wirtschaft bisher selten ähnlich gute Ergebnisse für die Umwelt gebracht.

Eine alternative Position, in der die technologischen Möglichkeiten nicht ganz so optimistisch eingeschätzt werden, nimmt der Bund Junger Unternehmer (BJU) ein. Zwar vertritt auch dieser das „Drei-Säulen - Modell“. Anders als der VCI und der BDI nimmt er aber auch die ökologischen Nutzungsregeln in seine Definition auf und betont die Existenz natürlicher Grenzen. Die natürlichen Grenzen seien nur teilweise, nicht komplett substituierbar. Um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten, müssen diese Grenzen anerkannt und eingehalten werden. Der BJU vertritt also auch ein Konzept schwacher Nachhaltigkeit, allerdings in dem Sinne, dass zur Güterproduktion ein Mindestbestand an Naturkapital vorhanden sein muss, welches grundsätzlich nicht substituierbar ist.

Um den natürlichen Mindestbestand zu sichern, fordert der BJU wie VCI und BDI in erster Linie mehr Selbstverantwortung für die Unternehmen: „[Nachhaltigkeit] hat viel mit Eigenverantwortung zu tun. Der Staat muss sich stärker zurücknehmen. Wir hatten in Deutschland eine Rundum-Versorgung. Der Staat hat so gut wie alles geregelt. Dabei verliert der Einzelne den Blick für die eigene Verantwortung.“ Staatliche Interventionen, wie z.B. eine ökologische Steuerreform, werden trotzdem nicht grundsätzlich abgelehnt. Letztere könne auch im nationalen Alleingang erfolgen. Dieser Schritt wird vom VCI und vom BDI kategorisch abgelehnt, weil damit die Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten gefährdet sei: „Durch den Einsatz umweltpolitischer Instrumente dürften keine Wettbewerbsnachteile entstehen.“ Zumindest der BJU begreift ökonomische Nachhaltigkeit also auch im Sinne eines innerbetrieblichen Umweltmanagements, ohne dass die ökologische Bedeutung dieses Vorhabens im Wort zum Ausdruck kommt.

In seiner Stellungnahme ‚Nationale Strategie für eine nachhaltige Entwicklung‘ zum Entwurf der Bundesregierung und zum Dialogpapier des Rates für Nachhaltige Entwicklung bezeichnet der BDI die Wettbewerbsfähigkeit als Schlüsselgröße einer nachhaltigen Entwicklung und kritisiert, dass weder Regierung noch der Nachhaltigkeitsrat ihr einen ausreichenden Stellenwert einräumen: „Wettbewerbsfähigkeit ist die unver-

(weiter auf Seite 29)

Änderung der Bankverbindung der SRzG

Liebe Freunde der SRzG, die Ökobank, bisher die Hausbank der SRzG, hat ihre Geschäfte auf die GLS Gemeinschaftsbank eG übertragen. Dies bedeutet, dass sich die Bankverbindung der SRzG ändert. Bitte überweisen Sie Förderbeiträge, Spenden etc. zukünftig an:

SRzG, Kto.-Nr. 8039555800;
BLZ 430 609 67
(GLS Gemeinschaftsbank eG,
Bochum)

(Wirtschaft... Fortsetzung von Seite 28)

zichtbare Voraussetzung für Bewältigung aller Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung.“ Erfolgsentscheidend für eine deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sei ihre Auswirkung im internationalen Rahmen, da Deutschland in hohem Maß vom Welthandel abhängig ist. „Deutschland muss deshalb international Motor für eine ehrliche und faire Politik sein, die anerkennt, dass es für den größten Teil der Menschheit nicht um eine ökologische Neuorientierung von Konsummustern“ geht, sondern um die elementare Sicherung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Zukunft.“

Die Wirtschaftsverbände - so kann man zusammenfassen - versuchen ebenso wie andere interessengeleitete Akteure, den Nachhaltigkeitsbegriff mit neuem Sinn zu füllen. Ihre Nachhaltigkeitsdefinition stellt die Bedeutung von Wirtschaftswachstum, Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit, Eigenverantwortung und Deregulierung in den Vordergrund. Hans-Olaf Henkel nahm während seiner Amtszeit als Vorsitzender des BDI ausdrücklich für sich in Anspruch, ein Streiter für Nachhaltigkeit zu sein. Allerdings ist der Chor der Wirtschaft weiterhin vielstimmig und ihr Nachhaltigkeitskonzept keineswegs homogen.

Die Definition der Gewerkschaften

Mit dem Zielkonflikt zwischen Wettbewerbsfähigkeit und sozial-ökologischen anderen Nachhaltigkeitszielen setzen sich auch die Gewerkschaften auseinander. Trotz möglicher Wettbewerbsnachteile und der Gefahr der Produktionsstättenverlagerung und des Ökodumping plädiert der DGB für Reformen in der

Wenn einer alleine träumt, so ist es nur ein Traum. Wenn viele träumen, so kann es schon bald Realität sein,

Herder Montada

Sozial- und Umweltpolitik, notfalls im nationalen Alleingang: „Deutschland muss im Rahmen seiner ökonomischen und sozialen Möglichkeiten Beispiele setzen, auch in Bereichen, in denen andere noch zögern.“ Diese Reformen sollen den Produktionsfaktor Arbeit verbilligen und den Verbrauch von Energie und Ressourcen verteuern. Im Gegensatz zur Unternehmensseite fordert der DGB stärkere, staatliche Steuerung denn „ebensowenig wie soziale Gerechtigkeit ergibt sich eine ökologischer Erneuerung allein aus dem Selbstlauf des Marktes“. Diese Position sieht die Lösung in gezielten, staatlichen Eingriffen, die die Gesamtnachfrage steigern sollen. In einer interpretativen Analyse kann deutlich aus den Publikationen der Gewerkschaften herausgelesen werden, dass ihr Hauptinteresse der Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen und nicht der Umwelt gilt. „Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und des drohenden Abbaus sozialer Standards hat die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Sicherung der bestehenden sozialstaatlichen Strukturen Priorität.“ Der potentielle Konflikt zwischen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit wird selten explizit dargestellt, vielmehr wird betont, dass man sich aus der Verwirklichung sozialer Nachhaltigkeit positive Nebeneffekte für die Natur erhofft. Holger Bartels (Abteilungsleiter Nachhaltige Entwicklung im Bundes-

vorstand der IG BAU) fasst sein Nachhaltigkeitsverständnis so zusammen: „Arbeit muss als einer der Kernbereiche von nachhaltiger Entwicklung insbesondere unter dem Aspekt des Ressourcenschutzes gesehen werden. Diese Betrachtungsweise ist für uns das Fundament sozial-ökologischer Reformstrategien. (...) Für mich als Gewerkschafter ist menschliche Arbeit die wichtigste regenerierbare Ressource in einem nachhaltigen Gesamtmodell, weil ohne aktive, gestaltende Beteiligung des Menschen der Nachhaltigkeitsbegriff zu einem werteleeren, vulgärmaterialistischen Begriff verkommt. Wenn wir in der Forderung übereinstimmen, dass jede einzelne Spezies im ökologischen Gesamtsystem schützenswert ist, gilt das umso mehr für den Menschen.“ In der Nachhaltigkeitsdebatte sehen sich die Gewerkschaften durchaus als maßgeblichen Akteur an: „Der DGB und seine Gewerkschaften (...) verstehen sich (...) als gesellschaftliche Organisation mit einem übergreifenden Gestaltungsauftrag, den sie mit anderen sozialen Bewegungen und politischen Kräften umsetzen.“ Allerdings gilt auch hier: Wegen des fehlenden Konsenses zwischen den Einzelgewerkschaften in Bezug auf das „gewerkschaftliche Nachhaltigkeitsverständnis“ haben es die Gewerkschaften schwer, in der Nachhaltigkeits-Debatte eine klare Position zu vermitteln. Ob die Gewerkschaften als demokratische Großorganisation diese Schwierigkeiten überwinden können, ist fraglich.

Quellennachweise in: Tremmel, Jörg (2003): Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure, München.

Die Bewegung für Generationengerechtigkeit soll weiter wachsen: Gründung von YOIS Landesverbänden

YOIS - Europe (Youth for Intergenerational Justice and Sustainability) ist eine Jugendorganisation, die 2000 von jungen Praktikanten und Mitgliedern der SRzG gegründet wurde. Die Idee dazu wurde auf dem European Youth Congress 2000 „Our Common Future“, der parallel zur Expo in Hannover stattfand, entwickelt. YOIS versteht sich als überparteiliche Lobby für die Rechte und Interessen der heutigen Jugend und zukünftiger Generationen. Mit ihren Projekten will YOIS junge Menschen bis 32 Jahre einbinden. Zum einen ist diese Generation von den Aktionen oder Versäumnissen der heutigen Entscheidungsträger am meisten betroffen, zum anderen hat sie in ihrer zukünftigen Position als Entscheidungsträger die Sache selbst in der Hand.

YOIS Deutschland wurde am 14.01.2001 in Köln als nationale Sektion des europäischen Gesamtvereins YOIS - Europe gegründet. Um die Ziele von YOIS auf lokaler Ebene verfolgen zu können, sind Unterorganisationen in einzelnen Bundesländern in Planung. YOIS sucht daher Leute, die bereit sind, an der Gründung von YOIS Hessen und YOIS Baden-Württemberg mitzuwirken. Voraussetzung dafür ist, dass Ihr Euch für die Themen und Ziele von YOIS interessiert und engagieren wollt und dass Euer Wohnsitz in Hessen bzw. Baden-Württemberg ist.

Da die SRzG vor kurzem in ein neues, größeres Haus umgezogen ist, bietet sich eine -zumindest vorläufige- Unterbringung von YOIS Hessen in dem Haus an. Für weitere Informationen wendet Euch einfach an Martin-Kuge@gmx.de (Hessen) bzw. stavros_antoniou@yahoo.de (Baden-Württemberg) und schaut mal rein unter www.yois-europe.org und www.yois.de

Der Begriff der Nachhaltigkeit wird sich als gesellschaftliches Leitbild durchsetzen, da er konzeptionell schlüssig und in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Bevölkerung anerkannt ist.

Dr. Michael Wehrspaun
Wiss. Angestellter
beim Umweltbundes-
amt, Berlin



Dipl.-Soziologin Charlotte Wehrspaun
Freiberuflich tätig im
Bereich Umweltkom-
munikation und -bil-
dung



Enthaltung

Das Leitbild der ‚nachhaltigen Entwicklung‘ hätte das Potenzial, ein neues, wirklich aufgeklärtes Verständnis dessen, was ‚(humane) Kultur‘ bedeutet, zu ermöglichen. Denn dieser Begriff könnte eine Vermittlung leisten zwischen zwei wesentlichen Polen des menschlichen Selbst- und Realitätsverständnisses: zwischen unserer Eingebundenheit in die Natur, deren Werden und Vergehen, einerseits sowie unserem Streben nach Fortschritt, Emanzipation und Selbstbestimmung andererseits.

Allerdings wird dieses Potenzial schlichtweg verschenkt, wenn, wie heute üblich, die ökologische Diskussion weiterhin zwischen einem technokratischen Utopismus und der Sehnsucht nach einer ‚heilen‘ (= unberührten? jungfräulichen?) Natur schwankt...

Stattdessen müsste es darum gehen, die Rolle des Menschen im Evolutionsprozess - deren Chancen und Gefahren - neu zu bestimmen. Dafür könnte das Nachhaltigkeitsleitbild den normativen Bezugspunkt (als ‚regulative Idee‘ eines globalen Suchprozesses) abgeben.

Christopher Gohl,
Vorsitzender von Fu-
tur X - Gesell-schaft
für Generationenge-
rechtigkeit www.futur-x.de



Enthaltung

Richtig muss es heißen: „Die Idee der Nachhaltigkeit wird sich als gesellschaftliches Leitbild unter anderem Namen durchsetzen, wenn es gelingt, in allen Bereichen wirkungsmächtige Konsequenzen umzusetzen.“ Trivial? Ja, aber ein Kontrast zum Wunschdenken der Ausgangsfeststellung: das gesellschaftliche Leitbild ist konzeptionell weder schlüssig noch in gemeinsamer Vision anerkannt; und auf konkrete Maßnahmen kommt es an, nicht auf konzeptionelle Schließung. Der Schritt vom offenen Leitbild zu Maßnahmen führt über die gesellschaftliche Sorge für die Zukunft. Zukunftssorge muss im fortwährenden Dialog stattfinden, in ihn muss als erstes investiert werden. Also: nicht nur Wirtschaft, Umwelt und Soziales brauchen neue Rahmenbedingungen, sondern auch die Politik. Institutionelle Reformen stärken intelligente und dezentrale Partizipation. Und: Generationen sind morgen, was Klassen gestern waren. Wir müssen rechtzeitig lernen, einen Generationendialog zu führen. So werden Langfristigkeit und gegenseitige Verantwortung zu Gesprächsthemen und gemeinsamen Werten. Aber die Bewegung für Generationengerechtigkeit steht erst am Anfang.

Dr. Andreas Heigl
Analyst
HypoVereinsbank
Volkswirtschaft



Enthaltung

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ hat in den letzten 15 Jahren wahrlich eine phänomenale Karriere gemacht. Dabei dürfte das Erfolgsgeheimnis gerade in seiner Unschärfe liegen. Er bietet vielerlei Assoziationen, Interpretationen und Akzeptanz. Insofern ist eine wichtige Hürde zum allgemein anerkannten Leitbild locker genommen. Schwieriger wird es, aus dem Konzept konkrete Handlungsanweisungen abzuleiten. Zudem erscheint der Begriff heillos überfrachtet: außer einer ökologischen soll es auch noch eine soziale und ökonomische Nachhaltigkeit geben, was zwangsläufig zu unüberbrückbaren Zielkonflikten führt. Nachhaltigkeit basiert zwar auf den vier Kernbereichen Natürliche Ressourcen, Soziale Entwicklung, Ökonomie und - ganz wichtig - Internationaler Politik. Sie sollte aber wieder mit einer eindeutigen ökologischen Zielfunktion ausgestattet sein. Zurückgestutzt auf den eigentlichen Wesenskern könnte Nachhaltigkeit tatsächlich die wichtigste Hürde zum Leitbild nehmen, nämlich konkret handlungsleitend zu sein.

Literatur-Tipp:

Andreas Heigl: Nachhaltige Ökonomie im Zeitalter der Globalisierung. Change-Studie der HypoVereinsbank Volkswirtschaft. München 2002. (www.hvb.de/research)

Ihre Spende für unsere Arbeit

Die SRzG ist eine gemeinnützige Stiftung mit vielen enthusiastischen Helfern und Fördermitgliedern, stets neuen Projekten, jedoch auch sehr geringen finanziellen Mitteln. Wir bitten Sie, uns zu helfen, damit wir uns für eine bessere Zukunft stark machen können. Ihre Kinder und Enkel werden es Ihnen danken. Zur Zeit arbeitet die SRzG an folgenden Großprojekten: -Zeitschrift „Generationengerechtigkeit!“ /-Symposium in Arnoldshain /-Generationengerechtigkeits-Preis 2003/2004 /-Buchprojekt „Handbuch Generationengerechtigkeit“ /-International Volunteers Office

Jede Spende hilft und „zu kleine“ Spenden gibt es nicht. Wenn Sie gezielt eines unserer Projekte unterstützen wollen, geben Sie im Verwendungszweck den Projektnamen an, ansonsten überweisen Sie einfach mit dem Verwendungszweck „Spende“ auf:

SRzG, Kto.-Nr. 803955580, GLS Bank (BLZ 430 609 67)

Sie erhalten eine steuerlich absetzbare Spendenbescheinigung.

Der Begriff der Nachhaltigkeit wird sich als gesellschaftliches Leitbild durchsetzen, da er konzeptionell schlüssig und in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Bevölkerung anerkannt ist.

Sebastian Klüsener,
Doktorand an der
Universität Freiburg



⊖ *Ablehnung*

Betrachtet man die Vielfalt der Definitionen von „Nachhaltigkeit“, die von „gesichertes wirtschaftliches Wachstum“ bis hin zu „Rückkehr zu antimodernen Lebensformen“ reichen, so kann man kaum davon sprechen, dass dieser Begriff für ein einzelnes schlüssiges Konzept steht. Selbst wenn also etwa „Nachhaltigkeit“ als gesellschaftliches Leitbild im Grundgesetz verankert würde, so ließe dies einen weiten Interpretationsspielraum für unterschiedliche Akteursgruppen zu. Besonders problematisch ist, dass der Begriff in weiten Teilen der Bevölkerung bis heute eher unbekannt als anerkannt ist. Dies kann sich meiner Ansicht nach nur ändern, wenn die Menschen durch Alltagserlebnisse begreifen, dass ein nachhaltiges Handeln notwendig ist. Aha-Momente könnten sich dabei z.B. durch den anthropogen verursachten Klimawandel oder durch ansteigende Migrationsströme in wirtschaftliche Gunsträume ergeben. Allerdings ist zu befürchten, dass darauf eher mit der Bekämpfung der Symptome reagiert wird, anstatt sich am Leitbild der Nachhaltigkeit und den Ursachen zu orientieren.

Dr. Andreas Renner
ist Projektleiter
in der Abteilung
„Global Governance,
Sustainability and
Corporate Social
Responsibility“ am
Institut für Organisationskommuni-
kation, Bensheim



⊕ *Zustimmung*

Die Frage lässt sich mit einem doppelten Ja beantworten: Das gesellschaftliche Leitbild der Nachhaltigkeit ist konzeptionell schlüssig und wird sich daher allgemein durchsetzen.

Letzteres zu begründen ist ein Kinderspiel, denn der Begriff hat sich ja bereits weitgehend durchgesetzt. Es gibt kaum ein internationales Abkommen, kaum ein gewichtiges politisches Dokument, das nicht ein Bekenntnis zur Nachhaltigkeit enthält. Und in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ist keine Gruppierung auszumachen, die „gegen Nachhaltigkeit“ mobil macht. Wir alle wollen Nachhaltigkeit! Schwieriger, so möchte man meinen, ist die Verteidigung der These, dass es sich um ein in sich schlüssiges Leitbild handelt: Wollen wir nicht alle Nachhaltigkeit, weil wir nicht so genau wissen, um was es sich handelt (gilt für weite Teile der Bevölkerung)

oder weil wir hierunter packen können, was wir wollen, sich jede Interessensgruppe (ob sie nun Greenpeace, ADAC oder BDI heißt) das herauspickt, was ihr gelegen ist?

Richtig. Dennoch handelt es sich um ein logisch schlüssiges Konzept. Die Forderung, die - un intendierten - Folgen unseres Handelns auf Dritte (in anderen Teilen der Erde, die künftigen Generationen) mitzudenken, ist so einfach wie logisch. Sie entspricht unseren elementaren Gerechtigkeitsvorstellungen und ist überdies in unserem wohl verstandenen Eigeninteresse: Klimakatastrophen oder Hunger und Armut in anderen Teilen der Welt, aber auch schlechte Wirtschaftspolitik hierzulande schlagen auf uns zurück - in Form von Armutsmigration, Gewalt und Terrorismus, steigende Versicherungsprämien oder einer möglichen Verweigerung künftiger Generationen, den ihnen zugedachten „Generationenvertrag“ zur Finanzierung unserer Altersvorsorge mitzutragen. Es gibt folglich vielfältige Win-Win-Situationen, die uns einer nachhaltigen Entwicklung näher bringen. Die Kunst besteht darin, die politischen Verfahren so weiter zu entwickeln, dass nicht der, der am lautesten schreit, sondern der, der die klügsten Argumente in die Diskussion einbringt, gehört wird.

Die SRzG bedankt sich sehr herzlich für folgende neue Spenden:

Fischer-Behrens, Ursula, € 100,00 · Ulmer, Manfred und Helga, € 50,00 · Tremmel, Andreas, € 2.500,00 · Kalinowski, Martin, € 50,00 · Daiva, Seyfried, € 25,00 · Tompert, Roland, Dr., € 400,00 · Gauger, Hanns und Carmen, € 100,00 · Wilfried, Fritz, € 10,00 · Scherbel, Andreas, € 60,00 · Ehrh, Yamina, € 25,00 · Kaufmann, Franz, € 50,00 · Memmert, Laura, € 35,00 · Robert-Bosch-Stiftung, € 5.000,00 · ZEIT-Stiftung, € 5.000,00 · Tremmel, Andreas, € 2.500,00 · Tremmel, Andreas, € 2.000,00 · Oellrich, Martin, € 25,00 · Alvaro, Alexander, € 25,00 · Arnold, Anke & Oliver, € 100,00 · Bahr, Daniel, € 25,00 · Becker, Thorsten, € 25,00 · Bergt, Axel, € 20,00 · Blume-Baum, Ruth, € 50,00 · Bimberg, Mathias, € 25,00 · Bräunlein, Thomas, € 30,00 · Bonde, Alexander, € 25,00 · Dettling, Daniel, € 25,00 · Boelling, Anemon, € 25,00 · Dettling, Warnfried, € 50,00 · Dzialowski, Benjamin, € 25,00 · Erhardt, Alexandra, € 25,00 · Fecht, Holger, € 30,00 · Fichtner, Nikolai, € 25,00 · Fichtner, Hans-Joachim, € 100,00 · Finkbeiner senior, Frithjof, € 70,00 · Finkbeiner, Frithjof, € 50,00 · Frey, Armin, € 25,00 · Gemmel, Claudia, € 25,00 · Göpel-Meschede, Ulla, € 50,00 · Gohl, Christopher, € 25,00 · Göting, Philipp, € 50,00 · Grothe, Jürgen, € 15,00 · Gründiger, Wolfgang, € 25,00 · Grumbach, Moritz, € 25,00 · Haugg, Annette, € 25,00 · Heigl, Andreas, € 50,00 · Henrich, Stefanie, € 50,00 · Hilser, Markus, € 30,00 · Hor, Oliver, € 50,00 · Jagel, Stefan, € 25,00 · Johr, Manfred, € 100,00 · Kinderversorgungswerke e.V., € 100,00 · Klauke, Markus, € 50,00 · Klein, Georg, € 50,00 · Kurz, Ulf, € 50,00 · Laukemann, Marc, € 50,00 · Lay, Waltraud, € 50,00 · Lindenberg, H.J., € 50,00 · Loew, Erika, € 75,00 · Löffler, Holger, € 125,00 · Lohde, Lotte, € 50,00 · Lüpschen, Benjamin, € 25,00 · Lux, Christina, € 25,00 · Marbach, Miriam, € 25,00 · Memmert, Laura, € 25,00 · Mentz, Ulrich, € 150,00 · Messow, Erika, € 35,00 · Neuhaus, Maria, € 50,00 · Nordmann, Johan-Malte, € 25,00 · Nowaschewski, Dirk, € 75,00 · Peaty, Sigrid, € 50,00 · Rehrl, Tobias, € 25,00 · Reschke, Astrid & Richard, € 100,00 · Reuter, Angelika, € 50,00 · Schaa, Wolfram, € 50,00 · Schauf, Tohmas, € 50,00 · Scheithauer, Lydia, € 50,00 · Schell, Adrian, € 35,00 · Schlieper-Damrich, Ralph, € 50,00 · Schmitz, Carsten, € 150,00 · Scholl, Artrir, € 50,00 · Schrecker, Tohmas, € 50,00 · Schulz, Jörg Oliver, € 50,00 · Soekadar, Raphael, € 35,00 · Stenzel, Margarete, € 50,00 · Strohmeier, Philipp, € 50,00 · Stiftung Apfelbaum, € 500,00 · Tambke, Jens, € 25,00 · Theisen, Heinz, € 50,00 · Thunert, Martin, € 100,00 · Toni, Franziska, € 25,00 · Tremmel, Doris, € 50,00 · Tremmel, Jörg, € 50,00 · Viehöver, Martin, € 25,00 · Wacker Reinhard, € 25,00 · Wracke, Markus, € 25,00 · Werner, Angelika, € 50,00 · Werwig, Claudins, € 30,00 · Wiegard, Marco, € 25,00 · Wilke, Annette, € 60,00 · Willig, Wolfgang, € 50,00 · Wirth, Albrecht, € 25,00 · Woestmeyer, Martin, € 50,00 · Worthmann, Karl, € 25,00 · Zangerl, Karl-Eberhard, € 25,00 · Zechmeister, Michael, € 50,00

Unserer besonderer Dank gilt Herrn Dr. Tompert, der zu seinem Geburtstag auf Geschenke verzichtet hatte, und stattdessen seine Gäste bat, etwas für die SRzG zu spenden

Internationales Jahr des Süßwassers 2003

von Dorothee Pohlmann in Kooperation mit



Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat das Jahr 2003 zum „Internationalen Jahr des Süßwassers“ erklärt. Ziel ist es, durch Aufklärungskampagnen und Veranstaltungen zum Thema das kostbare Gut mehr als bisher in das Licht des Interesses zu rücken und für eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung zum Schutz der Trinkwasservorräte zu werben. Die UNO-Mitgliedstaaten und Nichtregierungsorganisationen wurden von der UNSECO, die das Jahr federführend begleitet, dazu aufgerufen, durch eigene Beiträge und Aufklärungskampagnen die Inhalte des Jahres zu verbreiten.

Die Vielfalt der Veranstaltungen mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten zeigt die Relevanz der Trinkwasserproblematik in allen Bereichen des Lebens und verdeutlicht damit gleichzeitig, dass alle wissenschaftlichen Disziplinen an der Suche nach Lösungen beteiligt werden sollten.

Pro-Kopf-Verbrauch steigt stetig an

Zwar werden 70% der Erde von Wasser bedeckt, als Süßwasser nutzbar sind davon aber nur 2,5 %. Nach Angaben der Vereinten Nationen werden schon heute 54% aller in Seen, Flüssen und Grundwasservorräten zur Verfügung stehenden Süßwasserreserven durch den Menschen genutzt - im Jahr 2025 werden es schon 70 % sein, legt man den Berechnungen allein das Bevölkerungswachstum zu Grunde. Steigt der pro Kopf Verbrauch jedoch an wie bisher, werden in 25 Jahren mehr als 90% des Süßwassers von den Menschen verwendet, der Rest des Lebens auf der Erde muss sich also die verbleibenden 10 % teilen. Auf globaler Ebene wird der überwiegende Teil des Wassers für die Landwirtschaft gebraucht (69%). Die Zahlen variieren dabei je nach Kontinent: sind es in Afrika 88%, so werden in Europa weniger als die Hälfte (33%) für die Landwirtschaft verbraucht. Die Mengen an Wasser, die für die Ernten benötigt werden, machen nachdenklich: um ein Kilogramm Reis zu erhalten, werden ein bis drei Kubikmeter Wasser benötigt. Ein Kilogramm Reis kostet derzeit in Deutschland etwa 80 cent... Viele Entwicklungsländer hängen auf Grund ihrer geographischen Lage stark von der Bewässerung in der Landwirtschaft ab. Nach einer Studie der Food and Agriculture Organisation (FAO) von 93 Ent-

wicklungsländern werden in 18 Ländern mehr als vierzig Prozent des bebauten Landes bewässert, in weiteren 18 Ländern sind es 20 bis 40 Prozent. Diese Bewässerungspraxis führt zu Wasserknappheit und zieht in einigen Entwicklungsländern erhebliche volkswirtschaftliche Veränderungen nach sich: Statt wie bisher auf Selbstversorgung zu setzen, geht der Trend mehr und mehr zu Nahrungsmittelimporten. Eine Maßnahme, die unmittelbar einleuchtet: Durch die stark anwachsende Bevölkerung und den gleichzeitig steigenden Bedarf in den Städten ist es leichter und profitabler, die ohnehin knappen Wasservorräte nicht für den Getreideanbau zu verwenden, sondern durch Exporte das Geld zu verdienen, mit dem in der Folge die Nahrungsmittelimporte bezahlt werden. Diese Länder bauen dann Erdbeeren, Schnittblumen und andere „Luxusgüter“ für den Export an und importieren die Grundnahrungsmittel. Doch die Einfuhr von Nahrungsmitteln ist nichts anderes als ein Import von Wasser in kondensierter Form - auch „virtuelles Wasser“ genannt. Ein anderes weites Feld der Wasserproblematik sind Folgeschäden von Naturkatastrophen und unzulänglichen Wirtschaftsweisen. Nach UNO-Angaben versickern in den Entwicklungsländern 90 % der Abwässer ungeklärt oder werden in Flüsse, Seen und Meere geleitet. 50 % des Trinkwassers gehen durch Lecks in den Leitungen, durch illegale Entnahmen oder Verschmutzung verloren. Hochwasser haben in den neunziger Jahren 75 % der Menschheit betroffen und verursacht über 33 % der Schadenskosten durch Naturkatastrophen. Am Beispiel der Hochwasserproblematik zeigt sich, dass es beim Internationalen Jahr des Süßwassers nicht nur um eine vernünftige und kluge Wasserbewirtschaftung geht, um allen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser zu ermöglichen. Weder die Verkettungen der mittelbaren und unmittelbaren Ursachen für Flutkatastrophen noch ihre Auswirkungen beschränken sich freilich auf den Wasserhaushalt der Erde. Soziale, politische und wirtschaftliche Komponenten bilden ein Geflecht, das zu durchschauen schwer, ja fast unmöglich ist. Die Themenvielfalt der Veranstaltungen des

Internationalen Süßwasserjahres soll nun Licht in diesen Dschungel bringen. So fand z.B. mit Beteiligung der UNESCO vom 3. bis 6. März eine internationale Konferenz zu den Fortschritten in der europäischen Flutvorhersage in Rotterdam statt.

Die gesellschaftspolitische Komponente stand im Mittelpunkt der vom deutschen Nationalkomitee des Internationalen Hydrologischen Programms (IHP) der UNESCO veranstalteten internationalen Fachtagung vom 20. bis 21. Februar in Erfurt zum Thema „Wasser - Lebensnotwendige Ressource und Konfliktstoff“. Einer der Höhepunkte des Internationalen Süßwasserjahres war sicherlich das Welt-Wasser-Forum, das vom 16. bis 23. März in Kyoto, Japan, stattfand, pünktlich zum Weltwassertag am 22. März. Dort stellte das Welt-Wasser-Abschätzungs-Programm der Vereinten Nationen (World Water Assessment Programme / WWAP) erstmals seinen „Weltwasserbericht“ vor, der die aktuelle Situation der Wasserreserven der Erde darstellt.

Derzeit haben nach Angaben der UNO 1,1 Milliarden Menschen (etwa ein Sechstel der Weltbevölkerung) keinen Zugang zu sauberem Wasser, 40 % verfügen nicht über eine adäquate Wasserversorgung. Die Internationale Trinkwasserkonferenz in Bonn 2001 formulierte das Ziel, diese Zahl bis 2015 zu halbieren. Außerdem sollen für zwei Milliarden Menschen eine verbesserte Abwasser Versorgung und Hygienesituation aufgebaut werden. Für diese Maßnahmen sind 20 Milliarden US-Dollar pro Jahr erforderlich, was einer Verdoppelung der derzeitigen globalen Investitionen entspricht. Mit der Formulierung dieser Ziele ist ein erster Schritt getan, doch müssen nun bald weitere folgen. Das Internationale Jahr des Süßwassers bietet die Gelegenheit, als internationale Plattform für Ideen geeignete Initiativen für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wasservorräte zu entwickeln und zu fördern. Eine Gelegenheit, die nicht ungenutzt bleiben sollte.

Weitere Informationen zum Internationalen Jahr des Süßwassers finden Sie auf den offiziellen Webseiten: www.wateryear2003.org, www.unesco.org/water, www.worldwaterday.org, www.uno.de



Dorothee Pohlmann ist Freiwillige bei der SRzG.

TICKER, LITERATUR UND WEBSEITEN

Wichtige Meldungen zu Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit

Februar 2002

Jugend formuliert Nachhaltigkeit

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) verfasst zusammen mit Jugendlichen ein Buch. Es trägt zusammen, was Jugendliche über nachhaltige Entwicklung denken und von ihr erwarten. Das Buch wird der Bundesregierung auf den Weg mitgegeben, als diese im August 2002 zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung nach Johannesburg reist (RNE: Jugend schreibt Zukunft. Gedanken und Bilder zur Nachhaltigkeit, München 2002)

28. Februar 2002

Stellungnahme des Rates zur Nachhaltigkeitsstrategie

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung äußert sich zu dem Entwurf der Bundesregierung für eine Nachhaltigkeitsstrategie. Trotz einiger Kritikpunkte sehe er die Strategie der Bundesregierung auf dem richtigen Weg, so der Rat. „Der Entwurf ist ein Meilenstein der deutschen Nachhaltigkeitsdiskussion“, betonte der Ratsvorsitzende Volker Hauff am 18. Februar in Berlin. Insbesondere die integrierte Sichtweise und die sachlich begründete Definition von 21 Einzelindikatoren schaffe eine Grundlage, um Nachhaltigkeit konkret zu messen.

28. Februar 2002

Die öffentliche Diskussion um Nachhaltigkeit zeigt Wirkung bei Unternehmen

Im Auftrag des Verbundprojektes Öko-radar wurde vom Münchener ifo-Institut für Wirtschaftsforschung eine Umfrage zur nachhaltigen Wirtschaftsweise in Unternehmen durchgeführt. An der bislang größten Umfrage zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise hatten sich bundesweit mehr als 1.200 Unternehmen beteiligt. Die Hochrechnungen deuten darauf hin, dass sich rund 100.000 von insgesamt 3,3 Millionen Unternehmen in Deutschland an Nachhaltigkeitskriterien orientieren. Die öffentliche Diskussion um Nachhaltigkeit habe besonders bei großen Unternehmen Wirkung gezeigt, so ein weiteres Resultat. Es hätten hauptsächlich Geschäftsführer von Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten angegeben, Umweltmanagementsysteme

in ihren Betrieben verankert zu haben

25. April 2002

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist jetzt beschlossene Sache. Das Kabinett hat am 17. April das Konzept verabschiedet. Trotzdem geht die Diskussion um die Inhalte weiter. In einer gemeinsamen Erklärung bemängelten die Umweltverbände BUND, NABU und DNR, dass sich die Regierung in der Strategie nicht eindeutig zu einer ökologischen Finanzreform bekenne. Ihrer Meinung nach sollte die Ökosteuer fortgesetzt und ökologisch unsinnige Subventionen abgebaut werden.

25. April 2002

Begriff der Nachhaltigkeit inflationär gebraucht

Der Ausdruck „nachhaltige Entwicklung“ wird laut dem Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) in der gegenwärtigen Debatte inflationär sowie zunehmend willkürlich verwendet. Das geht aus dem aktuellen Umweltgutachten 2002 hervor, das der SRU vorgelegt hat. Darin begrüßt er zwar grundsätzlich die Klimapolitik der Bundesregierung sowie die eingeleiteten Schritte zur Ökologisierung umweltrelevanter Politikbereiche. Besorgt zeigt sich der Umweltrat allerdings darüber, dass sich rund zehn Jahre nach der Verabschiedung der Agenda 21 in der Nachhaltigkeitsdiskussion eine problematische Entwicklung zeige. Das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit mit „Ökologie, Ökonomie und Soziales“ verkomme zu einer Art „Wunschzettel“, in der jeder Akteur eintrage, was ihm wichtig erscheint.

18. Juli 2002

Nachhaltige Entwicklung immer geläufiger

Immer mehr Deutsche kennen den Begriff der nachhaltigen Entwicklung. Das geht aus der aktuellen Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland“ hervor, die zweijährlich vom Umweltbundesamt in Auftrag gegeben wird. Danach gaben rund 28 Prozent der Befragten an, schon einmal mit dem Terminus nachhaltige Entwicklung konfrontiert worden zu sein. Vor zwei Jahren waren es noch 13 Prozent. Obwohl die Mehrheit den Begriff nicht zuordnen kann, stimmt sie dennoch mit den inhaltlichen Grund-

prinzipien des Nachhaltigkeitskonzeptes überein. Nahezu 85 Prozent der Befragten unterstützt das Prinzip der Gerechtigkeit zwischen den Generationen, während 83 Prozent dem Ziel beipflichten, die Deutschen sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als wieder nachwachsen.

04. Dezember 2002

EU-Verfassung ohne Nachhaltigkeit?

Die Europäische Union könnte eine Verfassung bekommen, in der eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft und ein hohes Maß an Umweltschutz als politische Ziele nicht vorkommen. Das befürchtet das Europäische Umweltbüro (eeb) in Brüssel. Eine zukunftsfähige Entwicklung in ökonomischer, sozialer und ökologischer Hinsicht müsse als interdisziplinäres Ziel in die neue Verfassung eingehen und als Grundsatz sowohl für die EU-interne als auch für die internationale Politik der Gemeinschaft gelten. Das eeb appelliert an den Konvent die Ziele für eine nachhaltige EU-Politik aus den Amsterdamer Verträgen vollständig und ohne Abschwächungen auch in die künftige Verfassung zu übernehmen.

Literaturhinweise zu Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit:

Acker-Widmaier, Gerald: Intertemporale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften. Zur normativen Begründung eines Leitbildes. Marburg 1999

Altner, Günter/ Leitschuh-Fecht, Heike/ Michelsen, Gerd u.a. (Hg.): Jahrbuch Ökologie 2003, München 2002

Birnbacher, Dieter/Brudermüller, Gerd: Zukunftsverantwortung und Generationensolidarität, Würzburg 2001

Brand, Karl-Werner (Hg.): Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme, Chancen - eine kritische Diskussion, Berlin 2002

Butterwegge, Christoph / Klundt, Michael (Hg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel. Opladen 2001

Görg, Christoph/Brand, Ulrich (Hg.): Mythen globalen Umweltmanagements. "Rio + 10" und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung, Münster 2002

Grieswelle, Detlef: Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Solidarität, Langfristedenken, Nachhaltigkeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Paderborn 2002

Grunwald, Armin / Coenen, Reinhard / Nitsch, Joachim / Sydow, Achim / Wiedemann, Peter (Hg.): Forschungswerkstatt Nachhaltigkeit. Wege zur Diagnose und Therapie von Nachhaltigkeitsdefiziten, Berlin 2001

Institut für Organisationskommunikation (IFOK): Nachhaltigkeit und Globalisierung, Partizipation, Demokratie - Identifizierung von Zusammenhängen und Gestaltungsansätzen, Endbericht der Kurzstudie für den Nachhaltigkeitsrat, Bensheim Mai 2002

Kopfmüller, Jürgen / Brandl, Volker / Jörisen, Julianne / Peatau, Michael / Banse, Gerhard / Coenen, Reinhard / Grunwald, Armin (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren, Berlin 2001

Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU): Umweltgutachten 2002. Langfassung, Bundestagsdrucksache 14/8792, Berlin 2002

Umweltbundesamt: Perspektiven für die Verankerung des Nachhaltigkeitsbildes in der Umweltkommunikation: Chancen, Barrieren und Potenziale der Sozialwissenschaften, Berlin 2002

Kommunale Nachhaltigkeitsberichte auf der Basis einer CD-ROM mit Mustervorlagen

Das Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg hat Ende November die Nachhaltigkeitsberichte aus Boll und Radolfzell vorgestellt. Beide Kommunen hatten als „Pilotkommunen“ an einem Projekt zur Entwicklung der CD-ROM „Nachhaltigkeitsbericht - Mustervorlagen - Indikatoren für eine Lokale Agenda 21“ mitgewirkt, das von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg (FEST) im Auftrag der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg durchgeführt wurde. Der „Muster-Bericht“ basiert auf dem Indikatoren-Leitfaden der FEST und kann von den Kommunen jeweils für ihre eigene Situation ohne größeren Aufwand angepasst werden. Durch die projektbegleitende Erstellung der Berichte in den Pilotkommunen ist ein praxisnahes Instrument entstanden, das den Kommunen als Grundlage für die kontinuierliche Berichterstattung zur Lokalen Agenda 21 dienen kann. Die Nachhaltigkeitsberichte und die CD-ROM sind über die FEST zum Preis von jeweils 5,- Euro zzgl. Versand zu beziehen, der Leitfaden kostet in Verbindung mit der CD-ROM und einem Nachhaltigkeitsbericht ebenfalls 5,- Euro (als Einzelexemplar 10,- Euro zzgl. Versand).

Internet-Lexika zu Nachhaltigkeit

Eine umfangreiche Auflistung von nach Kriterien gegliederten Nachhaltigkeits-

Definitionen findet sich unter www.srzg.de (vgl. S.53). Zur Geschichte und Definition von Nachhaltigkeit siehe auch das Internetlexikon der Aachener Stiftung, <http://nachhaltigkeit.aachenerstiftung.de/1000/Veranlassung.htm>.

Vielsprechend, auch für die internationale Debatte, verspricht die im Aufbau befindliche European Databank Sustainable Development zu werden: <http://www.sd-eudb.net/>.

Viele Informationen finden sich auch auf <http://www.agendaservice.de/> und http://www.agendatransfer.de/a_start/index.htm

<http://www.gute-beispiele.net>

Weitere interessante Webseiten zum Thema Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit:

Der Caux Roundtable

(<http://www.cauxroundtable.org>) ist eine Gruppe führender Geschäftsleute aus Europa, den USA und Japan, die der Überzeugung sind, dass der Wirtschaft eine tragende Bedeutung bei der Verwirklichung nachhaltiger Konzepte im sozial-wirtschafts- und umweltpolitischen Bereich zukommt. Die auf dieser Grundlage entwickelten „Principles of Business“ sind in elf verschiedenen Sprachen auf der Homepage abrufbar.

Die NGO Corporate Watch

(<http://www.corpwatch.org>) beabsichtigt eine unternehmerische Kontrolle über wirtschaftliche Globalisierungstendenzen. Mit Sitz in San Francisco, Calif., versucht diese Organisation durch Hinweis auf Menschenrechte, Arbeitsrechte und umweltpolitische Maßnahmen eine "grassroot" Globalisierung zu propagieren. An die Öffentlichkeit tritt die NGO v.a. durch Kampagnen wie die Climate Justice Initiative oder das UN and Corporations Project.

Die European Environment Agency

(<http://www.eea.eu.int>) befaßt sich mit zahlreichen umweltpolitischen Forschungsgebieten wie Klimawandel, Ozonabbau, städtische Umwelt, Luftverschmutzung, Weltbevölkerung und Weltwirtschaft u.v.m. Die Agentur sieht es als ihre Hauptaufgabe an, europäischen politischen Entscheidungsträger Argumentationshilfen für fundierte umweltpolitische Maßnahmen an die Hand zu geben. Sie betreibt dabei nicht selbst Umweltpolitik, sondern liefert fachwissenschaftliche Informationen, um der Umweltpolitik der Europäischen Kom-

mission eine solide Basis zu geben.

Friends of Earth (www.foe.org) mit Sitz in Washington DC widmet sich dem Erhalt der Vielfalt und der Lebensfähigkeit unseres Planeten.

Das Österreichische Institut für nachhaltige Entwicklung (<http://www.boku.ac.at/oin>) wurde 1995 als gemeinnütziger Wissenschaftsverein mit Sitz an der Universität für Bodenkultur in Wien gegründet. Dem Institut geht es um die anwendungsbezogene inter- und transdisziplinäre Umsetzung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung. Aalborg Charter -- Charter of European Cities and Towns Towards Sustainability und der Lisboa Action Plan: from Charter to Action (<http://cities21.com/europractice/document.htm>)

Diese elektronische Datenbank enthält internationale und europapolitische Dokumente und Berichte, die für Fragen lokaler/regionaler Nachhaltigkeit von Bedeutung sind.

Verschiedene Dokumente/Berichte sind in unterschiedlichen Sprachen erhältlich.

Weitere Webseiten:

Global Responsibility:

<http://global-responsibility.com>

Prince of Wales Business Leaders Forum:

<http://www.pwblf.org>

Rocky Mountain Institute

<http://www.rmi.org>

Stockholm Environment Institute:

<http://www.sei.se>

SustainAbility Ltd:

www.sustainability.co.uk

Sustainable Development Gateway:

<http://sdgateway.net>

Sustainable Development International:

<http://www.sustdev.org>

Sustainable Earth Electronic Library (Seel):

<http://envirolink.netforchange.com>

Sustainable Europe Research Institute:

www.seri.at/newse.htm

Tomorrow Magazine:

www.tomorrow-web.com

US Environmental Protection Agency:

www.epa.gov

World Conservation Union

www.iucn.org

World Resources Institute:

www.wri.org

Bücher

Nachhaltigkeit in der Ökologie von Luca DiBlasi, Bernhard Goebel, Vittorio Hösle	35
Balance oder Zerstörung von Franz-Josef Radermacher	35
Diskurs um Nachhaltigkeit von Jörg Tremmel	36
Die dritte Generation von Kurt-Peter Merk	37
Öko-Realismus von Wolfgang Gründinger	38

Luca DiBlasi / Bernhard Goebel / Vittorio Hösle:

Nachhaltigkeit in der Ökologie. Wege in eine zukunftsfähige Welt

Rezensent:
Jörg Tremmel

Wer Nachhaltigkeit (den Begriff benutzen die Autoren in einer sehr engen Definition) auf die Ökologie anwenden will, muss die Ökologie kennen. In einer weitgehend gelungenen Komposition von geisteswissenschaftlichen mit naturwissenschaftlichen Beiträgen versucht das Buch, ökologische Nachhaltigkeit zu definieren, philosophisch zu begründen und in einen angemessenen Kontext zu stellen. Im Einleitungsbeitrag begründet Hösle ausführlich, warum das Umweltproblem die größte Herausforderung der Zukunft ist und wie aus einer generationengerechten ethischen Position heraus darauf zu reagieren wäre. Wiggering und Hahn fragen im nächsten Beitrag zunächst einmal kritisch nach, ob unsere Umwelt durch die bisherigen anthropogenen Aktivitäten überhaupt dauerhaft geschädigt ist, bevor Haber den Forschungsstand des Fachs „Theoretische Ökologie“ kurz und kompakt darstellt.

Weitere Beiträge behandeln bspw. die Umweltpolitik des OTTO-Versandes, Bildung für nachhaltige Entwicklung oder auch die Umweltzerstörung aus the-



ologischer Sicht. Die Qualität der Beiträge ist dabei allerdings nicht immer so hoch wie etwa bei Hösles oder Habers Beitrag.

Ein Ausfall ist z.B. der Beitrag von Michael Hustedt „Sind wir zu viele? Über das Verhältnis von Weltbevölkerung und Umweltzerstörung“. Die komplexen Zusammenhänge zwischen Treibhauseffekt, Ressourcenverbrauch und Artensterben auf der einen Seite und Bevölkerungswachstum auf der anderen Seite darzustellen, wäre in der Tat ein lohnendes Unterfangen gewesen. Leider verliert sich die Autorin, von der man sonst Besseres gewohnt ist. Die Frage selbst beantwortet sie bereits auf der ersten Seite (mit Nein), um dann ausgiebig darüber zu schwadronieren, dass Armut, nicht Bevölkerung die eigentliche Ursache der Umweltzerstörung ist. Das ist ja nicht falsch, aber eben auch nicht die ganze Antwort.

Auch wenn das Buch Highlights enthält, so wirkt doch die Zusammenstellung der Beiträge etwas zufällig. Ein wirklich roter Faden ist nicht erkennbar. Der interessierte Leser sollte sich aus dem Inhaltsverzeichnis das herausuchen, was er braucht und den Rest überspringen.

Di Blasi, Luca / Goebel, Bernd / Hösle, Vittorio: *Nachhaltigkeit in der Ökologie. Wege in eine zukunftsfähige Welt*, München 2001, ISBN 3-406475612, 288 Seiten, 14,90 Euro

Franz-Josef Radermacher:

Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweit nachhaltigen Entwicklung.

Rezensent: Jörg Tremmel

Der Untertitel macht deutlich, worum es Radermacher geht: sein Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab; der Schlüssel dazu liegt für ihn im Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft.



Das Buch hat den Anspruch, die Wechselwirkungen verschiedener Bereiche aufzuzeigen und eine integrative Lösung anzubieten. Radermacher nimmt bewusst das Wagnis auf sich, ganz unterschiedliche Themenbereiche anzusprechen, obwohl er weiß, dass die Fachleute auf jedem einzelnen über ein breites Wissen verfügen. Anders als in vielen anderen Fällen gelingt der Rundumschlag aus Sicht des Rezensenten. Bei Radermacher kann man hinter jeden seiner Ausflüge ein Häkchen setzen - weil die Argumentation, so knapp sie notwendigerweise bleiben muss, in sich stimmig und für den Gesamtzusammenhang wichtig ist.

Aus Sicht des Autors werden die Länder des Südens nur dann bereit sein, die Natur zu schützen, wenn der Norden bereit ist, ihnen bei der Überwindung der Armut zu helfen und ihnen eine menschliche Perspektive zu eröffnen. Dies wiederum wird nicht ohne eine erhebliche Verschiebung der Gewichte in der Wertschöpfung vom Norden in den Süden im Rahmen asymmetrischer Wachstumsprozesse zu bewerkstelligen sein. Im Rahmen eines „Weltgesellschaftsvertrags“ seien bestehende internationale Regelwerke zu verknüpfen und zu integrieren.

Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im September 2002 zeigte erst kürzlich wieder, dass der Süden tatsächlich nur bereit ist, die Umweltschutzanliegen, die für die ganze Welt und damit auch für den Norden existenziell sind, mit seinem Wunsch nach Ko-Finanzierung zusammen zu verhandeln. Dies war schon die Interessenkonstellation vor Rio 1992. Es gelang dem Süden mit der Drohung, die Umweltschutzbedürfnisse des Nordens zu ignorieren, eine Art „Gleichgewicht des Schreckens“ herzustellen, welches nach Radermacher eine Form von "Waffengleichheit" war. So entstand auch der Kompromissbegriff „nachhaltige Entwicklung“, der von vielen Ökologen damals als Dichotomie und Widerspruch in sich selbst bezeichnet wurde. Der Weg der „nachhaltigen Entwicklung“ erwies sich jedoch unter bestimmten Rahmenbedingungen tatsächlich als geeignet, sowohl internationale Gerechtigkeit als auch ökologische Generationengerechtigkeit zu verwirklichen. Allerdings muss stets darauf geachtet werden, dass die Anliegen kommender Generationen auch dabei auch tatsächlich gleichbe-

(weiter auf Seite 36)

Buchrezensionen

(Balance... Fortsetzung von Seite 35)

rechtigt verwirklicht werden. Es ist theoretisch schwer zu begründen, dass die jetzt lebende Generation eher bereit wäre, den späteren Generationen einen gerechten Anteil an den Potenzialen der Ressourcen zu überlassen, wenn sie diese zunächst untereinander gerecht verteilt hat. Auch die empirischen Belege für einen Zusammenhang zwischen ausgeglichener Gerechtigkeit heute als Bedingung für Solidarität der heute Lebenden mit zukünftigen Individuen sind mehr als dürftig.

Entscheidend ist also, unter den von Radermacher zu Recht geforderten Weltverträgen im ökologischen Zusammenhang nicht einfach eine Anhebung der allgemeinen Entwicklungshilfe zu verstehen, sondern wirklich den Tausch „globaler Umweltschutz gegen die internationale Co-Finanzierung von Entwicklung im Sinne einer Weltinnenpolitik“. Dies ist in der Tat ein Modell für Kooperationsgewinne durch einen fairen Interessensausgleich.

Die Standfestigkeit des so geschmähten „alten Europa“ gegen den US-Hegemonialanspruch müsste Radermacher gut gefallen - fordert er doch, der letzten verbliebenen Weltmacht energischer entgegenzutreten. Tatsächlich sind die USA das wahrscheinlich größte Hindernis auf dem Weg zu einem Weltgesellschaftsvertrag. Seit Präsident Bush offen versucht, das internationale Recht durch die Kraft des Stärkeren zu ersetzen, scheint nur eine Doppelstrategie einen Ausweg zu eröffnen: Dagegenzuhalten, wo es der Hypermacht weh tut, um sie von den Vorteilen einer friedlichen Herrschaft des Rechts zu überzeugen, und gleichzeitig das Recht selbst weiter zu entwickeln. Gerechtfertigt erscheint dies in jedem Fall, solange die USA den Internationalen Strafgerichtshof, das Kyoto-Protokoll und (nur zusammen mit einigen Schurkenstaaten) sogar die UN-Konvention zur Ächtung von Landminen ablehnen und hintertreiben.

Sicherlich nicht unumstritten dürfte Radermachers These bleiben, der 11.9. könne auch als systemische Reaktion von (selbsternannten) Vertretern der Opfer der strukturellen, sozialen und kulturellen Ungerechtigkeiten der heutigen Weltordnung verstanden werden. Solche Taten würden, so die These, zunehmen, wenn wir so weitermachen wie bisher und auf Dauer verschwinden, sobald wir global eine öko-soziale Marktwirtschaft implementierten. Manche Beobachter vermuten allerdings, dass der islamisti-

Buchrezensionen

sche Terror grundsätzlich anders gestrickt sei. Josef Joffe schreibt in der ZEIT: „Tatsache ist, dass der Terrorist keine Schuldigen braucht - im Gegenteil. Er will die Opfer nicht für ihr Tun, sondern für ihr Sein strafen - weil sie Amerikaner, Juden oder Westler sind. Verhalten lässt sich ändern, Sein nicht, deshalb kann es mit dem Terror keine Kompromisse geben. Er kann nicht besänftigt, sondern nur gestoppt werden. Oder soll der Westen aufhören, der Westen zu sein?“ Tatsächlich passt dem islamischen Terror weder die Trennung von Religion und Staat, noch die Freiheit der Frau, genauso wenig wie viele andere Werte der Aufklärung. Bassam Tibi, selber ein gemäßigter Moslem, weist darauf hin, dass der Koran durchaus Gewalt gegen Ungläubige legitimiere, und dass entsprechende Stellen weit drastischer seien als etwa in der Bibel. Und wer Mohammeds Schwert im Topkapi Palast in Istanbul schon mal betrachtete, den befällt der düstere Verdacht, dass die kriegerische Expansionsdrang des Islam vom 5. Jahrhundert n. Chr. bis heute Konjunkturen folgt, die von anderen Faktoren bestimmt werden als der jeweiligen Einkommensverteilung zwischen Nord und Süd.

Demgegenüber stehen aber auch hoffnungsvolle Signale wie das laizistische politische System in der Türkei oder auch das Verhalten vieler Mohammedaner in Deutschland, die ihren islamischen Glauben bewusst leben, ohne dabei in Widerspruch zur westlichen Werteordnung zu geraten. Der Rezensent konnte sich durch die Mitarbeit mehrerer islamischer Freiwilliger im International Volunteers Office der SRzG selbst überzeugen, dass die unterschiedlichen Kulturen, etwa das Fasten zu Ramadan, keineswegs zu Konflikten führen müssen, sondern vielmehr für beide Seiten bereichernd sein können. Es gibt also zweifellos einen Islam, der eine Trennung von Religion und Staat akzeptiert, mit westlichen Rechtsordnungen im Einklang steht und die Gleichberechtigung der Frau beinhaltet. Bis dieser sich gegenüber fundamentalistischeren Spielarten durchgesetzt haben wird, ist es aber noch ein langer Weg.

Bezogen auf die Terroranschläge weisen die Ansätze, die Radermacher vermittelt, - „Täter zu verhindern versuchen, nicht Taten“ - zweifellos in die richtige Richtung. Zur Verhinderung des internationalen Terrorismus wird eine ökosoziale Marktwirtschaft dennoch nicht ausreichen, weil es sich eben bei den jüngsten

Buchrezensionen

Terrorakten aus Sicht des Rezensenten nicht in erster Linie um Akteure handelt, die stellvertretend für Opfer struktureller Gewalt und kultureller Vergewaltigung handeln. Aber die Bewertung des 11.9 ist nur einer von vielen Exkursen in Radermachers Buch, und bei unzähligen anderen trifft er den Nagel auf den Kopf.

Dies gilt insbesondere für die mutige Einbeziehung des Nahostkonfliktes, mit dem tatsächlich viele andere Weltprobleme zusammenhängen, in das Buch. Hier skizziert Radermacher einen tatsächlich gangbaren Lösungsweg, der sich mit dem Schlüsselwort „Respekt!“ umschreiben lässt.

Insgesamt hat Radermacher ein höchst lesenswertes Buch vorgelegt. Sein Anfangserfolg - 10.000 verkaufte Exemplare seit August 2002 und zur Zeit erfolgreichen Übersetzungen in weiteren Sprachen - lässt hoffen, dass sich noch viele Leser mit den zukunftsweisenden Konzepten und Gedankengängen dieses Buches beschäftigen werden.

Franz-Josef Radermacher: Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweit nachhaltigen Entwicklung, hg. vom Ökosozialen Forum Europa, Wien August 2002, ISBN 3-7040-1950-X, 312 Seiten, 15 Euro

Buchbesprechung

Jörg Tremmel:

Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie.

Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure.

Rezensent: Ortwin Renn, Leiter der Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg

„Man könnte bilanzieren: Seit Rio (1992) ist nichts so nachhaltig wie das Reden und Schreiben über 'nachhaltige Entwicklung' oder 'Sustainable Development' (SD) und gleichzeitig nichts so aussichtslos wie der Versuch, den Begriff konsensfähig und allgemeinverbindlich zu definieren“ (Jüdes 1997, S. 1).

(weiter auf Seite 37)



Buchrezensionen

(Nachhaltigkeit.. Fortsetzung von Seite 36)

Mit diesen bitteren Worten beginnt eine kritische Analyse in der Zeitschrift „Politische Ökologie“ über die bisherige Nachhaltigkeitsdebatte in Deutschland. Wird der inflationäre Gebrauch des Wortes „Nachhaltigkeit“ dazu führen, dass wir nur noch mit einer Worthülse alles, was uns edel, hilfreich und gut erscheint, unter einen Begriff fassen wollen? Oder ist der Begriff mehr als eine dehnbare Schablone für Sonntagsreden und folgenlose Absichtserklärungen?

Mit dieser Frage beschäftigt sich das neue Buch von Jörg Tremmel: Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Im Vordergrund der Erörterung steht die Frage, ob die Definition von Nachhaltigkeit eher von Interessen der politischen Akteure oder von Ideen durch Wissenschaft und wertgeleiteten Diskurs bestimmt wird. Diese zunächst eher akademisch anmutende Frage gewinnt aber durch die weitere Bearbeitung durch den Autor sowohl an analytischer Schärfe wie politischer Relevanz. Würde es nämlich stimmen, dass ein Begriff wie Nachhaltigkeit zunehmend als Spielball und Instrument interessengeleiteter Legitimation benutzt würde, dann wäre damit auch eine politikwissenschaftliche Hypothese untermauert, die kollektives Handeln als überwiegend oder ausschließlich interessen- und machtorientiert betrachtet. Die Gegenthese, dass bei allem Interesse und nutzenmaximierenden Verhaltens einzelner Akteure auch oder sogar vorrangig Ideen und Werte Leitfunktionen für kollektive Handlungsbezüge haben können, wäre ein Beleg für die Hoffnung auf Einlösung von Gemeinwohlbelangen in demokratischen Entscheidungsprozessen. Um es kurz zu sagen: In diesem Streit, so Tremmel, haben beide Parteien Recht und Unrecht. In einer sorgfältigen Analyse der analytischen und interessengeleiteten Definitionsversuche (einschließlich der Bemühungen, den jeweiligen Diskurs auch zu bestimmen oder sogar zu dominieren) kommt Tremmel zu dem Schluss, dass hier ein Wechselspiel zwischen den analytisch begründeten und den interessebezogenen Definitionsversuchen stattfindet. Zum einen macht Tremmel deutlich, dass die Bemühung vieler Analytiker, den Begriff in seiner Extension zu begrenzen und möglichst treffsicher und abgrenzbar zu anderen Konzepten zu definieren, keine Chance hat in einer Situation, in der ein Interessenkonsens für eine breite möglichst an den Rändern schwammige Definition besteht. Zum

Buchrezensionen

anderen können sich im öffentlichen Diskurs aber nur die interessengeleiteten Definitionen durchsetzen, die bestimmten Mindestansprüchen in Bezug auf analytische Kriterien genügen und die auch im wissenschaftlichen Umfeld zitiert und diskutiert werden. Diese Wechselwirkung führt nach Tremmel zu einer Verwässerung des ursprünglichen Konzeptes, gleichzeitig aber auch zu einer Vertiefung der analytischen Elemente von Nachhaltigkeit, die im Verlauf des Wechselspiels als konstitutiv angesehen werden. So schält sich beispielsweise heraus, dass der Begriff der Nachhaltigkeit sowohl inter- als auch intragenerative Gerechtigkeit umfasst und dass neben den ökologischen Folgen auch ökonomische und soziale einbezogen werden müssen - allerdings je nach Lesart in unterschiedlicher Gewichtung. Für den Aspekt der intergenerativen Gerechtigkeit bringt Tremmel den Begriff der Generationengerechtigkeit ins Spiel, den er selbst noch einmal definiert und als eigenständigen Begriff in den Diskurs um Zukunftsgestaltung einbringt.

Das Buch von Tremmel bietet einen Fundus an Material, das systematisch aufbereitet und analysiert wurde. Besonders hervorzuheben sind die vielen Tabellen, in denen der Autor die Ergebnisse zusammenfügt und die Kernkategorien beschreibt. Ich kenne kein anderes Buch über Nachhaltigkeit im deutschen Sprachraum, das so akribisch und umfassend den Diskurs über Nachhaltigkeit nachzeichnet und die vielfältigen Positionen aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft beschreibt. Darüber hinaus begründet Tremmel sehr ausführlich, wie er zu seinem Kategoriensystem (etwa zur Klassifizierung von analytischen Begriffen) kommt und welche Hintergrundtheorien er seinen Überlegungen zugrundelegt. Dabei stützt sich Tremmel auf erkenntnistheoretische und philosophische Quellen, die er in einer Reihe von Exkursen vorstellt und erläutert. Für meinen Geschmack sind diese Exkurse zu ausladend für den Kontext, in dem sie gebraucht werden, und dann auch wieder zu holzschnittartig, wenn sie für sich allein bestehen sollen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn er so diffizile Themen wie die Werturteilsproblematik in den Sozialwissenschaften oder die Differenz von Nominal- und Realdefinitionen (wobei er diese beiden Begriffe nur relativ umständlich beschreibt) zum Thema macht. Alle Leser, die mit diesen Themen bereits vertraut sind, können die Exkurse getrost über-

Buchrezensionen

springen; die anderen erhalten eine kurze Charakterisierung, die für das Verständnis der Argumente des Buches voll ausreicht, aber die Facetten des jeweiligen Themas nur rudimentär beleuchten kann. Letzteres ist dem Autor nicht vorzuwerfen, denn ihm stehen ja nur begrenzte Seitenzahlen für diesen Zweck zur Verfügung. Ob alle diese Exkurse wirklich notwendig gewesen sind, steht auf einem anderen Blatt.

Sieht man von den Exkursen ab, dann bietet das Buch von Tremmel eine kompakte, sorgfältig recherchierte und aussagekräftige Analyse des gegenwärtigen Nachhaltigkeitsdiskurses in Deutschland. Allen, die an einer begrifflichen Klärung dieses Konzeptes, seiner Geschichte und seiner Modulierung durch den gesellschaftlichen Diskurs interessiert sind, sei das Buch „Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie“ wärmstens empfohlen.

Quellenangabe:

Jüdes, U. (1997): Nachhaltige Entwicklung wozu Theorie? Politische Ökologie, 15, Nr. 52: 1-12

Jörg Tremmel: Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie, München 2003, 190 Seiten, ISBN 3-936581-14-2, im Internet unter www.oekom.de/verlag/german/books/trem_konz_index.htm

Kurt-Peter Merk:

Die Dritte Generation. Generationenvertrag und Demokratie - Mythos und Begriff

Rezensent: Hans-Joachim Fichtner

Ist es politisch geboten und verfassungsrechtlich zulässig, die gesellschaftliche Gruppe der Kinder und Jugendlichen, die „Dritte Generation“, durch die Einräumung des aktiven Wahlrechts in die politische Partizipation und damit in die demokratische Repräsentation aufzunehmen?

Dieser spannenden, facettenreichen und zukunftsrelevanten Problemfrage geht der Rechtsanwalt und Privatdozent am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München, Kurt-Peter Merk, in seiner im September in gekürzter Fassung erschienenen, sehr lesenswerten Habili-

(weiter auf Seite 38)



Buchrezensionen

(Die Dritte... Fortsetzung von Seite 37)

tationsschrift nach. Der Autor, der nach der vorletzten Bundestagswahl vor dem Bundesverfassungsgericht Berliner Jugendliche bei einer Wahlprüfungsbeschwerde wegen der von ihnen als verfassungswidrig eingestuften Ausgrenzung von Minderjährigen von der politischen Teilnahme bei der Bundestagswahl vertreten hat, kommt zu einer klaren Antwort: Ja! Die pluralistische Demokratie sei - ebenso wie der 1957 in Kraft gesetzte Generationenvertrag - nur ein Mythos, da die in der BRD etablierte repräsentative Demokratie auf die Herrschaft von nur zwei statt der drei Generationen des Zeitgenossenkontingents reduziert sei.

Daraus ergibt sich für Merk die These, „dass die strukturelle Ursache des Generationsegoismus in den sozialpolitischen Verteilungsentscheidungen zu Lasten der nachfolgenden Generation(en) ein Repräsentationsdefizit im bestehenden demokratischen Herrschaftssystem ist, das darauf beruht, dass die dritte zeitgenössische Generation weder funktional wahrgenommen wird noch Teil des Entscheidungssystems ist“ (S. 9f). Die Begründung seiner These entfaltet der Autor durch eine klar gegliederte Systemdiagnose im ersten Teil seiner Schrift sowie eine plausibel begründete Systemtherapie im zweiten Teil seiner Überlegungen. Von der Theorie und Praxis des Generationenvertrages kommend, geht er detailliert auf Ursachen und Folgen des Generationsegoismus in der politischen Praxis ein. Dabei überprüft er die Politikbereiche Finanz-, Renten-, Umwelt- sowie Familienpolitik und konstatiert gravierende Störungen hinsichtlich der Verteilungsgerechtigkeit. Kurt-Peter Merk weist nach, dass zukunftsorientierte Entscheidungen, die nach der Sachrationalität des Generationenvertrages dringend erforderlich sind, immer wieder an der Systemrationalität der bestehenden demokratischen Herrschaftsstruktur scheitern. In diesem Zusammenhang spricht er gar von einem Selbstzerstörungspotenzial der real existierenden Demokratie. Therapieren möchte der Autor das System - bevor es zu spät ist! - durch eine zukunftsfähige Auslegung der Staatsfundamentalnorm Artikel 20 (2) des Grundgesetzes. So plädiert er dafür, die vorherrschende Differenzierung zwischen dem das ganze Volk umfassenden „sozialen Staatsvolk“ als Träger der Staatsgewalt (Artikel 20, Abs. 2, Satz 1 GG) und dem „politischen

Buchrezensionen

Staatsvolk“ der Wahlberechtigten (Artikel 20, Abs. 2, Satz 2 GG) aufzuheben. Diese Differenzierung führe nämlich zu dem nicht zu rechtfertigenden Repräsentationsdefizit in unserer Demokratie. Die Ausübung des politischen Grundrechts auf allgemeine Wahl nach dem demokratischen Prinzip „one man - one vote“ könnte nach den Vorstellungen des Autors im Kindesalter indirekt über die Erziehungsberechtigten, also im Auftrage, geschehen. Jugendliche ab 14 Jahre sollen direkt wählen können. Merk setzt darauf, dass durch die Aufhebung der Altersdiskriminierung im Wahlrecht dem „elektoralen Drohpotenzial“ der Senioren das „elektorale Drohpotenzial“ der Kinder und Jugendlichen gegenüber tritt. Von der Verwirklichung der vollständigen Repräsentation im Sinne von „mehr Demokratie wagen“ verspricht er sich eine Eindämmung des Generationsegoismus der Alten und damit einen wesentlichen Beitrag zur Herstellung von Nachhaltigkeit, Chancengleichheit und Zukunftsfähigkeit in unserer Gesellschaft.

Die überzeugenden Therapievorschlüsse des Autors, die sich freilich mit ernstzunehmenden kritischen Einwänden auseinander zu setzen haben, sind ein Schritt in die richtige Richtung. Die Umsetzung der konkreten Utopie „Minderjährigen-Wahlrecht“ in der von Merk postulierten Weise lässt sich angesichts der demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bestimmt nicht auf den St. Nimmerleinstag verschieben. Auch wenn die Zeit einer Grundgesetzänderung in Richtung „Wahlalter Null“ noch nicht reif ist, so scheint zumindest die Erkenntnis stetig zu wachsen, dass die Interessen der nachrückenden Generationen nachhaltig und viel konsequenter als bisher beachtet werden müssen. „Anderenfalls wird sich eine andere Einsicht Bahn brechen, nämlich die, dass eine Generation, die keine Vor-Sicht walten ließ, später auch keine Rück-Sicht erwarten darf“ (S. 183). Die Lektüre der gut lesbaren Habilitationsschrift dürfte zu wichtigen Einsichten führen.

Kurt-Peter Merk:

Die Dritte Generation. Generationenvertrag und Demokratie - Mythos und Begriff Aachen 2002 (Shaker-Verlag), 190 Seiten, 24,80 € (ISBN 3-8322-0575-6)

Buchrezensionen

Wolfgang Gründinger:

Öko - Realismus

Die Kreise der Umwelt und die Solare Revolution, Schardt Verlag: Oldenburg 2002

Vorwort von

Ernst Ulrich von Weizsäcker:

Trotz aller Schreckensmeldungen: Pessimismus ist nicht angebracht. Pessimismus hat eine selbstbestätigende Kraft. Aber auch der Optimismus ist bedenklich. Optimisten neigen zur Problemverdrängung. Um es mit Karl Valentin zu sagen: „Optimisten sind Leute, die die Dinge nicht so tragisch nehmen wie sie sind.“ Der Markt, sich selbst überlassen, löst die Probleme nicht. Er lässt die Starken gewinnen, und zwar auch dann, wenn ihre Stärke der Raubbau ist. Der Staat oder die Völkergemeinschaft müssen den Rahmen setzen und dabei auch die Interessen der Ungeborenen schützen. Der goldene Mittelweg zwischen Pessimismus und Optimismus ist schmal. Das vorliegende Buch bewegt sich auf diesem Mittelweg. Öko-Realismus hebt sich angenehm ab von der üblichen Drucksachenproduktion in Sachen Umweltschutz. Sachlich, kompetent, diskussionsbereit und couragiert befaßt sich Wolfgang Gründinger mit den wichtigsten Krisenfeldern vom Treibhauseffekt bis zur Massenmobilität. Als Anwalt der Jugend wirbt der wohl jüngste Umweltpolitiker hierzulande für einen Paradigmenwechsel in der Politik, um eine lebenswerte Zukunft für kommende Generationen zu erhalten. Sein Engagement für die richtige Sache macht Mut. Das sage ich besonders mit Blick auf sein Alter. Seinem Buch wünsche ich weite Verbreitung und seinem politischen Engagement langen Atem.



Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker ist Meinungsführer in Sachen Umweltpolitik. Der frühere Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie leitete als SPD-Bundestagsabgeordneter die Enquête-Kommission zur Globalisierung der Weltwirtschaft.

Berichte

Anbei finden Sie Berichte von Veranstaltungen seit Oktober 2002. Nachdem bereits in der GG!7 ausführlich über den Weltgipfel in Johannesburg berichtet wurde, als Nachtrag hier noch zwei interessante Hintergrundberichte.

„The logic of illogic“ - Bericht vom Internationalen Jugendgipfel in Südafrika <i>von Jonas Meckling</i>	39
Impressionen aus Südafrika <i>von Jörg Tremmel</i>	41
Das Passauer SD-Forum e.V. zieht Bilanz „Rio 1992 + 10 = Johannesburg 2002“ <i>von Fabian Zuber</i>	43
Schüler diskutieren im Robert-Bosch-Haus <i>von Jörg Tremmel</i>	43
Elmauer Jugendkatalog <i>von Jörg Tremmel</i>	44
Verzeichnis der Auftritte der SRzG	44

„The logic of illogic“ Bericht vom Internationalen Jugendgipfel in Südafrika, *von Jonas Meckling*

Soll ich? Oder soll ich nicht? Fragen, die mich in den letzten Stunden vor dem Abflug quälten. Seit Wochen waren die Informationen zum International Youth Summit mehr als knapp gehalten worden und nun diese Mail. Séna aus Togo, ein Mitsstreiter aus Bali, hatte halb frohen Mutes, halb enttäuscht geschrieben, dass der African Youth Summit nicht stattfinde und das internationale Treffen um einen Tag nach hinten und auch ortsmäßig verlegt wurde.

Nun denn, nach der Devise „Jetzt oder nie!“ ging es zum Flughafen Tegel. Dort angekommen, hab ich zunächst die Touchscreen-Internetmaschine (schreckliches Gerät) der Telekom malträtiert und bin schließlich zu meinen Mails durchgedrungen. Gott sei Dank, es soll

te eine Unterkunft und auch einen Jugendgipfel geben.

Die Maschine der South African Airlines mit der Flugnummer SA 261 taucht durch dicke graue Watte, 10° Celsius empfangen uns in Joburg und ich bin mitten drin - mitten auf dem schwarzen Kontinent mit seinen 700 Millionen Menschen, 54 Staaten und 1000 verschiedenen Sprachen.

Ruckzuck ist die lange Reihe der freundlichen Südafrikaner, die einen im Namen von JOWSCO, der Logistikgesellschaft des Gipfels, durch den Flughafen leiten und mit warm welcomes überschütten, passiert.

Einen Jugendgipfel soll es geben? Nein, davon wüssten sie nichts. Nach langer Telefoniererei wird mir versprochen, ich würde bald abgeholt. Es dauert nicht lange und ich teile mein Schicksal mit bekannten und neuen Gesichtern des Youth Caucus. Carolin, die schwedische Jugenddelegierte von der letzten Prep-Com, Jon aus Schweden, Camila aus Brasilien, sozusagen unsere Rio-Botschafterin, und Irene aus Kolumbien sind angekommen. Philip, einer der Organisatoren des Jugendgipfels, bringt uns schließlich in ein Hotel im Herzen Joburgs, soll heißen in das berühmteste Viertel der Stadt mit den meisten Morden weltweit.

Der Blick nach innen zeigt gut hundert südafrikanische Jugenddelegierte, die allesamt die neun Provinzen der Republik vertreten, gepflegte Räume und kosmopolitische Buntheit; der Blick nach draußen triste Häuserblöcke, die, wenn nachts warmes Licht aus ihnen scheint, recht freundlich aussehen, Schulkinder in gebügelter Uniform, fast zahnlose Menschen ohne Dach über dem Kopf. Dort hin dürfen wir nicht gehen, es sei zu gefährlich. Der Tag gehört den Südafrikanern. Anstelle des dreitägigen African Youth Summit treffen sie sich nur diesen einen Tag, um ihre Erwartungen an den Gipfel zu formulieren und den Weg vorwärts vorzugeben. Die Kontakte sind gleich überschwänglich und zahlreich; internationaler Jugendaustausch ist ein großes Thema. Viele wollen Kooperationen mit abroad starten. Auch auf der Südhalbkugel begrüßt uns die Sonne mit warmen 25° Celsius und setzt die Landschaft, die wir auf unserem Zug gen Northwest passieren, in Szene. 200 km sind es bis Mogwase, Northwest Province; wir brauchen gut sechs Stunden dafür. Johannesburg ist riesig, hügelig, krass in seinen Gegensätzen. Die breiten motorways erinnern an die USA.



Der einzige Gipfel, bei dem noch was "rauskommt"!

Die Viertel der Wohlhabenden offenbaren dem Beobachter Mauern jeglicher Couleur und Architektur. An fast jedem prangt in großen Lettern der jeweiligen Sicherheitsfirma „Armed response“. Die Townships ziehen sich weit ins Land, als ob mehrere Städte ineinander übergingen. Man geht davon aus, dass in einigen Jahren Joburg und Pretoria, Südafrikas Hauptstadt und nördlich von Joburg gelegen, ein einziges Konglomerat bilden. Afrika ist Rhythmus! Wenn unserem Bus auch sonst einiges fehlt, so hat er doch eines: dicke Boxen. Auf vollen Touren hämmern sie den Rhythmus in die singende, tanzende Masse. Die Stimmung ist bombig, die gesamten sechs Stunden wird im Gang getanzt und gerappt. Es gibt immer einen Vortänzer, der johlend und mit kreischenden Zwischenrufen angefeuert wird. Wenn wir an Ampeln warten, wippt der ganze Bus. Die Leute am Straßenrand winken uns zu. Wow!

Nachdem wir noch eine kleine Reifenpanne hatten, kommen wir in die Berge, die Ausläufer der Pilanesberge. Die Schatten werden länger, die Häuser und Hütten seltener. Endlich fahren wir auf den Campus der Northwest University. Die nächsten Tage sind ein wahres Improvisationskunstwerk. Wir wissen weder, wer und wo die Organisatoren sind, noch wie der weitere Ablauf aussehen soll. Der Dienstagabend wird zu einer Geduldsprobe der besonderen Art. Den Duft eines reichhaltigen Buffets in der Nase, hören wir die Reden der lokalen und regionalen Größen. Nach den Begrüßungsworten des Generalsekretärs des südafrikanischen Jugendrings sprechen der Bürgermeister und der Premier der Provinz (entspricht wohl unserem Ministerpräsidenten). Sie reisen mit Kind und Kegel an und ziehen triumphal in den Saal ein. Nun ja, es sind vor allem ihre Frauen, die beeindrucken. Großzügigkeit in der Leibesfülle symbolisiert - zumindest in der Provinz - Wohlstand und ist offensichtlich ein Ideal.

(weiter auf Seite 40)

(Jugendgipfel... Fortsetzung von Seite 39)

Als Loyalitätsbekundung stehen viele Südafrikaner auf und stimmen einen Song nach dem anderen an, sobald der Redner die Bühne betritt. Überhaupt gibt es viele gemeinschaftsbetonende Bräuche: der Ruf „Viva, viva, viva!“ schwört die Gruppe aufeinander ein. Am kommenden Tag spricht sogar der lokale König Pilane zu uns. Am Mittwoch riecht es erstmals nach Arbeit. In regionalen Gruppen diskutieren wir den Follow-up von Joburg (Wie kann es nach dem Gipfel weitergehen?). Nicht ganz zu Unrecht macht das Wort der regional segregation die Runde. Ich gehöre zur Gruppe "Westeuropa und Nordamerika". Wir wollen vor allem mehr Leute auf den Listserver bekommen, die Kommunikation auch gerade mit Jugendlichen aus Entwicklungsländern stärken. Internationale Jugendkampagnen zu einzelnen Themen wären auch möglich. Mehr vages Gerede als konkrete Aktionspläne.

Wild wedelnde mit orangefarbenen Gummihandschuhen bestückte Arme strecken sich aus zwanzig Minibussen. Im Affenzahn und unter Gejohle geht es zum community service. Die Gemeinde soll sehen, dass in Mogwase ein internationaler Jugendgipfel stattfindet. Wie die Bienen schwärmen wir an den Straßenrändern aus, um den Müll in unsere großen grauen Müllsäcke zu packen. Angesichts der Mengen von verrosteten Dosen, Papier, Glas usw. mehr Symbol als reale Säuberung. Lehrreich war es allemal: „Den Rinderdung bitte liegen lassen, der wird fürs Feuermachen und Färben gebraucht.“

Als abends die „Queen“ uns noch musikalisch einheizt, klingt wahrlich nur noch Musik in meinen Ohren. Die Rhythmen sind zur Dauerbegleitung geworden. Den Namen der „Queen“ - so nennt sie sich selbst - hab ich leider vergessen, aber sie ist wohl die populärste Pop-Sängerin von Südafrika. Das Beste: sie sang und tanzte mitten in der Menge.

Ach ja, da war doch was. So ganz im



Über die Gewalt
Der reissende Strom
wird gewalttätig genannt,
aber das Flussbett, das ihn
einengt,
nennt keiner gewalttätig.

Bert Brecht

Dunkeln erinnern sich die Organisatoren daran, dass der Jugendgipfel zu einer Deklaration führen sollte. Also packen wir es 36 Stunden vor der geplanten Abreise mal an. Der Prozess wurde spontan aus der Luft gegriffen, was sich böse auszahlen sollte. In regionalen Gruppen sammelten wir Input. In der Regel lehnte es sich an den Entwurf der politischen Deklaration von Bali an. In thematischen Arbeitsgruppen wurden dann Themen wie Gesundheit, Armutsbekämpfung, Konsum, Energie, Governance usw. ausgearbeitet. Jede Regionalgruppe ernannte einen Vertreter für die drafting commission - ich habe die westeuropäische Gruppe vertreten. Von mittags um zwölf bis abends um zehn haben wir nahtlos an der Integration aller Inputs - sprich regional und thematisch - gearbeitet. Es war großartig, mit Clarisse aus Kanada, Julia aus Rußland, Irene aus Kolumbien, Innocent (ja er heißt in der Tat "Unschuldig") aus Nigeria und einem südafrikanischer Vertreter, dessen Name ich bis heute nicht schreiben kann, an der Deklaration zu arbeiten (Asien war leider auf dem Youth Summit nicht vertreten). Noch kurz bevor ich ins Bett falle, meldet der Flurfunk morgen solle ein game drive, eine Art Safaritour, stattfinden. Also hieß es um sechs Uhr Betten lüften. Und in der Tat warteten offene Jeeps auf uns. Um die zwanzig Leute waren wir, die dann in Richtung Pilanesberg Game Resort aufbrachen. Der Fahrtwind war brutal kalt. Ohne die Sonne kann es gerade im Nordwesten starke Temperaturabstiege geben.

In einer goldbraunen sanften Hügellandschaft mit einigen grünen Tupfen begrüßen uns Elefanten, Giraffen, Zebras, Paviane, Nashörner, Nilpferde, wilde Schweine, Antilopen, Büffel - die haben wir zumindest gesehen. De facto beherbergen die 550 km² des Parks viele weitere Tiere, allen voran die „Big five“. Dazu gehören neben Elefant, Büffel und Nashorn auch Löwe und Gepard. Die Zeit rennt uns davon, mittags soll es zurück nach Joburg gehen. Im Plenum stellen wir unseren draft vor. Ein Meer an Händen schießt empor und mein

Blutdruck gleich mit, es gibt tausend Veränderungsvorschläge, vor allem von afrikanischer Seite. Über Mittag arbeiten wir in Klausur alle schriftlich eingereichten Vorschläge ein. Nach dem Prinzip „take it or leave it“ wird jede Veränderung abgehakt. Doch Theorie und Praxis sind zweierlei. Dem Diskussionsdrang vieler Südafrikaner können wir uns nicht verschließen und der ein oder andere Punkt wird wieder aufgemacht. So geht es recht gut voran, bis von Yoliswa, der südafrikanischen Co-Moderatorin des Youth Caucus, der Vorschlag kommt, wir sollten ein eigenes Kapitel zu „Solidarität“ eröffnen. Sie zählt vom Nahost-Konflikt über den Konflikt in der West-Sahara und die politische Unterdrückung in Swaziland ein Dutzend Konflikte auf; alle sollen explizit erwähnt und einseitig Partei genommen werden. Amerika geht eigene Wege: Lauren, die US-Jugenddelegierte, reicht beim drafting committee schriftlich ein, dass sie nicht hinter dieser Deklaration stehen könne. She feels sorry for „being so „American“.

Anyway: viele der Nicht-Afrikaner wollen nicht mehr mitziehen, entziehen sich der heftigen Diskussion. Durch Lautstärke will eine kleine afrikanische Delegation die Deklaration verabschieden, der Bus läßt den Motor warmlaufen. Uns, sprich der drafting commission, bleibt nur festzustellen: es gibt keine gemeinsame Deklaration, zumindest sind das Solidaritätskapitel und der abschließende Absatz noch nicht beschlossen worden. Ungefähr zehn afrikanischen Jugendfunktionären geht der Hut hoch. Wut entbrannt stürmen sie unseren Tisch, verlangen die Deklaration auf Diskette, bezichtigen uns des Amtsmissbrauchs, des Respektlosigkeit gegenüber dem südafrikanischen Chair, der den Beschluß der Deklaration eigenmächtig festgestellt hat. Es fließen erste Tränen, eine ganz tough Gruppe macht sich an meinem Laptop zu schaffen. Fast fluchtartig packen wir unsere Sachen und ab in den Bus.

Mehr als sechs Stunden werden wir durch die Nacht gekarrt und morgens um 1:30 Uhr mitten in Joburg ausgesetzt, im Hintergrund tönt das welcome concert im Stadium. Ein waschechter Joburger rät uns nur, uns nicht vom Fleck zu bewegen und als Gruppe zusammen zu bleiben. Irgendwann komme ich dann per Taxi in das Delegationshotel. Geschafft!

Was liegt hinter mir? Sicherlich ein großartiges Multikulti-Abenteuer nicht ohne in
(weiter auf Seite 41)

(Jugendgipfel... Fortsetzung von Seite 40)

tensive politische Auseinandersetzung. In kurzen Konfrontationen haben sich die Differenzen explosionsartig ausgedrückt. Wir haben uns alle in das Experiment geschmissen, als globale Jugend mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen. In weiten Teilen zu ökologischer Gerechtigkeit und zum Nord-Süd-Ausgleich stimmen wir überein, aber ad hoc lassen sich auch unter uns nicht über alle Gräben Brücken schlagen. Es war ja auch mutig: weit über die Themen des Gipfels hinaus haben wir unsere Vorstellung einer generationengerechten Weltpolitik

am Reißbrett skizziert, sozusagen der Rundumschlag.

Konflikte sind catchy. Deshalb berichte ich hier darüber, deshalb nimmt die Presse sie gleich neugierig auf. Doch der bei weitem größte Teil des Jugendgipfels waren wunderbare gemeinsame Gespräche, Gejohle und Tanz - das darf nicht vergessen werden.

Vielleicht liegt der Sinn des Youth Summit ja auch gerade in diesen Erlebnissen. Aus einem Englisch-Sonnen-Rhythmus-Rausch rutsche ich mehr in den Joburg-Gipfel hinein, als dass ich einen bewußten Schritt von einer profun-

den Vorbereitung zum Gipfel selbst tue. Aber wie bringt es Howard vom European Youth Forum so schön auf den Punkt:

„We are at a global meeting. We have to understand the logic of illogic.“

Jonas Meckling war als Jugendvertreter Mitglied der offiziellen deutschen Johannesburg-Delegation. Er ist Mitgründer des Jugendbündnis für Johannesburg und Vorstandsmitglied bei Futur X



So viel Hoffnung, so viele Gefahren - Impressionen aus Südafrika,

von Jörg Tremmel

Wer nur vom 26.8.-4.9.2002 auf dem World Summit war, hat von Afrika noch nichts gesehen. Die folgenden Schnipsel sollen dem Leser ein einzigartiges Land näher bringen, das nicht nur die Wiege der Menschheit war, sondern in vielerlei Hinsicht auch ein Blick in ihre Zukunft sein könnte.

Die Rassenfrage

Man kann nicht durch Südafrika reisen, ohne an jeder Ecke auf die Rassenfrage gestoßen zu werden. Es hilft auch nichts, sich um das Issue herumschleichen zu wollen, denn die Südafrikaner reden selbst dauernd davon und benutzen für sich selbst täglich Ausdrücke wie ‚Blacks‘, ‚Colored‘ (die Nachfahren der Verbindungen von Ureinwohnern mit anderen Gruppen), ‚Indians‘ (Einwohner aus Südostasien und deren Nachfahren) und ‚Whites‘. Schon Jan van Riebeeck, der 1652 die erste Siedlung der Weißen errichtete, traf zwei folgenschwere Entscheidungen. Er pflanzte eine Hecke aus undurchdringlichen, giftigen Mandelbäumen, um die Grenze zwischen den Weißen und den Schwarzen abzustechen und sie getrennt zu halten. Und er importierte Sklaven als Arbeitskräfte. Im Zuge der Landnahme stopften die Weißen alle anderen Südafrikaner in Reservate bzw. Townships - ausgerottet wie in den USA oder in Australien wurde die Urbevölkerung von den weißen Siedlern nicht, darauf weisen weiße Südafrikaner gerne hin. Erst 1994 endete die Apartheid (wörtlich: Getrenntsein) zwischen den Rassen und damit die Geschichte, die Jan von Riebeeck begann. Südafrika gab sich eine neue, demokratische, farbenblinde freie Verfassung, die zu den

modernsten der Welt gehört. Das Land wachte voller Hoffnung seinen neuen Aufbruch.

Tour durch Alexandra

Die Townships werden vielen Touristen, die mit Neckermann oder TUI ins Land kommen, als Vorhöfen der Hölle geschildert, in denen Menschen in Wellblechhütten ohne Strom und fließendes Wasser hausen müssen. Wer aber die Verhältnisse in anderen Dritte-Welt-Ländern kennt, für den sind die Verhältnisse keineswegs unbekannt oder neu. Überraschend sind vielmehr die Anstrengungen, die von der Regierung unternommen werden, die Wellblechhütten durch feste Behausungen zu ersetzen. Dies hängt sicher mit dem Reichtum zusammen, der nur wenige Fahrminuten entfernt ist. Von Alex nach Sandton sind es nur 5 Autominuten (allerdings über Schnellstrassen, die ein Fußgänger schwer benutzen kann). Dieses enge Nebeneinander vom exorbitantem Luxus und krasser Armut, das es in anderen afrikanischen Ländern nicht gibt, kurbelt das soziale Gewissen an, nicht die Armut an sich. Wenn alle im Stau stehen, wird viel weniger geflücht, als wenn eine Fahrbahn rollt und die andere steht.

Kriminalität

Peter Dormehl Senior hat eine Geschichte zu erzählen, die ihm selbst unangenehm ist. Er sieht sich selbst als linken Aktivisten, der mitgeholfen hat, die Apartheid zu beenden. Er war mit dem charismatischen Steve Biko (schwarz) im Hochschul-Komitee, als dieser festgenommen und von der weißen Polizei im Gefängnis zu Tode geprügelt wurde. Pe-

ter bekämpfte die absurden Rassengesetze, in dem er in seiner Firma schwarzen Arbeitern ihren Pass im voraus unterzeichnete (was ihnen mehr Bewegungsfreiheit gab, aber verboten war), indem er eine farbige Freundin hatte (gemischtrassiger Sex und Heirat waren ebenfalls verboten). Peter wurde selbst von der weißen Polizeimacht überwacht, sein Telefon angezapft, seine Post geöffnet. Nichts davon brach ihn. Er hat das alte Südafrika überstanden. Im neuen Südafrika wurde er allerdings Opfer eines Verbrechens, von dem er sich nie ganz erholt hat. Beim Betreten seiner Firma wurde er von Schwarzen von hinten die Tür hineingestoßen, mit dem Messer verletzt, seiner Hosen entledigt und dann zum Tresor geführt. Nachdem er die Kasse ausgehändigt hatte, setzten ihm seine Peiniger die Pistole an den Kopf und diskutierten, ob sie ihn erschießen sollten. Zu seinem Glück entschieden sie sich dagegen. Es gibt heute kaum einen Südafrikaner, der nicht in den letzten 10 Jahren Opfer eines Verbrechens wurde. Viele bei uns verstehen nicht, was es für die dort lebenden Menschen heißt, dass in Südafrika die Kriminalitätsrate zwanzigmal so hoch ist wie in Deutschland. Es gab im neuen Südafrika quasi keine handlungsfähige Polizei. Die weißen Beamten waren durch die Apartheid diskreditiert und demotiviert. Ihnen Ressourcen zukommen zu lassen, war verständlicherweise nicht die erste Priorität der neuen Regierung. Aber dies hat sich geändert: Stadtteile wie Alexandra in Joburg wurden zurückerobert, in Soweto steht der Mountain of Hope, wo früher ein Gunpoint mit Morden und Ver-

(weiter auf Seite 42)

(*Hoffnung.... Fortsetzung von Seite 41*)

waltungen war, und sogar der Central Business District im Zentrum Joburgs soll sicherer geworden sein. After all, Länder mit extrem ungleicher Einkommensverteilung leiden nicht nur in Afrika unter erhöhter Kriminalität.



Downtown Johannesburg

HIV/AIDS

25% der Bevölkerung Südafrikas sind mit HIV infiziert. 25% der Bevölkerung Südafrikas sind mit HIV infiziert. Man muss es doppelt lesen, um es zu glauben. Der weitverbreitete Glaube, Sex mit einem nicht infizierten jungen Mädchen heile die Krankheit lässt immer jüngere Kinder zu Opfern werden. Jede 18 Sekunden wird in Südafrika ein Mädchen oder ein Frau vergewaltigt.

Kulturelle Unterschiede

Das besondere am schwarzen Afrika ist seine Spiritualität. Das Motto: „Discover Africa, rediscover yourself“ sollten sich manche der gehetzten, seelenlosen Bänker in den westlichen Metropolen mal zu Herzen nehmen. Aber es gibt auch Schattenseiten: Afrika ist in Traditionen verwurzelt, die Vergangenheit zählt mehr als die Zukunft. Kann die Idee der Generationengerechtigkeit hier überhaupt auf fruchtbaren Boden fallen? Manchmal erscheinen uns afrikanische Bräuche einfach nur archaisch. In manchen Ländern Afrikas werden Frauen noch beschnitten. In anderen ist es Mode, sich die Zähne abzuschleifen in einer Weise, die ein gesundes Gebiss ruiniert. In Kapstadt fehlt einigen Xhosa das letzte Glied des kleinen Fingers der linken Hand. Sie haben ihn sich amputiert, weil dies angeblich Glück bringt. Natürlich hängen nicht alle Afrikaner solchen Traditionen an. Dennoch: Wie soll ein teilweise derart irrationales Afrika im Wettlauf des 21. Jahrhunderts mithalten? Einerseits. Andererseits: Könnten Afrikaner dies angesichts von Essstörungen und Brustoperationen junger Europäerinnen nicht mit gleichem Recht über uns sagen?

Land

2002 hielten die Ereignisse im Nachbar-

land die Südafrikaner in Atem. In Zimbabwe besaßen rund 100.000 weiße Farmer den Großteil des Landes. Präsident Mugabe, ein Autokrat, der die letzte Wahl nur durch massiven Wahlbetrug gewinnen konnte, rechtfertigte die Enteignungen mit der endgültigen Aufhebung der Folgen der Kolonialzeit. Für andere Commonwealth-Leader waren es dagegen ethnische Säuberungen, weil sie sich ausschließlich gegen Weiße richteten.

Was hat das alles mit Südafrika zu tun? Nun, auch in SA gehört Weißen noch 70% des Landes, obwohl sie nur 8% der Bevölkerung ausmachen. Die Garantie der privatwirtschaftlichen Eigentumsordnung war eine Voraussetzung für einen friedlichen Übergang von der Apartheid zur Demokratie. Aber die Übergangsverfassung ist mit 2/3-Mehrheit änderbar (bei den 1999er Wahlen verfehlte der African National Congress dieses Ergebnis nur um einen Sitz) und die Jugendorganisation des ANC fordert Land. Land bedeutet für den schwarzen Afrikaner Leben (zumindest solange es keine Sozialhilfe gibt). In der afrikanischen Tradition muss das Oberhaupt jedem Bedürftigen ein Stück Land zuteilen, denn das Land gehört generell niemals einem Mensch allein, sondern stets der Gemeinschaft. Der südafrikanische Präsident Mbeki, obwohl mehrfach dazu aufgefordert, die Ereignisse im Nachbarland zu verurteilen, schwieg bisher beharrlich. Werden vielleicht schon bald auch in Südafrika die Weißen enteignet? Selbst weiße Anti-Apartheidsaktivisten sagen, dass sie, deren Familien vor 400 Jahren gekommen sind und sich ‚den weißen Stamm Afrikas‘ nennen, nicht so einfach weichen werden wie in Zimbabwe. „That would mean civil war!“ Aber wer würde ihn gewinnen? Die südafrikanische Armee, einst im Besitz von Atombomben (die erst zerstört werden mussten, bevor die Demokratie Einzug halten durfte, da die USA keine Bombe in den Händen der Schwarzen sehen wollten) hat nun natürlich schwarze Oberbefehlshaber. Die Gefahr, dass Südafrika in Blut und Elend versinkt, ist noch nicht gebannt.

Zukunft

Aber vertreiben wir die düsteren Gedanken für einen Augenblick und wenden uns dem neuen Südafrika zu, der Regenbogen Nation, der colorblind society, die gemeinsam für die Bafana Bafana (die Fußballmannschaft) oder die Springböcke (das Rugby-Team) schreit; der Nation, die vielleicht der Vorreiter für vie-

le multiethnische Staaten werden könnte, inklusive der USA, in denen auch der weiße Bevölkerungsanteil in den nächsten Jahrzehnten auf weniger als 50% schrumpfen wird. Mit einem einzigartigen Mandela gelang dem schon so häufig von Bürgerkriegen zerrissenen Land ein friedlicher Neuanfang als demokratische, nicht-rassistische Nation. Ohne das Charisma und die Weisheit diesen einen Mannes wäre dies nicht gelungen. Eine Schlüsselrolle beim friedlichen Übergang spielte die Truth and Reconciliation Commission, die von Archbishop Desmond Tutu geleitet wurde. „Without forgiveness there is no future. But without confession, there can be no forgiveness.“ Dieses Motto sicherte den Frieden, freilich um den Preis der Nichtbestrafung von geständigen Verbrechern. Ungerecht? Für europäische Maßstäbe vielleicht, aber in Afrika ist vieles anders. In keinem Kontinent schlagen sich die Menschen selbst so tiefe Wunden, und in keinem verheilen sie wieder so schnell. Auch die Wunden der Apartheid waren keine Kratzer. Wer den ANC-Mitgliedern, die einst politische Gefangene auf der berühmten Häftlingsinsel Robben Eiland waren, zuhört, der hört Geschichten von Folterungen, von auf dem Körper ausgedrückten Zigaretten. Auch Mandela, der erste Präsident des freien Südafrika und selbst 27 Jahre inhaftiert, wurde gedemütigt, aber nie gebrochen. Erweisen wir ihm die Ehre und glauben an die Zukunft der einzigen 1. Welt-Nation in Afrika, deren größte Stadt Johannesburg allein 10% des BIP des gesamten afrikanischen Kontinents (!) erwirtschaftet. Glauben wir daran, dass Südafrika farbenblind bleibt wie in dem Taumel des Aufbruchs oder dass irgendwann alle seine Einwohner in fünf Generationen durch muntere Vermischung schokoladenbraun sein werden. Glauben wir daran, dass das Problem der ungerechten Landverteilung friedlich gelöst wird.

Das häufigste Zeichen, das man in Townships sieht, ist ein nach oben gestreckter Daumen.



Einlass zum „Weltgipfel“



Das Passauer SD-Forum e.V. zieht Bilanz: „Rio 1992 + 10 = Johannesburg 2002“

Dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung mehr Bekanntheit zu verschaffen, und die wissenschaftliche Diskussion über das Thema voranzutreiben - das waren die Ziele der Veranstaltungsreihe des SD-Forum e.V. (Forum für Nachhaltige Entwicklung). Unter dem Motto „Rio 1992 + 10 = Johannesburg 2002“ organisierten junge StudentInnen und DoktorandInnen das Passauer Nachhaltigkeitssymposium, eine Reihe von Vorträgen, eine Ringvorlesung und den „Passauer Klimagipfel“.

Bereits zum zweiten Mal in Folge hat das SD-Forum e.V. am 12. Juli 2002 das Symposium „Zukunftsfähige Strategien: Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft“ an der Universität Passau veranstaltet. Auch zum diesjährigen Symposium konnten namhafte Referenten gewonnen werden: Es kamen Prof. Dr. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deut-

schen Bank, Prof. Dr. Franz Nuscheler, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden, Holger Wallbaum vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie sowie Hans Feddersen, vom Offshore-Bürger-Windpark Butendiek. In Vorträgen erläuterten sie - sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus praktischer Perspektive - vor über 100 Zuhörern ihre Standpunkte zur aktuellen Diskussion rund um das Leitbild der Nachhaltigkeit. Die Referenten machten dabei einmal mehr deutlich, wie dringlich ein zukunftsorientiertes Denken zur Bewältigung der globalen Herausforderungen heute nötig ist. In Beispielen aus der Praxis wurde schließlich gezeigt, wie Nachhaltigkeit auch in der Wirtschaft praktikabel und rentabel sein kann.

Das Symposium war der Höhepunkt einer Veranstaltungsreihe, die das SD-Forum seit November 2001 organisiert hat. Zuvor waren bereits Nancy Wimmer, Repräsentantin der Grameenbank in Bangladesh, der Bundestagsabgeordnete und forschungspolitische Sprecher von B90/DIE GRÜNEN, Hans-Josef Fell, sowie Prof. Dr. Peter Hennicke, der Präsident des Wuppertal Instituts, der Einladung des SD-Forums nach Passau gefolgt.

Aber auch regionale Akteure waren gefragt: Gemeinsam mit der Stadt Passau, dem Landkreis Passau und der Universität Passau veranstaltete das SD-Forum

im Juli diesen Jahres einen „Passauer Klimagipfel“ bei dem konkrete Handlungsempfehlungen für eine lokale Klimapolitik erarbeitet und verabschiedet wurden.

Um die Integration der Nachhaltigkeitsthematik in der Lehre zu intensivieren, organisierte das SD-Forum außerdem eine Ringvorlesung an der Universität Passau. Zehn Professoren aus verschiedenen Disziplinen nutzen dabei die Gelegenheit, die Frage „Nachhaltige Entwicklung - Strategie für das 21. Jahrhundert?“ mit einem Beitrag aus ihrer Wissenschaft zu beantworten. Die zunehmende Bedeutung einer ganzheitlichen Herangehensweise an die Thematik und der Bedarf verstärkter interdisziplinärer Kooperation an den Universitäten, aber auch die Differenzen über Fächergrenzen hinweg, traten dabei zum Vorschein. In Kürze wird das SD-Forum die Beiträge der Ringvorlesung in einem Buch veröffentlichen.

Das SD-Forum e.V. ist eine gemeinnützige Organisation, die sich lokal wie bundesweit für die Verbreitung, Diskussion und Weiterentwicklung des Konzeptes der Nachhaltigkeit durch Informationsveranstaltungen, Veröffentlichungen und Kooperation mit anderen Organisationen einsetzt. Weitere Informationen zum SD-Forum e.V. und seinen Veranstaltungen gibt es im Internet unter www.sd-forum.de oder unter sdforum@gmx.de.



David Wortmann, Norbert Walter, Claudia Striffler, Tina Einfeldt, David Jacobs, Julia Brugger und Fabian Zuber. Ausser Norbert Walter alle vom SD-Forum.

SCHÜLER DISKUTIEREN IM ROBERT-BOSCH-HAUS

Am 17.10.02 fand die Pilotveranstaltung zur neuen Reihe der Robert Bosch Stiftung (RBS) statt: 80 Schüler aus sieben Stuttgarter Gymnasien sollten, angeregt durch

einen Vortrag eines externen Referenten, einen Abend lang über ein wichtiges Thema diskutieren. Der Ort dafür war das Ehrfurcht gebietende Herrenhaus der Robert Bosch Stiftung, in dem es sich die Schüler aber schon bald bequem machten. Das Thema hatten die Fachlehrer vorher im Unterricht vorbereitet. Der SRzG-Geschäftsführer Jörg Tremmel sprach eine halbe Stunde lang zum Thema „Generationengerechtigkeit“, danach entstand eine lebhaft Diskussion. Vor allem das Thema des Wahlrechts für Unterachtzehnjährige fesselte die Schüler zunächst und sorgte für kontroverse De-

batten. Aber auch die Fragen, wie man (frau?) heutzutage Kinder mit Beruf ver-
(weiter auf Seite 44)



SRzG - Geschäftsführer Tremmel vor Stuttgarter Schülern



RBS - Geschäftsführer Dieter Berg und Jörg Tremmel

(Schüler... Fortsetzung von Seite 43)

einbaren könne, ob die Rente noch sicher sei und wie sich der Klimawandel auswirken würde, wurden im Laufe des Abends behandelt. Mehrere Schüler erklärten nach der Veranstaltung ihre Be-

reitschaft, eine YOIS-Lokalgruppe zu gründen. Wer weiß, vielleicht entsteht daraus der Keim eines Landesverbandes YOIS Baden-Württemberg?

Fazit: Gerade auch dank der perfekten Organisation und der fachkundigen Mo-

deration von Günter Gerstberger (Bereichsleiter RBS) verlebten alle Beteiligten einen sehr anregenden und angenehmen Abend, der erst spät endete. Die Robert Bosch Stiftung will die Reihe fortsetzen.

ELMAUER JUGENDDIALOG,

von Jörg Tremmel



Wanderung im Schnee

Auf Einladung der Wochenzeitung DIE ZEIT und des Freundeskreises von Schloss Elmau durften 26 junge Erwachsene eine knappe Woche (27.9.-2.10.2002) auf Schloss Elmau im Voralpenland verbringen, darunter auch ich. Die Teilnehmer des sog. Elmauer Jugenddialogs rekrutierten sich größtenteils aus Teilnehmern von verschiedenen „Jugend forscht“-Wettbewerben. Der restliche Teil wurde von deutschen Stiftungen (z.B. der Körber Stiftung) und Verbänden (Rotary etc.) vorgeschlagen. Ziel der Veranstaltung war es, ein Netzwerk entstehen zu lassen, dass etwas Positives zu Wege bringt. Dazu hatten die Veranstalter den jungen Leuten viele Freiräume gelassen, die wir u.a. zum re-

gen Gespräch während ausgedehnter Wanderungen nutzten. Äußerst interessant fand ich z.B. den Erfahrungsaustausch mit dem Vertreter von Schüler Helfen Leben (SHL) während des „Gewaltmarsches“ zur Wettersteiner Alm. SHL hat in diesem Jahr aus den Einnahmen ihres Projektes „Sozialer Tag“ - mehr als 5 Mio. Euro -, die erste „Schülerstiftung“ Deutschlands gegründet. Dem Konzept der Veranstaltung entsprechend gab es relativ wenige Vorträge, die aber waren von aller erster Güte: Jens Jessen (Feuilleton-Chef der ZEIT) sprach mit uns über Anpassungszwänge und Moralität. Prof. Dr. Christiane Nüsslein-Vollhard (Trägerin des Medizin-Nobelpreises) erläuterte, um was es bei der gesellschaftlichen Diskussion über embryonale Stammzellen und PID eigentlich geht. Pfarrer Dr. Hubert Meisinger und Physiker Dr. Jan C. Schmidt diskutierten über Glauben und Wissen. Prof. Dr. Seiler schilderte den Stand der Klimaforschung. Uwe Richardsen (Rotary) führte in die Geschichte von Schloss Elmau ein. Elmau bot etwas für Geist, Körper und Seele. Für den Geist: die

interessanten Vorträge und anschließenden Diskussionen. Für den Körper: das beeindruckende Sportangebot mit morgendlichem Schwimmen, Wanderungen und Freiluftsaua am eiskalten Gebirgsbach. Und für die Seele die Philosophie des Elmau-Gründers Johannes Müller: „Die Menschen müssen wie Kinder werden. Sie müssen ihre Hemmungen ablegen und ihre Masken fallen lassen.“ Diese Philosophie lebt Schloss Elmau, das auch normale Hotelgäste aufnimmt, u.a. durch ungezwungene Tanzabende (inklusive altfranzösischem Quadrille-Tanz), das Einbeziehen des Personals in das Kulturprogramm (Konzerte, Lesungen) und dem Vertrauen, das den Gästen entgegengebracht wird (man schreibt alle Getränke während des Aufenthaltes auf und zahlt erst bei Abreise). Das Kalkül der Veranstalter ist aufgegangen: Nach einem tränenreichen Abschied der Teilnehmer am letzten Tag übertrug sich die Begeisterung fast ungebrems ins Internet. Sofort wurde eine Mailingliste gegründet, ein Nachtreffen vereinbart. Es sieht so aus, als würde der „Clan“, der in Elmau entstanden ist, noch lange weiter existieren.

Auftritte der SRzG

Zwischen 1997 und 2003 nahmen der SRzG-Geschäftsführer Jörg Tremmel und weitere Vorstände an mehr als 150 Veranstaltungen als Redner, Vortragende, Diskutanten einer Podiumsdiskussion, Talkshow-Teilnehmer, Workshopleiter etc. teil. Eine Gesamtliste findet sich unter www.srzg.de (Publikationen, Reden). Hier einige Auszüge:

07. November 1999

„halb12- Eser und Gäste“, (ZDF, Mainz)

halbstündige Zweier-Diskussion zwischen dem SRzG-Geschäftsführer und Bundesarbeitsminister Walter Riester im TV.

14. Dezember 1999 Ringvorlesung

„Zur Jahrtausendwende. Zukunftsfragen im Dialog“ Katholische Studentengemeinde, Fachhochschule Frankfurt Thema „Was bleibt vom Sozialstaat? - Gibt es einen Generationenvertrag?“

07. Januar 2000

Baden-Badener Dialog: „Sind jung und alt noch aufeinander angewiesen?“ Sendung des Südwestrundfunk SWR, Baden-Baden. Als Studiogast zum Thema Generationenkonflikt diskutierte der SRzG-Geschäftsführer zusammen mit einem Soziologen, einem Hi-

storiker, einem Politologen und einer Altersforscherin über die sich auftuende Generationsklüfte.

01. Oktober 2000

„Markwort.neunzehnZehn“ Sendung des ZDF, München. Der SRzG-Geschäftsführer war als Studiogast eingeladen.

10. Januar 2000

Privates Gespräch über die Zukunft der Alterssicherung im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Berlin zwischen Walter Riester und 5 SRzG'lern.

06. Mai 2000

Verleihung des 36. Theodor-Heuss-Preises zum Jahresthema „Europa weiter denken - Demokratie erneuern“, Theodor-Heuss-Stiftung, Stuttgart. Der SRzG wurde eine Theodor-Heuss-Medaille verliehen. Der SRzG-Geschäftsführer und weiterer SRzG'ler nahmen an einem Abendessen im kleinen Kreis u.a. mit Bundespräsident Rau und Deutsche Bank-Chef Breuer, teil.

23.-24. Juni 2000

„Generationen im Konflikt“ 8. Jahreskolloquium der Alfred Herrhausen Gesellschaft, Berlin Veranstalter Deutsche Bank Zum Thema „Für einen neuen Generationenvertrag“ diskutierte der SRzG-Geschäftsführer mit weiteren

Teilnehmern des Kolloquiums.

15. Mai 2001

„Wer modernisiert unseren Sozialstaat?“

„Vorsicht! Friedmann“, Sendung der A.V.E. - Gesellschaft für Fernsehproduktion mbH, Frankfurt Ausgestrahlt im Hessenfernsehen und im SFB - Senderfreies Berlin. Michel Friedmann diskutierte mit Gästen darüber, wie sich das Sozialsystem effektiver und kostengünstiger gestalten lässt. Gesprächspartner waren neben dem SRzG-Geschäftsführer Peter Altmayer (CDU) und Heiko Maas (SPD).

31. Januar 2003

„The Rights of Future Generations“

Internationaler Workshop der Central European University, Budapest. Der SRzG-Geschäftsführer berichtete über die Versuche, Art. 20a des deutschen Grundgesetzes zu reformieren.

10.-12. April 2003

„Deutschland und Russland in Europa“

Petersburger Dialog, St. Petersburg. 80 Deutsche und 80 Russen, darunter auch der SRzG-Geschäftsführer, treffen sich unter dem Vorsitz von Michael Gorbatschow und unter Teilnahme von Schröder und Putin zum Dialog in verschiedenen Arbeitsgruppen.

Bike+10 - Jugendliche radeln für eine gerechtere Welt, ein Bericht der BUNDjugend

300 hochmotivierte junge TeilnehmerInnen aus acht verschiedenen europäischen Ländern radelten im August anlässlich des Weltgipfels für Johannesburg mit dem Endziel Göttingen auf vier verschiedenen Routen quer durch Deutschland.



Während der zehntätigen Radtour veranstalteten die Jugendlichen Workshops zu verschiedensten Themen rund um die Nachhaltigkeit und brachten ihre Forderungen mit bunten Aktionen, mit Straßentheater und Trommelgruppen zum Ausdruck.

In Göttingen kamen die Routen zu einem viertägigen Endcamp zusammen. Neben einer weiteren inhaltlichen Auseinandersetzung in Workshops verabschiedeten die Jugendlichen dort eine gemeinsame Resolution mit zehn politischen Forderungen an eine zukunftsfähigere Welt, die an die Presse und an die Regierungen der teilnehmenden Länder gebracht wurde; in Göttingen persönlich an Jürgen Trittin.

Die Tour wurde in ehrenamtlicher Arbeit von Jugendlichen aus verschiedenen europäischen Jugendumweltorganisationen organisiert. In Deutschland beteiligten



sich mehrere Verbände wie die BUNDjugend, welche die finanzielle Träger-schaft für das gesamte Projekt übernommen hat, die Naturschutzjugend, und die Grüne Liga Berlin an Bike+10 sowie Einzelpersonen, die keinem Verband angehören. Zielgruppe waren Jugendliche im Alter zwischen 16 und 25 Jahren.

„Wir sind diejenigen, die morgen die Entscheidungen von heute zu tragen haben“, sagt Christine Lübbert, eine der Hauptorganisatorinnen von Bike+10. „Wir fordern aber nicht nur intergenerative, sondern auch intragenerative Gerechtigkeit, die eine Gleichbehandlung von Nord- und Südländern zugrundelegt.“, fährt Christine fort. „Dazu gehört ein Wandel des Lebensstils in den Industrieländern genauso wie eine Wiedergutmachung der ökologischen sowie sozialen Schuld gegenüber vielen Südländern, unter anderem durch einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder der Welt.“

Die RadlerInnen befürchten außerdem, dass der Konferenz in Johannesburg eine Definition der nachhaltigen Entwicklung zugrundegelegt wird, in der eine ökonomische Entwicklung kri-

tiklos als Allheilmittel über Ökologie und soziale Gerechtigkeit gestellt wird. „Nur der Erhalt einer intakten Umwelt sowie eine gerechte Verteilung aller Güter garantieren ein gleichberechtigtes und menschenwürdiges Zusammenleben aller Menschen auch in der Zukunft“, so Christine.

Die Fahrradtour war ein voller Erfolg. Inzwischen liegt nicht nur Bike+10, sondern auch der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung einige Monate zurück. Die Bilanz ist auch unter Berücksichtigung, was ein solches Treffen der Superlative zu leisten in der Lage ist, zweifelhaft. Es liegt nun im weiteren Prozess vor allem an den einzelnen Ländern selbst, die schönen Worte mit Inhalt zu füllen und die wenigen konkreten Beschlüsse durchzusetzen.



Mareike Himme, Bike+10

Für weitere Informationen:

Bike+10
Rothenburgstr.16
12165 Berlin
www.bike10.org
Telefon: 030 275 865 85 (BUNDjugend)
Email: presse.bundjugend@bund.net

„Alle durchgefallen“

Eine Analyse der Parteiprogramme von YOIS - Deutschland,
von Wolfgang Gründinger

Alle sind sie durchgefallen. Da konnte die SPD noch so sehr das Leitbild der Nachhaltigkeit als ihren roten Faden anpreisen, da konnte die Union noch so sehr auf ihre angebliche Vorreiterrolle beim Klimaschutz pochen: Den knallharten Analysen von YOIS fielen alle hohlen Phrasen zum Opfer. Über 50 Ju-



FDP-Abgeordnete Gudrun Kopp nimmt Stellung

gendliche, Teilnehmer des Politiktest-Kongresses von YOIS, waren am ersten August-Wochenende aus ganz Deutschland nach Berlin gekommen, um in der Hansa-Schule im Bezirk Tiergarten die Wahlprogramme der Bundestagsparteien auf ihre Zukunftstauglichkeit zu prüfen.

(weiter auf Seite 46)

(Politiktest... Fortsetzung von Seite 45)

Doch das Nachhaltigkeitsiegel konnte keiner einzigen Partei verliehen werden.

Ein Parteibuch besitzt praktisch niemand

In zwei Mal vier Stunden Arbeitsgruppensitzung zu den Ansprüchen an eine generationengerechte Politik in den Bereichen Bildung, Globalisierung, Staatsverschuldung, Umwelt und Jugendpolitik nehmen die Politiktester die Wahlprogramme auseinander. Sie wollen rausfinden, welche Partei am ehesten ihren Ansichten und Interessen entspricht. Ein Parteibuch besitzt praktisch niemand. Die Teilnehmer führen Grundsatzdiskussionen. Sind Studiengebühren gerecht? Was ist mit der Absenkung des Wahlalters? Sofortausstieg aus der Atomkraft oder langfristiges, geordnetes Ende? Das braucht Zeit. Doch die fehlt. Am Ende einigt man sich in jedem Arbeitskreis auf zehn Forderungen, die Schritt für Schritt an den Wahlprogrammen abgeprüft werden. Volle Punktzahl, wenn die Forderung vollständig erfüllt wird. Weniger Punkte, wenn sie nur zum Teil erfüllt wird. Null Punkte, wenn sie nicht erwähnt wird. Und Minuspunkte, wenn genau das Gegenteil verlangt wird.



Radiointerview mit einem Politiktester

Wie viele Punkte man jeweils gibt, muss immer wieder mühevoll ausdiskutiert werden. Die Politiktester wollen das höchste Maß an Objektivität, das sie erreichen können. Denn an den Ergebnissen ihrer Analysen werden auch sie ihre Entscheidung ausrichten, wo sie ihr Kreuz am 22. September machen. Schließlich sind die meisten von ihnen Erstwähler.

Schlechte Noten

Nach stundenlangen Diskussionen tragen die fünf Arbeitskreise ihre Auswertungen zusammen. Die Ergebnisse sind ernüchternd. Keine Partei hat in keinem der fünf Themenfelder auch nur annähernd die volle Punktzahl erreicht. „Die Ergebnisse sind katastrophal“, erklärt YOIS-Vorsitzende Maike Sippel enttäuscht. „Nach den Kriterien der Gene-

rationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit besteht keine Partei diesen Politiktest.“ Von den 200 Punkten, die in den insgesamt fünf Feldern zu vergeben waren, haben die Grünen gerade die Hälfte bekommen (107), die SPD 67, die PDS 66, die FDP 50 und die CDU 18.

Im Bereich Umwelt wurde das Programm der Grünen favorisiert, das ein weitgehend schlüssiges und consequentes Konzept zum Schutz des Erdklimas, zur nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft und zum Schutz der Böden beinhaltet.

Bei der Gestaltung zukunftsfähiger Rahmenbedingungen für die Globalisierung weisen die Grünen und die PDS die umfassendsten und fortschrittlichsten Konzepte auf. So favorisieren beide Parteien ein europäisches Wertemodell angelehnt an eine ökosoziale Marktwirtschaft. Keine Partei hat sich für die Schaffung von Bewusstsein für die Globalisierungsproblematik in der Bevölkerung ausgesprochen. Die CDU/CSU erweckt mit ihrem Wahlprogramm den Eindruck, als hätte sie auf dem Gebiet der Global Governance nahezu keine Kompetenzen.

Bei der Staatsverschuldung rangieren die Liberalen vorn, weil sie anders als die anderen Parteien konkret sagen, wie sie die Staatsverschuldung zurückführen wollen: durch Subventionsabbau, effizientere Verwaltung und das Schließen von Steuerschlupflöchern.

In der Bildungspolitik schnitten wiederum die Konzepte von Liberalen, Grünen und PDS am besten ab. Dennoch konnte keine der Parteien ein überzeugendes Konzept für ein zukunftsfähiges Bildungssystem präsentieren. Das Klassenziel wurde in Sachen Bildung verfehlt, die Parteien müssen nachsitzen.

In der Kinder- und Jugendpolitik haben von allen Parteien die Grünen in ihrem Wahlprogramm die deutlichsten Aussagen gemacht, weil sie die Kinder und Jugendlichen als vollwertige Mitglieder der

Gesellschaft sehen und konkrete Maßnahmen zu deren Förderung vorschla-



Der AK Globalisierung in reger Diskussion

gen. Zudem hätten alle Parteien das Armutsrisiko von Kindern erkannt, schla-

gen aber nicht immer die erfolgversprechenden Maßnahmen vor.

Das schöne Wetter ließ manchmal Urlaubsgefühle



aufkommen

„Wir sind trotzdem nachhaltig“

Am Sonntag begrüßen die Politiktester die Vertreter der Parteien, um sie mit ihren Ergebnissen zu konfrontieren. Man erwartet Antworten. Bundesjugendministerin Christine Bergmann erscheint, die sich aber erst einmal setzen muss, um den Zettel mit dem „ausreichend“ für die SPD zu studieren.

Christine Bergmann streitet nichts ab und korrigiert nichts. Als erstes lobt sie: „Ich freue mich, dass Sie sich an so einem schönen Sonnentag hinsetzen und sich mit den Wahlprogrammen auseinandersetzen.“ Die Frage, warum die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Politik nicht zu finden sei, kontert sie: „Wichtig ist doch, dass wir es machen.“

Das ist auch die Ausrede aller anderen Parteivertreter: „Zwar stehen Ihre Forderungen nicht im Wahlprogramm, aber trotzdem machen wir eine nachhaltige Politik“, meint etwa Volker Liepelt, der die CDU/CSU vertritt. Niombo Lomba vom Bundesvorstand der Grünen, FDP-Abgeordnete Gudrun Kopp und PDS-Abgeordnete Gesine Löttsch sagen das Gleiche. Jede Partei ist also nachhaltig. Leider steht davon nichts im Programm.

Pressestimmen

„Schlechte Noten für Wahlprogramme“ (Die Welt)

„Jugendliche Politik-Tester kritisieren Wahlprogramme“

(Berliner Morgenpost)

„Miserables Zeugnis“ (taz)

„Schlechte Noten für die Wahlprogramme“ (Rheinpfalz)

Wolfgang Gründinger,
Vorstand von YOIS-
Deutschland



Interna SRzG

Vorstellung der SRzG	47
Fortsetzung Handbuch SRzG (mit Bestellgutschein)	47
Neues Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der SRzG	51
Neue Mitarbeiter	51
Stellenanzeigen	52
Nachhaltigkeitslexikon im Internet	53
Aktivitäten des AK Rente	54

SRzG

Wer sind wir?

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist ein gemeinnütziges Forschungsinstitut an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Durch ihre praxisnahe Forschung vertieft sie das Wissen um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Junge Wissenschaftler aus verschiedenen Fachbereichen arbeiten in der SRzG an interdisziplinären Projekten. Als 'advokatorische' Denkfabrik versucht die SRzG aber auch, in der Politik Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu schaffen. Die Veränderung der Gesellschaft, nicht ihre bloße Beschreibung, bleibt das Ziel. Mehrere hundert Förder-Mitglieder, die bei der SRzG weit mehr Mitwirkungsmöglichkeiten haben als bei Förderkreisen deutscher Stiftungen üblich, sichern die finanzielle Basis der Stiftung und damit ihre Unabhängigkeit.



Was wollen wir?

In einer Zeit, in der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit als Schlagworte immer stärker aufgegriffen werden, ist eine seriöse, wissenschaftliche und handlungsorientierte Aufklärung wichtiger denn je. Generationengerechtigkeit ist für uns erreicht, wenn die Chancen zukünftiger Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der heutigen Generation. Dem Konzept liegt der Gedanke zugrunde, dass man nicht auf Kosten seiner Nachkommen leben sollte.

Was sind unsere Aktivitäten?

Die SRzG organisierte zahlreiche Symposien, Kongresse und Tagungen, darunter einen einwöchigen Kongress mit 300 jungen Entscheidungsträgern aus ganz Europa auf der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover. Sie gibt allgemeinverständlich geschriebene Bücher (z.B. das „Handbuch Generationengerechtigkeit“) und Positionspapiere heraus, die mit klaren Empfehlungen und möglichen Zukunftsszenarien abschließen. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehören u.a. Ökologiepolitik, Finanzpolitik, Rentenpolitik, Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Gesundheits- und Biopolitik, Jugendpolitik und Friedenspolitik.

Außerdem veröffentlicht die SRzG eine Zeitschrift namens „Generationengerechtigkeit!“, die mehrere tausend Entscheidungsträger von heute und morgen erreicht (alle Bundestagsabgeordnete, zahlreiche Manager, Journalisten und Professoren, 3000 Studenten aus verschiedenen Fachgebieten, darunter viele Stipendiaten).

Durch einen Generationengerechtigkeits-Preis in Höhe von 8000 Euro werden junge Wissenschaftler angeregt, sich mit Zukunftsthemen zu beschäftigen. Die bisherigen Preisfragen lauteten: „Wie kann ökologische Generationengerechtigkeit stärker im Grundgesetz

verankert werden?“ (2001/2002) und „Inwieweit ist Generationengerechtigkeit eine Aufgabe von Unternehmen?“ (2003/2004).

Zahlreiche Politiker ließen sich von der SRzG in Fragen der Generationengerechtigkeit beraten, darunter Walter Riester (Rentenreformgesetz), Herta Däubler-Gmelin (Aufnahme von Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz), Johannes Rau, Guido Westerwelle, Horst Seehofer, Rita Süssmuth und Rezzo Schlauch.

Wer unterstützt uns?

Unterstützt wird der Vorstand der SRzG durch ein Kuratorium, dem Prof. Dr. Rolf Kreibich, Prof. Dr. Ortwin Renn, Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher, Dr. Martin Thunert und Dr. Jürgen Borchert angehören.

Außerdem existiert ein wissenschaftlicher Beirat, der weltweit einflussreiche Wissenschaftler vereint, sowie ein Unternehmerbeirat, der sich aus Unternehmerpersönlichkeiten mit ökologischem und sozialem Gewissen zusammensetzt.

Ehrungen

Für ihre Arbeit wurde die SRzG im Mai 2000 mit der Theodor-Heuss-Medaille und im November 2001 mit der Bürgermedaille der Stadt Oberursel ausgezeichnet.

Wir brauchen Sie!

Wir suchen Mitstreiter und Mitstreiterinnen, die mit uns vernünftige Lösungsansätze entwickeln und durchsetzen. Gerne senden wir Ihnen ein Infopaket zu oder die letzten Ausgaben der Zeitschrift "Generationengerechtigkeit!". Sie finden kompakte Informationen über uns in deutsch und englisch auch auf unserer Webseite www.srzg.de

Werden Sie Förder-Mitglied der SRzG und machen Sie mit uns die Welt ein bisschen generationengerechter!

(Handbuch... Fortsetzung von Seite 1)

Wenn die jüngere Generation in der Rentenversicherung schlechter dasteht als die ältere? Vertreter der älteren Generation können kontern: Ist es etwa gerecht, dass Ältere in ihrer Jugend selten in Urlaub fahren und noch seltener studieren konnten? Dass junge Start-Up-Unternehmer zu Zeiten des Internet-Booms

schon mit 25 Multimillionäre werden konnten? Dass die Nachkriegsgeneration in Arbeitswochen von bis zu 80 Stunden die Trümmer wegräumen und aus dem Nichts wieder anfangen musste? Sicher kann man keiner Seite einfach den Standpunkt absprechen.

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist ein gemeinnüt-

ziger Think-Tank und gibt Bücher zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen heraus. Dieses interdisziplinäre Fachbuch, an dem Soziologen, Juristen, Philosophen, Ökonomen, Psychologen und Mediziner mitgewirkt haben, soll die Diskussion über Generationengerechtigkeit untermauern und anreichern, aber

(weiter auf Seite 48)

**ökom Verlag –
Wir publizieren Zukunft**



Handbuch Generationengerechtigkeit

Strahlender Atommüll, steigende Meeresspiegel, ausufernde Staatsverschuldung: Wir leben auf Kosten unserer Kinder. Zeit für eine Ethik, die die Rechte künftiger Generationen berücksichtigt. Unser neues Denken müsse auch über das hinausgehen, was heute als ökologische Krise umschrieben wird, fordert die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Und entwirft gemeinsam mit Soziologen, Juristen, Philosophen und Ökonomen konkrete Konzepte für unterschiedliche Gesellschafts- und Politikbereiche. So entsteht aus dem Nachsinnen über ethische Grundsätze ein politisches Programm für eine generationengerechte Welt.

Herausgeber: Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen
ökom Verlag, München 2003
520 Seiten, ISBN 3-936581-09-6
25,00 Euro (zzgl. Versandkosten)

www.oekom.de

Erhältlich bei pan adress
Semmelweisstraße 8, D-82152 Planegg
Fon ++49/(0)89/8 57 09-155
Fax ++49/(0)89/8 57 09-131
E-Mail kontakt@oekom.de

Interna SRzG

(Handbuch... Fortsetzung von Seite 47)

auch zum Engagement im Sinne der Generationengerechtigkeit motivieren.

Philosophische Wurzeln und Klärung der Begriffe

Im ersten Teil des Buches werden die Begrifflichkeiten geklärt und die Wurzeln der Idee der „Generationengerechtigkeit“ aufgespürt. Die Forderung nach einer neuen, die Rechte nachrückender Generationen berücksichtigenden Ethik findet sich in philosophischen, religiösen und weltanschaulichen Ansätzen unterschiedlichster Art. Der Grundlagenteil wird eröffnet durch einen Beitrag von Jörg Tremmel, der in das Konzept der „Generationengerechtigkeit“ einführt und die begrifflichen Grundlagen erläutert. Darin enthalten ist eine Abgrenzung zum überlappenden Konzept der „Nachhaltigkeit“. Beide Definitionen werden nach einem umfassenden Kriterienkatalog vorgenommen. Anschließend werden die Konzepte der „Nachhaltigkeit“ und der „Generationengerechtigkeit“ verglichen und auf ihre Leitbildfähigkeit hin geprüft.

Der Beitrag von Dieter Birnbacher konstatiert eine bemerkenswerte Akzentverschiebung: Das Denken ging bis in die 1960er Jahre wie selbstverständlich davon aus, dass es die kommenden Generationen besser haben würden als die Lebenden. Inzwischen ist das Bild von den „verhätschelten Erben“ ersetzt worden durch die Sorge, dass zukünftige Generationen in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht Opfer kurzfristiger Politik der heutigen Generationen werden könnten. Damit dehnt sich die Reichweite der Verantwortung für die heute Lebenden aus. Eine solche, erstmals von Hans Jonas geforderte Fernethik begegnet allerdings auch zahlreichen Einwänden. Mit diesen, etwa der Festlegung ihres genauen Inhalts, dem Diskontierungs- und dem Motivationsproblem, setzt sich Birnbacher auseinander.

Die Explikation des Begriffs „Gerechtigkeit“ ist im Rahmen der Diskussion über den zusammengesetzten Ausdruck „Generationengerechtigkeit“ essentiell, daher ist ihr der folgende Beitrag von Christoph Lumer gewidmet. Lumer erläutert zunächst fünf Prinzipien der Gerechtigkeit (Ethischer Hedonismus, Benefiziaruniversalismus, Bedürfnigkeitsprinzip, Prinzip des begrenzten Engagements, Effizienzprinzip), anschließend geht er auf die intergenerationelle Sparrate ein, die aktuell sinkt. Aus diesem

Interna SRzG

Sachverhalt leitet er unter Anwendung der Gerechtigkeitsprinzipien ab, welche Handlungsfelder für ethisches Handeln prioritär sind.

Von vielen Wissenschaftlern wird die Umweltzerstörung als das weitreichendste und damit schwerwiegendste Problem angesehen, welches zukünftige Generationen erben werden. Vittorio Hösle geht in seinem philosophischen Beitrag folglich von dieser Perspektive aus an die Problematik heran und fordert einen Bruch mit dem alten Denken, um unsere Welt überlebensfähig zu machen. Die Idee der Generationengerechtigkeit sei durchaus eine Diskontinuität in der Geschichte der Ethik. Die gewaltigen Umweltprobleme können nur gelöst werden, wenn die Menschheit ihren Umgang mit der Natur auf eine neue ethische Basis stellt. Wie der Beitrag der Philosophie wie auch die Einzelwissenschaften dazu aussehen kann, erörtert Hösle im Detail. Yvonne Russel, Elisabeth Kals und Leo Montada beleuchten in ihrem Beitrag aus psychologischer Sicht, ob die heutigen Handlungen als Verstoß gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit wahrgenommen werden. Die Frage, was die Gegenwärtigen zu generationengerechtem Handeln motivieren kann, ist eine der zentralen Fragestellungen im Zusammenhang mit Zukunftsverantwortung. Wahrgenommene Ungerechtigkeit bzw. Gerechtigkeit beeinflusst Handlungsentscheidungen in hohem Maß. Wird z.B. eine Verteilung (von Wohlstand, Chancen oder Lasten etc.) als ungerecht erlebt, so sind wir oftmals bemüht, diese erlebte Ungerechtigkeit durch unsere Handlungen zu korrigieren. Russel, Kals und Montada behandeln die (Un)Gerechtigkeit der Kosten- und Nutzenverteilungen verschiedener Generationen am Beispiel der Kohlendioxidbelastung der Atmosphäre. Ihre empirische Studie weist nach, dass in der Bevölkerung ein Bewusstsein für Fragen intergenerationeller (Un)Gerechtigkeit existiert oder leicht geweckt werden kann. Eine theologische Perspektive bringt der Beitrag von Andreas Scherbel ein. Scherbel untersucht, inwieweit die monotheistischen Religionen Christentum, Islam und Judentum Anknüpfungspunkte an das Konzept der Generationengerechtigkeit enthalten. Auch wenn theologische Begründungsansätze es in unserer säkularen Gesellschaft schwer haben, so ist es nach Scherbel sicher nicht wider die Vernunft, sich von dem jahrtausendealten Erfahrungswissen religiöser Basistexte

(weiter auf Seite 49)

Interna SRzG

(Handbuch... Fortsetzung von Seite 48)

ansprechen zu lassen. Wer weltweit eine Zukunftsethik zum Vorteil kommender Generationen begründen will, der darf den Schöpfungsglauben der Weltreligionen nicht außer acht lassen.

Generationengerechte Politiken

Der zweite Teil des Buches untersucht, wie generationengerechte Politiken, durchgeführt von der heute regierenden Politikergeneration, konkret aussehen könnten. Dabei bezieht sich das Buch auf zahlreiche Bereiche, die das Verhältnis der Generationen untereinander betreffen: Umwelt-, Finanz-, Bildungs-, Kultur-, Gesundheits- und Energiepolitik.

Für den Politikologen Heinz Theisen ist Kurzfristigkeit das Merkmal unserer Zeit. In unserer hedonistischen Gesellschaft werde jeder Tag gelebt, als sei es der letzte; dies gelte für die Politik und erst recht für den Markt. Besorgt konstatiert Theisen, dass die Zivilgesellschaft das herrschende Paradigma der Kurzfristigkeit auch nicht allein überwinden kann. Benötigt wird seiner Ansicht nach eine „gute Gouvernanz“, um dem Trend entgegenzusteuern. Anders als beim klassischen „Government“, welches lediglich das politisch-administrative System meint, geht es bei Governance um die Interaktion von Staat, Markt und Gesellschaft. Dieses neue Modell könnte dazu führen, dass die Politik - in allen Feldern - generationengerechter wird.

Wie eine generationengerechte Umweltpolitik aussehen könnte, beschreibt Rolf Kreibich im folgenden Beitrag. Kommende Generationen müssen in der Lage sein, die ökologische Leistungsfähigkeit des natürlichen Kapitals in gleicher Weise in Anspruch zu nehmen wie wir heute. Dies setzt einen bestimmten Um-

Interna SRzG

gang der Heutigen mit nicht-erneuerbaren Ressourcen, nachwachsenden Rohstoffen und Stoffeinträgen in die lebensnotwendigen Medien voraus. Wichtige Trends sind dabei die Globalisierung der Umweltprobleme wie auch der Umweltpolitik. Kreibich skizziert vier Zukunftsstrategien für konkrete Aktionen auf allen Handlungsebenen und in allen Handlungsfeldern.

Der ebenfalls intensiv diskutierte Bereich einer generationengerechten Finanzpolitik wird von Andreas Becker abgedeckt. Der Autor stellt in seinem Beitrag Grundsätze für eine generationengerechte Finanzpolitik auf. Diese umfassen neben dem Thema Verschuldung auch die Einnahmen- und Ausgabenpolitik. Besonderes Merkmal des Beitrags ist, dass er die Generationengerechtigkeit der Finanzpolitik nicht isoliert an fiskalischen Größen misst, sondern indirekt auch die Wirkung dieser Politik auf andere Bereiche einbezieht - über die Entwicklung des ökologischen und sozialen sowie des Sach- und Bildungskapitals.

Daniel Memmert stellt das deutsche Bildungssystem auf den Prüfstein. Es sind die mittlere und die ältere Generation, die über das Wesen der Ausbildung der jüngeren Generation bestimmen. Sie legen Lehrinhalte, Personalstrukturen, zeitliche Umfänge und Qualifikationsrichtlinien fest. Wollen die mittlere und die ältere Generation generationengerecht handeln, so müssen sie die späteren Rahmenbedingungen nachrückender Generationen so gut wie möglich antizipieren. Memmert analysiert drei Lehrinstitutionen (Tageseinrichtungsstätten, Schulen und Hochschulen) hinsichtlich ihrer Generationengerechtigkeit anhand von aussagekräftigen Indikatoren.

Der folgende Beitrag von Martin Woest-

„Über eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Generationen immer wieder neu nachzudenken und zu handeln, gehört zu den Wesensmerkmalen seriöser und verantwortungsbewusster Politik. Mit dem ‚Handbuch Generationengerechtigkeit‘ legen die Autoren umfassend und engagiert dar: Wir dürfen nicht auf Kosten derer leben, die nach uns kommen. Auch unsere Kinder haben ein Recht auf gesunde Staatsfinanzen, soziale Sicherheit und eine intakte Umwelt. Ihnen sind wir verpflichtet.“

C. Wulff, Ministerpräsident von Niedersachsen

meyer untersucht, inwieweit Kultur an Generationen gebunden ist. Es gibt neben rein zeitlichen auch eine soziologische Bedeutung des Wortes „Generation“. In soziologischer Hinsicht umfasst eine Generation eine Gruppe von Menschen, die durch eine bestimmte Epoche geprägt sind und dadurch einen bestimmten Kanon von Überzeugungen und kulturellen Werten teilen (z.B. die „68er-Generation“, „die 89er-Generation“). Die Fragen, die Woestmeyer in seinem Beitrag beantwortet, lauten: Wie wird Kultur zwischen Generationen vermittelt und wie kann Kultur zwischen Generationen vermitteln? Ist Kulturpolitik überhaupt ein zulässiges Politikfeld in der Auseinandersetzung um Generationengerechtigkeit?

Um eine generationengerechte Gesundheitspolitik geht es im nächsten Beitrag von Angelika Werner und Thomas von Lengerke. Die Autoren stellen zunächst zwei Facetten des Begriffs ‚Gesundheit‘ (Pathogenese & Salutogenese bzw. positive & negative Gesundheit) vor und betonen die Bedeutung individueller Lebensstile für den Erhalt von Gesundheit bzw. die Entstehung von Krankheit. Im zweiten Teil wird die Bevölkerungsentwicklung als Ursache vieler Probleme ei-

(weiter auf Seite 50)

GUTSCHEIN und BESTELLSCHHEIN

Wir möchten den Fördermitgliedern der SRzG, von denen uns eine Einzugsermächtigung vorliegt, ein besonders günstiges Angebot machen.

Wenn Sie das Buch direkt beim ökom Verlag zum Normalpreis kaufen, erhalten Sie beim nächsten Abbuchen der Förderbeiträge (im nächsten Dezember) eine Gutschrift in Höhe von 10 Euro! Sie sparen also 40%!!!

Beispiel: Wenn ihnen normalerweise

25 Euro abgebucht werden, so sind es beim nächsten Mal dann nur 15 Euro! Dieses Angebot gilt nur bei vorliegender Einzugsermächtigung. Wir bitten alle Fördermitglieder, die das noch nicht getan haben, uns eine Einzugsermächtigung auszustellen. Dies erspart uns teure Mahnbriefe und ihnen den Weg zur Bank.

Was muss ich jetzt genau tun?

Bitte füllen Sie zunächst die Rückseite dieses Gutscheins aus. Zum Kauf des Handbuchs (für den vollen Preis) senden oder faxen Sie diesen Gut-

schein an den ökom Verlag (Waltherstr. 29, 80337 München, Fax: 089-544184-49). Wenn Sie das Buch über das Internet kaufen wollen (www.oekom.de/verlag/german/books/generationen_index.htm), schicken Sie bitte ebenfalls den Schein an den ökom Verlag, ihr Internetkauf wird dann vom ökom Verlag darauf registriert.

(bitte wenden)

(Handbuch... Fortsetzung von Seite 49)

ner zukünftigen generationengerechten Gesundheitspolitik beschrieben. Als Folgen der alternden Gesellschaft werden dabei die zunehmende Häufigkeit alterskorrelierter Morbidität (z.B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen) sowie eine mögliche Unterfinanzierung des Gesundheitssystems thematisiert. Im Anschluss werden Strategien und Möglichkeiten einer generationengerechten Gesundheitspolitik diskutiert. Eine generationengerechte Energiepolitik ist das Thema von Wolfgang Gründinger. Der noch sehr junge Autor hat bereits ein Buch zu diesem Thema veröffentlicht (siehe S.38) und mehrere Auszeichnungen erhalten. Gründinger skizziert die Energiewende, die notwendig ist, damit kommende Generationen ihre Bedürfnisse mindestens so gut erfüllen können wie wir heute.

Institutionelle Verankerung

Der dritte Teil umfasst den Komplex der institutionellen Verankerung von Generationengerechtigkeit, z.B. durch eine „generationengerechte Verfassung“. Ausgehend vom Strukturproblem der Demokratie - der Gegenwartspräferenz der kurzzeitig Gewählten - wird untersucht, wie durch institutionelle Reformen das Spannungsverhältnis zwischen Demokratieprinzip und Generationengerechtigkeit aufgelöst werden kann. Jörg Tremmel erläutert die Probleme, die sich durch das zeitliche Auseinanderklaffen von Verantwortlichkeit politischer Entscheidungsträger und der Wirkung ihrer Aktionen ergeben. Dann werden die beiden grundsätzlich möglichen Verfahren für die Gewährleistung des Nachweltschutzes unterschieden: materiellrechtlich durch eine Nennung in der Verfassung oder durch eine neue Institution. Im ersten Fall würde das Bundesverfassungsgericht zum „Wäch-

Interna SRzG

ter“ über die Interessen auch der kommenden Generationen, im zweiten Fall würde die neue Institution, z.B. eine Dritte Kammer, ein Ombudsmann, eine Kommission oder ein Generationengerechtigkeits-Rat, diese Rolle übernehmen. Tremmel stellt anschließend den SRzG-Vorschlag, der an einer Neufassung von Art. 20a ansetzt, und die Reaktion der Bundesjustizministerin darauf, kurz dar. Zum Schluss folgt ein Überblick über die internationalen Bestrebungen, Generationengerechtigkeit institutionell zu verankern, wobei besonders auf die Ansätze Israels, Ungarns, der Schweiz und Südafrikas eingegangen wird.

Marco Buschmann und Christian Lindner leiten aus interdisziplinärer (vorwiegend politikwissenschaftlicher) Sicht in die Demokratie-Theorie ein. Aufgrund einer gegenüberstellenden Analyse von „guter“ und „legitimer“ Politik begründen sie, dass das Mehrheitsprinzip der Demokratie mit dem Prinzip der Generationengerechtigkeit in Konflikt geraten kann. Die Möglichkeit zur Mitwirkung relativiert unter normalen Umständen das Risiko, eine belastende Entscheidung hinnehmen zu müssen. Das kompensatorische Angebot von Partizipation am Entscheidungsprozess muss aber an den ökologischen und nuklearen Bedrohungen scheitern: Die Inkaufnahme eines Risiko für künftige Generationen kann angesichts ihrer Noch-Nicht-Existenz nicht durch ihre Mitwirkung an der gegenwärtigen Entscheidung aufgewogen werden, zumal die Tragweite einiger politischer Entscheidungen heute irreversibel geworden ist. Fazit: Die Demokratie braucht einen neuen Ordnungsrahmen. Dies allerdings darf nach Ansicht der Autoren nicht zu einem Primat des Rechts über die Politik führen.

Interna SRzG

Aus juristischer Sicht beleuchten die letzten drei Beiträge das Problem. Die Untersuchung von Christina Lux-Wesener klärt, ob und inwieweit das Grundgesetz in seiner geltenden Verfassung bereits intergenerationelle Gerechtigkeit verbürgt. Lux-Wesener beginnt mit der Bestimmung des zeitlichen Geltungsbereichs des Grundgesetzes. Anschließend werden die speziell für das Verhältnis zwischen Generationen relevanten Aussagen der Finanzverfassung und des Art. 20a GG untersucht. Sodann werden grundgesetzliche Wirkungen zugunsten der Angehörigen verschiedener Generationen, insbesondere die Frage subjektiver Rechte, die grundrechtlichen Schutzpflichten, das Menschenrechtsbekenntnis des Art. 1 Abs. 2 GG und der allgemeine Gleichheitssatz untersucht. Die Autorin kommt zu dem Ergebnis, dass sich dem Grundgesetz lediglich vereinzelt und auch nur vage Aussagen hinsichtlich intergenerationaler Gerechtigkeit entnehmen lassen. Dies führe dazu, dass jüngere und kommende Generationen aufgrund ihrer mangelnden Repräsentation im demokratischen Prozess gegenüber den ihnen vorangegangenen Generationen benachteiligt werden.

„Generationengerechtigkeit ist das große Thema unserer Zeit. Das Handbuch zeigt die Dimensionen des Themas und ist äußerst nützlich für den Tagesgebrauch in Wissenschaft und Politik.“

Prof.Dr. E.U. von Weizsäcker MdB Vorsitzender des Umweltausschusses des Deutschen Bundestags.

Anemon Boelling beschäftigt sich zunächst mit den Grundlagen einer Verrechtlichung ökologischer Generationengerechtigkeit. Dann prüft Boelling verschiedene Möglichkeiten durch, wie der Schutz kommender Generationen ins

(weiter auf Seite 51)

oekom Verlag
Waltherstr. 29
80337 München
Fax: 089-544184-49

GUTSCHEIN und
BESTELLSCHEIN

Ja, ich bestelle das
„Handbuch
Generationengerechtigkeit“
für 25 Euro (zzgl. Porto)

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Fon/Fax _____

E-Mail _____

1. Unterschrift _____

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen widerrufen kann. Die Frist beginnt mit der Absendung dieser Bestellung. Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift

2. Unterschrift _____

(Handbuch... Fortsetzung von Seite 50)

Grundgesetz aufgenommen werden kann: Änderung der Präambel, Änderung der Gesetzgebungskompetenzen, Änderungen im Rahmen bestehender Institutionen, Schaffung neuer Institutionen, Einfügung eines Umweltgrundrechts, Änderung des Staatsziels 20a. Im Schlussbeitrag schlägt Johannes Rux einen ökologischen Rat vor, um die Interessen kommender Generationen wirksam zu vertreten. Dieser soll als Organ des Staates in vollständiger personeller und sachlicher Unabhängigkeit aufgrund der fachlichen Kompetenz seiner Mitglieder die Belange des Nachweltschutzes wahrnehmen. Einem Ökologischen Rat darf nach Rux nicht das Recht eingeräumt werden, selbst verbindliche Entscheidungen zu treffen. Auf der anderen Seite reicht es aber auch nicht aus, ihm nur eine beratende Funktion zuzugestehen. Daher soll er Ent-

scheidungen der gesetzgebenden Kammern aufschieben können (suspensives Veto). Rux macht präzise Vorschläge, wie der Ökologische Rat ins Staatsorganisationsrecht eingebunden werden könnte.

Ergänzungsband

Da der SRzG im Rahmen eines „Call for Papers“ weit mehr Beiträge eingereicht wurden, als sie annehmen konnten, erscheint zum Handbuch ein pdf-Ergänzungsband mit wichtigen weiteren Beiträgen von Claus Dierksmeier „Freiheitsphilosophie und Generationengerechtigkeit“, Martin B. Kalinowski „Zukunftsorientierung. Kriterien für eine generationengerechte Gesellschaft“, Michael Opielka „Zur sozialen und sozialpolitischen Dimension der Nachhaltigkeit“, Martin Auer „Krieg und das Recht künftiger Generationen auf Existenz“, Marco Wiegand „Generationengerechte Verkehrspolitik“, Rainer Barthel

„Waldpolitik - Spiegel der Generationengerechtigkeit“, Andre Presse „Generationengerechte Global Governance in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft“, sowie die Langfassungen zahlreicher Einsendungen zum Generationengerechtigkeits-Preis 2001/2002. Die pdf-Datei ist als Download über www.srzg.de unter der Rubrik „Publikationen“ zu beziehen.

Alle Autoren wurden angehalten, sich allgemein verständlich auszudrücken und die SRzG-Maxime „Komplizierte Gedanken in einfache Worte fassen!“ zu beachten.

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.):

Handbuch Generationengerechtigkeit
Broschiert, 520 Seiten, Preis: 25 Euro
Oekom Verlag: München März 2003

Neues Beiratsmitglied



Prof. Dr. Wolfgang Seiler

Geboren 1940 in Remscheid. Nach dem Studium (Metereologie und Luftchemie) und der

Promotion in Mainz habilitierte er sich 1980 an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. Neben seiner dortigen Lehrtätigkeit von 1980 bis 1992 leitete er unter anderem von 1986 bis 2001 als Direktor das Fraunhofer-Institut für Atmosphärische Umweltforschung in Garmisch-Patenkirchen und ist seit 2002 Direktor des Instituts für Metereologie und Klimaforschung im Forschungszentrum Karlsruhe. Daneben war er Mitglied zahlreicher Kommissionen und wissenschaftlicher Beiräte (u.a. der Enquête-Kommission des 11. deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ von 1987-1991, des wissenschaftlichen Beirats der Leipziger Messe „Terratec“ von 1992-2002) und ist seit 2000 Mitglied des Sachverständigenkreises für Globale Umweltaspekte (GUA) des BMBF.

Der Zweck des Lernens von heute besteht darin, das Verständnis von gestern zu besiegen.

Miyamoto Musashi



Olivia Sarma

Frankfurt:

20 Jahre. Ich wohne seit drei Wochen in Ffm, wo ich Kulturanthropologie, Psychologie und Kunstpädagogik studiere. Jetzt habe ich Semesterferien, und damit ich meine Zeit auch sinnvoll nutze, bin ich für zwei Monate als Praktikantin hier bei der SRzG. Ich weltenbummele gerne und freue mich deswegen ganz besonders auf eine famose Zeit mit netten Menschen aus aller Welt.



Astrid Dannenberg

Mannheim:

24 Jahre. Ich studiere VWL an der Universität Mannheim. Meine Studienschwerpunkte sind Umwelt- und Arbeitsökonomik. Im Wintersemester 2002/2003 absolviere ich ein Praktikum bei der SRzG, da ich Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit sehr wichtig und interessant finde. Außerdem erhoffe ich mir eine sehr schöne Zeit mit den anderen Mitgliedern des International Volunteers Office.



Dorothee Pohlmann

Münster:

Bin 23 Jahre alt und studiere Spanisch, Geschichte und öffentliches Recht an der Universität Münster. Ich bin während meines Freiwilligendienstes bei der SRzG zuständig für mehrere Ausgaben der GG!, außerdem für Personal und das Handbuch Generationengerechtigkeit.



Elvira Rosert

Frankfurt:

Ich bin 22 und studiere Politikwissenschaft im 5. Semester an der Frankfurter Uni, meine Nebenfächer sind BWL und Öffentliches Recht. Im Studium konzentriere ich mich auf feministische Theorie und internationale Beziehungen. Neben dem Studium bin ich in der Jugend- und Kinderarbeit der Stadt Hanau tätig - so leite ich einen Deutschkurs für Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft und arbeite als Betreuerin bei den Sommerferienspielen.



Martin Kuge

Melsungen:

23 Jahre. Ich absolviere im Rahmen seines Studiums im Bereich Sozialmanagement an der Fachhochschule Nordhausen ein Praxissemester bei der SRzG. Im Hauptstudium habe ich mich für den Bereich Personalmanagement entschieden und hoffe daher, dass ich in diesem Bereich, sowie in vielen anderen Bereichen, neues Wissen erlerne, das er dann bei meinem Studium auch anwenden kann. Ich finde das Thema der Generationengerechtigkeit sehr wichtig in der heutigen Zeit und hoffe, dass er bei der SRzG neue Erkenntnisse gewinne, sowie meine eigenen Ansichten mitteilen kann.



Sandra Moritz

Frankfurt:

Ich bin 32 und mache einen sechsmonatigen Freiwilligendienst bei der SRzG. Ich habe Philosophie in Frankfurt/Main studiert und habe eine 7jährige Tochter. Ich interessiere mich für Geschlechterdemokratie und freue mich auf einen regen Austausch mit Euch.



Stavros Antonious

Frankfurt:

ich bin 22 Jahre alt, Griechischer Schwabe und studiere Volkswirtschaft im 6 Semester an der Fachhochschule Nürtingen bei Stuttgart... Ich absolviere bei der SRzG mein 2. Praxissemester und bin zuständig für die Ausschreibungspublikation des Generationengerechtigkeitspreises 2003/2004. Außerdem ist eine Zeitschrift mit dem Thema „Generationengerechtigkeit“ und Unternehmen in Planung, und wer kommt da besser als Organisator in Frage als ein kommender Ökonom?



Sullivan Makaka Quan

Aalborg:

Ich bin 25 Jahre alt und studiere in Dänemark European Studies und International Affairs. Ich bin sehr offen und kontaktfreudig und freue mich deshalb vor allem auf die Arbeit mit den anderen Mitgliedern des International Volun-

teers Office. Als Praktikant bei der SRzG hoffe ich, Hintergrundwissen und Erfahrungen im Bereich Generationengerechtigkeit zu gewinnen und selbst einen Teil zur Umsetzung beizutragen.



Tobias Rothmund

Trier:

25 Jahre. Ich half mit, das 'Handbuch Generationengerechtigkeit' rechtzeitig auf den Weg bzw. in die Druckerei zu bringen... Ich bin im wunderschön verschlafenen Oberschwaben aufgewachsen und studiere seit fünf Jahren ich Psychologie in Trier (hoffe noch in diesem Jahr fertig zu werden). Meine Schwerpunkte im Studium liegen in den Bereich Kommunikation, Interdisziplinäre Zusammenarbeit, Konfliktmanagement und kollektive Entscheidungsfindung.

Kunst hat mit Wissenschaft nichts zu tun. Kunst ist kein Experiment. Es gibt keinen Fortschritt in der Kunst, ebenso wenig wie es Fortschritt in der Sexualität gibt. Um es einfach zu sagen: Es gibt nur verschiedene Wege, sie auf die Beine zu stellen.

Man Ray

Stellenanzeigen

Geschäftsführer/in

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) sucht frühestens ab 1.1.2004 eine/n neue/n Geschäftsführer/in.

Als Geschäftsführer/in führen Sie die Stiftung eigenständig und verantworten die Erfüllung des Satzungszwecks (Bewusstseinsbildung für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit) bei gleichzeitiger Sicherung der finanzieller Solidität. Sie gewährleisten eine regelmäßige und valide Berichterstattung über Inhalte und finanzielle Situation an den Vorstand und das Kuratorium der SRzG. Sie haben die Möglichkeit, die SRzG bei attraktiven Gelegenheiten (Seminare,

Vortragseinladungen, Talkshows) zu vertreten und zu repräsentieren (vgl. S.44). Ihre Vergütung ist an den von Ihnen erwirtschafteten Überschuss der SRzG gekoppelt.

Zu Ihren Aufgaben gehören:

- Planung und Verantwortung des Budgets der Stiftung
- Festlegung und Umsetzung der langfristigen Strategie
- Wahrnehmung von Vortragstätigkeiten und Repräsentationsterminen
- Verantwortung für die Belegschaft, bestehend aus 6-10 Freiwilligen und Praktikanten

Für diese ebenso interessante wie herausfordernde Position suchen wir eine/n Bewerber/in mit abgeschlossener Hochschulausbildung und umfassenden Know-How in Projektmanagement und Drittmittelbeschaffung. Die Stelle ist im Sinne der Kontinuität langfristig zu vergeben. Der/die Bewerber/in sollte eine hohe Einsatzbereitschaft zeigen und finanziell unabhängig sein. Englisch- und bürobezogene EDV-Kenntnisse sind eine Selbstverständlichkeit.

Interessenten bitten wir um die Zusendung aussagekräftiger Bewerbungsunterlagen mit Angabe des möglichen Eintrittstermins an:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)
z.Hd. Herrn Jörg Tremmel
Postfach 5115
D-61422 Oberursel

Freiwillige vor!

Im Rahmen des Jahres der Freiwilligen sucht die SRzG zwei junge, engagierte Menschen, der zwischen einem Jahr und sechs Monaten eine anspruchsvolle, abwechslungsreiche Tätigkeit ausüben würden. Der Freiwillige erhält kostenlos eine Wohnung und ein nicht unbeträchtliches monatliches „Taschengeld“ (je länger der Freiwilligendienst, desto höher). Außerdem erfolgt die Versicherung in der Renten- und Krankenversicherung. Für Bildungsmaßnahmen gibt es ebenfalls noch einen Zuschuss. Ort des Freiwilligendienstes ist das prämierte „International Volunteers Office“, ein Häuschen an der grünen Lunge von Oberursel, in dem junge Menschen aus der ganzen Welt Projekte für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit organisieren und dabei interkulturelle

(weiter auf Seite 53)

(Stellenanzeigen... Fortsetzung von Seite 52)

Kompetenz erwerben.

Das Aufgabengebiet ist in erster Linie die organisatorische und inhaltliche Gestaltung der Zeitschrift Generationengerechtigkeit! Dies beinhaltet u.a. die thematische Konzeption jedes Heftes, Auswahl und Anschreiben der Beiträger, das Lay-Out und die Leserverwaltung. Anforderungen an den/die Freiwillige/n sind: Engagement, Flexibilität, keine Angst vor dem Kontakt mit hochrangigen Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft, Interesse an den Themen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Bitte eine ausführliche Bewerbung (Anschreiben, Lebenslauf, Foto, ggf. Zeugnisse) per Post senden an:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)

z.Hd. Frau Sandra Moritz

Postfach 5115

D-61422 Oberursel

Tel. +49-6171-982367

Fax +49-6171-952566

info@srzg.de

(Online-Bewerbungen sind willkommen, wenn sie die genannten Unterlagen in eingescannter Form enthalten)

Praktikantenstellen

Praktikumsstelle zu vergeben

Die SRzG bietet zwei bis zwölfmonatige Praktika an (ab sofort).

Aufgabenfeld: Vorbereitung von Tagungen und Seminaren, Betreuung der För-

dermitglieder (Mitgliederverwaltung, Information, etc.), Erstellung von Dokumentationen, Abrechnung mit Förderinstitutionen, Sponsoring

Qualifikation: Organisationstalent, eigenständiges Arbeiten, gute Computerkenntnisse, Kontaktfreudigkeit

Leistungen: kreatives und selbständiges Arbeiten, verschiedenste Kontaktmöglichkeiten im Bereich der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Unterkunft im IVO, kleine Aufwandsentschädigung möglich

Bewerbungen bitte an:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), z.Hd. Sandra Moritz, Adresse s.o.

Wer will, daß alles so bleibt,
wie es ist,
der will nicht, daß es bleibt.

Erich Fried

Nachhaltigkeitslexikon im Internet

Die SRzG hat ein umfangreiches Nachhaltigkeitslexikon im Internet realisiert.

Interessenten finden dort überblicksartig viele Definitionen zu Nachhaltigkeit bzw. Nachhaltige Entwicklung von verschiedenen Wissenschaftlern aus Wirtschafts-, Sozial- und Naturwissenschaften, Philosophie und anderen Bereichen. Die verschiedenen Dimensionen dieses Begriffes werden übersichtlich dargestellt und wertvolle Informationen in einer Tabelle gebündelt. Wer es etwas genauer wissen möchte, kann sich unter den angegebenen Quellen informieren:

<http://www.srzg.de>, dann zu „Publikationen“ und „Nachhaltigkeitslexikon“ durchklicken

Liebe Förder-Mitglieder der SRzG,

neben der Zeitschrift informiert die SRzG zweimonatlich durch einen digitalen Newsletter über ihre Aktivitäten. Leider kommen immer wieder e-mails als >>nicht zustellbar<< zurück. Bitte teilen Sie uns unverzüglich Änderungen ihrer E-Mail mit. Wenn Sie länger als 60 Tage von uns keinen E-Newsletter erhalten haben, dann ist ihre richtige E-Mail aus irgendeinem Grund nicht bei uns im Verteiler. Schreiben Sie uns in diesem Fall bitte kurz an info@srzg.de.

Vielen Dank!

Internetportal

www.Jugendfreiwilligendienste.de geht online

Engagierte junge Menschen suchen nach Wegen, ihre Fähigkeiten in die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft zu investieren und zugleich mit ihren Aufgaben zu wachsen - freiwillig, selbstbestimmt und ohne Erwartung finanzieller Vergütung. Das ist Freiwilligendienst! Das „Internetportal Jugendfreiwilligendienste“ will Jugendlichen Transparenz über das Angebot an Freiwilligenplätzen schaffen und das jugendgemäße Medium Internet für einen schnellen und umfassenden Zugriff auf freie Stellen nutzbar machen.

Zentraler Bestandteil des Internetportals ist die Datenbank mit den Angeboten an Freiwilligenplätzen im In- und Ausland der verschiedensten Träger in Deutsch-

land. Träger können ihr Angebot über eigene Schnittstellen problemlos und schnell direkt ins Netz stellen, Tausende von jungen Menschen haben sofort Zugriff darauf. Das mühsame Zusammenklauen von Informationen entfällt damit. Das Internetportal Jugendfreiwilligendienste wurde von der Robert Bosch Stiftung initiiert und wird von ihr unterstützt. Sie erwartet durch das Internetportal einen Zugewinn an Öffentlichkeit für die Freiwilligendienste, und zugleich für die interessierten Jugendlichen mehr Transparenz.

Das Internetportal ist eines der Ergebnisse der Kommission „Jugendgemeinschaftsdienste in Deutschland und Europa“, die das Manifest „Jugend erneuert

Gemeinschaft“ verfasste (www.jugendfreiwilligendienste.de/ueberuns/ueberuns.portal/ueberuns.manifest/index.html). Harald Müller, der geschäftsführender Sekretär dieser Kommission war, erstellte und betreibt das Portal.

Nach über einjähriger Vorarbeit wird im April 2003 das Portal online gehen. Rund 50 Einsatzstellen und Träger präsentieren zum Start ein Angebot von ca. 1.000 Freiwilligenplätzen in der Datenbank. Dieses Angebot wird kontinuierlich erweitert werden.

Auch Freiwilligenplätze der SRzG werden zu finden sein unter:

www.jugendfreiwilligendienste.de



Bericht aus dem AK Rente

Angesichts der Anhebung der Beitragsätze zur Rentenversicherung von 19,1% auf 19,5% startete der AK Rente zahlreiche Aktivitäten. So verteilten wir auf der Frankfurter Einkaufsstraße „Zeil“ Flugblätter gegen die geplante Rentenbeitragsserhöhung. Die Aktion kam trotz der Politikverdrossenheit einiger Passanten gut an, und es ergab sich die Möglichkeit mit jungen sowie mit älteren Leuten über die Problematik zu sprechen.

Medienpräsenz des AK Rente: Interviews in der Mainpost (6.11. 2002), MDR: "Die Umschau" (12.11. 2002; 20.15 Uhr), n-tv online (kann gelesen werden unter <http://www.n-tv.de/3079624.html>), www.faz.net (12.11.02), spiegel online.

Besonders hervorzuheben sind zwei Einladungen zu Talkshows:

„NDR Info REDEZEIT“ am Mittwoch, den 13. November 2002, 21.05 - 22.00 Uhr, zum Thema:

„Die Rente wird immer teurer - Ist der Generationenvertrag ein Auslaufmodell?“

Im Studio diskutieren Experten, Hörerinnen und Hörer beteiligen sich per Telefon. Zu Gast waren Karl Jürgen Bieback, Prof. für Sozialrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg und Otto W. Teufel, Aktion Demokratische Gemeinschaft und Jörg Tremmel, SRzG. Die Sendung moderierte Gabriele Heise.

„Nachtcafé“ von Wieland Backes am 20. Dezember 2002, 22.00Uhr
Zum Thema „Alt werden - Mehr Arbeit, weniger Ruhestand?“ diskutierten u.a. Norbert Blüm, Monika Maron und von der SRzG Jörg Tremmel.

The Globalisation Saga - eine unendliche Geschichte?

„The Globalisation Saga - Balance or Destruction“ ist der Name eines soeben fertig geschriebenen Musicals, welches sich dieser Thematik verschrieben hat. Prof. Franz Josef Radermacher, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung in Ulm, war als sachkundiger Autor tätig. Solvig Wehsener, freischaffende Sängerin und Komponistin, schrieb mit ihrem Produzententeam die einfühlsame und eingängige Musik. Ein wissenschaftliches Buch gleichen Titel ist soeben von Prof. Radermacher erschienen. Nach der Weltenergiekonferenz in Athen vertrat nun Solvig Wehsener das Autorenteam auf dem World Summit in Johannesburg. Dort fanden die Songs und Videos mehrfach erfolgreichen Einsatz. Ebenso beeindruckte der Song „You can believe“ als Eröffnung bei der Veranstaltung für den „Future-Online-Award“ der Preisträger des Bundesumweltjugendpreises im Goethe Institut in Johannesburg.

Wir baten die Künstlerin um ein Interview.

Welchen Zusammenhang gibt es zwischen Musik und Nachhaltigkeit?

Musik erreicht Menschen auf der emotionalen Ebene. Sie funktioniert als Brückenschlag zur Seele. Dieses wunderbare Medium bewirkt eine höhere Akzeptanz gegenüber Themen, die im alltäglichen Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit eher eine geringe Rolle spielen, weil die Anforderungen des ganz normalen Alltags Fragen über die Zukunft unseres Planeten doch eher in der kleinen, sprich individuellen Welt be-

schränkt halten. Mit guten einfühlsamen Songs, die auch bildhaft umgesetzt werden, als Video, sprechen wir eine breitere Öffentlichkeit über ihre Hör- und Sehgewohnheiten an. Ein Song kann in geeignetem Rahmen sensibilisieren, kann die Augen für notwendige Entwicklungen öffnen, das hat sich bei den bisherigen Präsentationen der Musicalsongs an den oft sehr emotional bewegten und begeisterten Reaktionen des Publikums gezeigt.

Worum geht es in dem Musical?

Die Geschichte des Musicals lässt sich als Gegenwartsanalyse mit zukünftigen Auswirkungen beschreiben. Im Mittelpunkt stehen Dr. John (amerik. Psychologe) und Cibongile (afrik. Swaziprinzessin), welche für eine bessere Welt kämpfen und durch ihre Liebe stark sind. Als Gegenspieler hält der charismatische Mr. Evil die Welt in Angst und Schrecken. Er verkörpert die Verführung durch das Böse und damit andere Seite: Macht, Gier, Terror. An seiner Seite sind stets 2 besondere Frauen. Diese verkörpern seine zwei Seelen, die dominante Donna X, die sich in der von Männern beherrschten Wirtschaftswelt mit ihren weiblichen Tricks hervorragend behauptet und Shangrila, die asiatische, empfindsame und zarte Frau, die diesen Mann mit ihrer ganzen Kraft liebt, ihm aber psychisch nicht gewachsen ist.

Worin besteht der aktuelle Bezug im Kontext von Nachhaltigkeit und Globalisierung?

Liebe und Politik, unterschiedliche Kontinente, verschiedene kulturelle Backgrounds und Zukunftssahnungen

verschmelzen in diesem Musical. So berühren einerseits die nachvollziehbaren menschlichen Werte, Wünsche und Träume die Phantasie und die Herzen der Zuhörer, gleichzeitig wird aber auch der globale Kontext, das Zusammenrücken und unter Weltbevölkerungsaspekten betrachtete „Engerwerden“ auf unserem Globus für Jeden greifbar und verständlich. Ist die Welt mit ihrem Ressourcenraub und ihrem Kriegspotential auf dem Weg in den Abgrund oder gelingt es durch die Schaffung besserer Rahmenbedingungen und der Beachtung nachhaltiger Aspekte eine menschenwürdige Zukunft für alle Menschen zu schaffen? Diese Frage trägt den Kampf bis hin zum spannenden Finale der „Globalisation Saga“. Wir alle leben in dieser, einer Welt. Und wenn wir das verstehen, und danach handeln wird für uns und unsere zukünftigen Generationen das Leben auf diesem Globus eine wunderschöne unendliche Geschichte.

Zur Realisierung des Musicals werden jetzt Partner gesucht. Weitere Informationen sowie das Video und die CD „You can believe“ können Sie erhalten: Video bei Email: pandl@faw.uni-ulm.de CD bei der Künstlerin selbst: Solvig Wehsener, Tel. 0049/(0)30 246 31969 und E-Mail: mail@elfe-music.de



Ein Umzug ist immer eine Gelegenheit, ganz neu anzufangen -

Dankeschön, Herr Bürgermeister

Die SRzG hat Jahresbeginn 2003 ein größeres Büro bezogen. Die Idee eines internationalen Freiwilligenbüros, in dem junge Menschen aus allen Kontinenten sich gemeinsam für die Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit einsetzen, lässt sich damit noch besser umsetzen.

Aus dem „International Volunteers Office“ ist das „International Volunteers House“ geworden. Die neue Unterkunft ist ein freistehender Bungalow am Stadtrand von Oberursel mit rund 220 qm Arbeits-, Lager und Wohnfläche. Das Häuschen wurde von der SRzG in Eigenarbeit grundlegend renoviert. Die Kronberger Str.7 - so die neue Adresse - grenzt direkt an ein Naherholungsgebiet. Eine ausgedehnte Naturlandschaft mit Wäldern, Wiesen und einem See lädt zum Spaziergehen und zum Volleyballspielen im Sommer ein.

Das neue SRzG-Domizil ist in städti-

schem Besitz. Wir danken dem Bürgermeister Gerd Krämer von Oberursel sehr dafür, dass er uns zu einem günstigen Mietzins kurzfristig die Überlassung ermöglichte. Leider handelt es sich nur um eine Übergangslösung, da die Stadt das gesamte Areal in einigen Jahren einer neuen Nutzung zuführen will.

Kleine Geschichte der bisherigen SRzG-Räumlichkeiten: Die Stiftung war die ersten zwei Jahre im Zimmer von Jörg Tremmel beherbergt, der damals noch bei seinen Eltern wohnte. Als diese irgendwann zu viel davon bekamen, dass Praktikanten durch ihr Schlafzimmer latschten, zog die SRzG in ein kleines Büro im Gewerbegebiet „An den Drei Hasen“ in Oberursel um. Das dortige Büro wurde mehrmals vergrößert und nun durch das neue Häuschen ersetzt. Es bietet auch genug Platz für YOIS Hessen.

Einladung zur Hauseinweihungsparty:

....am Samstag, den 21.Juni 2003, ab 20 Uhr. Geboten wird Speis und Trank, Games und Gesang. Übernachtungsmöglichkeiten sind vorhanden. Am gleichen Samstag findet von 11.00-17.00 Uhr eine offene Vorstandssitzung der SRzG statt, an der jedermann teilnehmen kann. Wir möchten Sie damit herzlich willkommen heißen im neuen Büro. Anfahrtsskizze und Wegbeschreibung finden Sie im Internet unter www.srzg.de/Kontakt

Die Arbeit läuft dir nicht davon,
wenn Du Deinem
Kind den Regenbogen zeigst,
Aber der Regenbogen wartet
nicht, bis Du mit der Arbeit
fertig bist

aus China

Leserbriefe

Günter Beck aus Allmersbach im Tal schreibt uns:

„Zu Recht weisen Sie immer wieder auf die sich zunehmend abzeichnende Ökologiemisere hin, die insbesondere die westlichen Industrienationen zu vertreten haben. Eine weltweite Klimakatastrophe zu verhindern ist daher m.E. nach die primäre Aufgabe der derzeitigen Generationen, wenn auch die Umkehr oder wenigstens eine Reduzierung unserer so bequemen Gewohnheiten sehr schwer fällt. Die vermehrten Naturkatastrophen auch in unseren Regionen zwingen uns jedoch zu baldmöglichsten, entscheidenden Maßnahmen. Zu einer Generationengerechtigkeit zähle ich jedoch auch eine in etwa gleichartige

Rechts- und Pflichtenübertragung innerhalb unserer vorhandenen Personengruppen (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbstständige, Politiker etc.). Hier sehe ich sowohl bei den Berufspolitikern wie auch bei einem Großteil der Beamten nicht nachvollziehbare Vorteile, z.B. Minimalbeiträge zur hervorragenden Altersversorgung. Die derzeitigen Netto-Beamten-Pensionen, (13 pro Jahr) auf das letzte, meist höchste Gehalt bezogen, liegen oftmals bis 50% über den SV-Renten der Arbeiter und Angestellten und summieren sich lt. Expertenberechnung bei Beibehaltung des jetzigen Status bis zum Jahr 2030 unglaubliche ca. 84 Milliarden Euro. Die weiteren Vorzüge der Unkündbarkeit, Rabatte in fast allen Versicherungsbereichen etc. erfordern wenigstens eine Pensionsreform, wenn nicht sogar eine Reform des bestehenden Beamtenrechts.“

Die SRzG antwortet: Wir stimmen Ihnen in allen Punkten zu. Die Einbeziehung der Berufsanfänger bei den Beamten in die Rentenversicherung ist seit langem eine der wichtigsten Forderungen des Arbeitskreises Rente.

Dr. Michael Wehrspau schreibt uns:

„Mit Interesse haben wir Ihre interessante Zeitschrift durchgelesen, und müssen sagen: Eine Bereicherung für die ökologische Kommunikation...

Das wird sicher auch Ihr Heft zur Kommunikation des Nachhaltigkeitsleitbildes werden. Wir sind schon sehr gespannt auf Ihr neues Heft, und wünschen viel Erfolg bei der Erstellung!“

Die SRzG antwortet: Vielen Dank für das Lob! Auch Ihr Standpunkt auf S.30 leistet einen Beitrag, das Heft interessant zu machen.

Du bist so jung,
wie Deine Zuversicht,
so alt wie deine Zweifel,
so jung wie Dein
Selbstvertrauen,
so alt wie deine Furcht,
so jung wie Deine Hoffnungen,
so alt wie deine Verzagtheit.

Albert Schweitzer

Jede Zeit hat ihre Aufgabe
und durch die Lösung
derselben rückt die Menschheit
weiter.

Heinrich Heine

Einfach ausfüllen und aufs FAX legen:
Fax - Nr. 06171/ 952566, oder per Brief:

SRzG
Postfach 5115
61422 Oberursel

☐ **Antrag auf Aufnahme als Fördermitglied bei der SRzG**

Hiermit beantrage ich die Aufnahme als Fördermitglied im Förderkreis der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ € 25,-/€ 50,- p.a.*

☐ **Antrag auf Fördermitgliedschaft bei der SRzG für Organisationen (75 Euro p.a.)**

Hiermit beantrage ich die Fördermitgliedschaft bei der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“

☐ **Jahresabonnement für der Zeitschrift „Generationengerechtigkeit!“ (25 Euro p.a.)**

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift zum Jahresbezugspreis von €25,-

☐ **Doppelmitgliedschaft bei SRzG und YOIS (je nach Alter 40, 50 oder 75 Euro p.a.)**

Hiermit beantrage ich die Fördermitgliedschaft bei der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ und die Mitgliedschaft bei „Youth for Intergenerational Justice and Sustainability - Europe“.

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Telefon _____ Fax _____

e-mail _____ Geburtstag _____

Mitgliedschaft in sonstigen Organisationen, v.a. Parteien _____

Beruf (Angabe freiwillig) _____

Warum wollen Sie Mitglied des SRzG-FV oder von YOIS werden? _____

Wie haben Sie von der SRzG bzw. YOIS erfahren? _____

Förder-Mitglieder der SRzG erhalten die Zeitschrift automatisch, außerdem Rabatt auf alle SRzG-Publikationen (für das Handbuch 10 €) und auf alle Eintritte zu SRzG-Tagungen. Jedes Mitglied soll seinen Jahresbeitrag nach Leistungsfähigkeit selbst festsetzen. Ein Mindestbeitrag von 25 € für Unterdreissigjährige und von 50 € für Ältere ist aber obligatorisch. Juristische Personen können ebenfalls Förder-Mitglied der SRzG werden, für sie gilt ein Mindestbeitrag von 75 € jährlich je Mitgliedschaft. Für die Jugendorganisation YOIS gilt ein Mindestbeitrag von 10 € für Unterzwanzigjährige, von 15 € für Unterdreissigjährige und 25 € für Ältere. Bitte unten stehende Einzugsermächtigung ausfüllen.

Ich interessiere mich besonders für (Mehrfachnennungen möglich):

Theorie d. Generationengerechtigkeit	☐	Bildung	☐	Methoden der Zukunftsforschung	☐
Ökologie	☐	Kinderrechte	☐	Stadt und Raumplanung	☐
Rentenversicherung	☐	Bevölkerungsentwicklung	☐	Friedensicherung	☐
Staatsfinanzen	☐	Globalisierung/Global Governance	☐	Dialog der Generationen	☐
Arbeitsgesellschaft	☐	Medizin/Gesundheit/Biotechnologie	☐		

Ort und Datum

Unterschrift

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), und/oder YOIS-Europe, meinen Förderbeitrag bzw. Mitgliedsbeitrag (Spende) in Höhe von _____ Euro jährlich zu Lasten meines/unseres Kontos mittels Lastschrift bis auf Widerruf einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Konto-Nr.

Ort und Name der Bank

Bankleitzahl

Ort und Datum

Unterschrift